

STUDIEN

ACHIM SCHMITZ

«SCHWABENSTREICH»

DIE «BÜRGERLICHE» PROTEST-
BEWEGUNG GEGEN DAS PROJEKT
«STUTTGART 21»

ACHIM SCHMITZ, geb. 1965, (www.frieden-achim-schmitz.de), Dr. phil., Dipl.-Sozialwissenschaftler, Dipl.-Sozialpädagoge, seit 1998 Mitarbeiter im Institut für Friedensarbeit und Gewaltfreie Konfliktaustragung (www.ifgk.de), seit 2005 Vereinsvorsitzender, Promotion «Gewaltfreiheit trainieren» (2008, Hochschule Vechta, 2010 gleichnamige Buchpublikation), weitere Veröffentlichungen über zivile Konfliktbearbeitung und Kampagnen der Friedensbewegung, seit 2003 Lehraufträge an den Fachhochschulen Düsseldorf und Potsdam, der Hochschule Vechta, der Pädagogischen Hochschule Schwäbisch Gmünd und der Universität Stuttgart, selbstständiger Trainer für Gewaltfreiheit bei der TrainerInnen-Genossenschaft «act for transformation» (www.act4transformation.net).

IMPRESSUM

STUDIEN wird herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung und erscheint unregelmäßig · ISSN 2194-2242

V. i. S. d. P.: Lutz Brangsch

Franz-Mehring-Platz 1 · 10243 Berlin · Tel. 030 44310-120 · Fax -122

brangsch@rosalux.de · www.rosalux.de

Redaktionsschluss: September 2012

Lektorat: Text-Arbeit, Berlin

Layout und Satz: MediaService GmbH Druck und Kommunikation

Gedruckt auf Circleoffset Premium White, 100% Recycling

INHALTSVERZEICHNIS

Vorbemerkung	5
Vorwort und Danksagung	6
1 Einleitung	7
2 Konzeption des Projekts als Aktionsforschung	8
3 Gesellschaftspolitische und demokratietheoretische Relevanz des Aktionsforschungsprojekts	9
3.1 Definitionsversuch von Gewaltfreiheit, gewaltfreier Aktion und zivilem Ungehorsam	9
3.1.1 Was ist Gewaltfreiheit?	9
3.1.2 Was ist eine gewaltfreie Aktion?	9
3.1.3 Was ist ziviler Ungehorsam?	11
3.2 Dimensionen sozialer Bewegungen	12
3.3 Partizipatorische Demokratietheorie und Volksabstimmung	12
3.4 Bewegungstheoretische Reflexionen der Bewegung gegen «Stuttgart 21»	13
4 Ergebnisse	14
4.1 Ergebnisse bereits vorhandener anderer Untersuchungen	14
4.2 Reflexionen von Bewegungsakteuren	14
4.3 Schlichtung oder Mediation?	15
4.4 Zentrale Ergebnisse der ExpertInnen-Interviews	15
4.4.1 Gesellschaftliche Visionen	16
4.4.2 Akzeptanz gewaltfreier Aktionen und zivilen Ungehorsams	21
4.4.3 Motive für Protest und Widerstand	24
4.5 Ergebnisse der Fokusgruppe	27
4.5.1 Gesellschaftliche Visionen	27
4.5.2 Akzeptanz gewaltfreier Aktionen und zivilen Ungehorsams	28
4.5.3 Motive für Protest und Widerstand	29
5 Zusammenfassung der Ergebnisse	30
6 Literatur- und Internetquellen	32
6.1 Literatur	32
6.2 Internetquellen	33
Anhang 1: Ergänzende Auswertung der ExpertInnen-Interviews	35
A. Gesellschaftliche Visionen	35
B. Akzeptanz gewaltfreier Aktionen und zivilen Ungehorsams	38
C. Motive für Protest und Widerstand	39
D. Weitere Fragen und Antworten	39
Anhang 2: Ergänzende Befragung nach der Volksabstimmung am 27. November 2011	41

Lutz Brangsch

VORBEMERKUNG

Alternativen brauchen Menschen, die sie durchsetzen. Die Auseinandersetzungen um «Stuttgart 21» waren mit einer wenigstens in den letzten Jahren nicht mehr gekannten politischen Aktivierung eines breiten sozialen Spektrums verbunden. Das war ein wichtiger Grund, im Rahmen des Projekts «Lasst uns über Alternativen reden ...» die Bedingungen für diese Bewegung und die Motive der Handelnden näher zu untersuchen. Inzwischen sind mit den Occupy-Bewegungen neue, wiederum andersartige Formen politischen Handelns entstanden, die an andere Bedingungen und Motive anknüpfen. Es tut sich also auf diesem Gebiet einiges.

Vor diesem Hintergrund ist die vorliegende Studie von Achim Schmitz ein Beitrag zur gemeinsamen Diskussion über Bedingungen für den Erfolg sozialer Bewegungen. Wie kann erreicht werden, dass Protest

sich selbst eine breite Grundlage schafft, nachhaltig wirkt und sich mit Alternativen verknüpft? Wie organisiert sich Protest? Das berührt sowohl demokratietheoretische Fragestellungen als auch Fragen der Akteurs- und Subjektforschung. Indem der hier vorliegende Beitrag nach einer Fixierung der theoretischen Problemstellungen die Beteiligten und Organisierenden zu Wort kommen lässt, öffnet er den Blick auf die sich entwickelnden neuen Tendenzen und wie diese auf vorhandene Protesttraditionen treffen.

Im Rahmen des Projekts werden demnächst weitere Studien veröffentlicht werden, die die Analyse anderer sozialer Kämpfe zum Gegenstand haben. Wir hoffen, mit diesen Untersuchungen einen Beitrag zu strategischen Diskussionen in Parteien und Bewegungen leisten zu können.

VORWORT UND DANKSAGUNG

Da ich seit dem Jahr 2000 in Stuttgart wohne, wurde ich zwangsläufig mit dem Thema «Stuttgart 21» konfrontiert. Auch ich bin gegen das Projekt «Stuttgart 21» und betrachte mein Aktionsforschungsprojekt als Möglichkeit, mit wissenschaftlichen Methoden die Bewegung dagegen und für die Alternative eines modernisierten Kopfbahnhofs zu unterstützen. Im Institut für Friedensarbeit und Gewaltfreie Konfliktaustragung e. V., in dem ich mitarbeite, entstand die Idee, die Bewegung gegen dieses Projekt als gutes Beispiel für gewaltfreie Konfliktaustragung zu untersuchen. Für Anregungen zur Planung der Studie

bin ich meinem Kollegen Reinhard Eismann dankbar. Für die Förderung meiner Studie im Rahmen des Projekts «Lasst uns über Alternativen reden ... – Solidarität und Gerechtigkeit, für einen demokratischen Sozialismus» danke ich der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Wertvolle Hinweise verdanke ich Alexander Schlager, dem Büroleiter der Rosa-Luxemburg-Stiftung Baden-Württemberg. Für stilistische Anregungen danke ich meinem Freund Norbert Müsch. Nicht zuletzt danke ich den sieben Mitdiskutierenden der Fokusgruppe und den neun Einzelinterviewpartnern.

1 EINLEITUNG

In Stuttgart regt sich lautstarker, vielfältiger Protest gegen das verkehrspolitische¹ und städtebauliche Projekt «Stuttgart 21». Damit ist der geplante Umbau des Stuttgarter Hauptbahnhofs (Kopfbahnhof) zu einem Tiefbahnhof gemeint. Dieses Projekt ist sehr umstritten. Die Kritik richtet sich vor allem auf die hohen Kosten, die mangelnde Berücksichtigung ökologischer Aspekte und die geringe Bürgerbeteiligung, die als Demokratiedefizit beklagt wird. Spätestens seit dem harten Polizeieinsatz gegen DemonstrantInnen mit vielen Verletzten am 30. September 2010 hat «Stuttgart 21» auch eine bundespolitische Dimension erreicht. Der Protest hat sich quer durch verschiedene Bevölkerungsschichten ausgeweitet. Überraschend erscheint dabei, dass selbst «bürgerliche»² Protestierende an den Aktionen teilnehmen³ und dass gewaltfreie Aktion und ziviler Ungehorsam scheinbar eine große Akzeptanz finden.

Für die Bewegungsforschung ist der Protest in Stuttgart deshalb ein interessantes Phänomen: Er

wird von unterschiedlichsten Gruppen der Gesellschaft getragen und reicht bis weit in die bürgerliche Mitte hinein. Der Protest erscheint als Ausdruck einer tief sitzenden Verärgerung der BürgerInnen über eine Politik, der sie eine ignorante und arrogante Haltung gegenüber der Bevölkerung und eine partikulare Interessenvertretung vorwerfen. Daher fragt diese Studie vor allem nach der Kritik, die sich in diesem Protest artikuliert und die (direkt-)demokratische Entscheidungsprozesse einfordert, und bezieht dabei die Akteure der Protest- und Widerstandsaktionen mit ein. Im Zusammenhang mit der Frage nach einer solidarischen Gesellschaft kann die Bewegung als Ausgangspunkt für Diskussionen über emanzipatorische beziehungsweise (direkt-)demokratische Alternativen reflektiert werden.⁴ Die folgende theoretische Einführung berücksichtigt unter anderem Überlegungen aus meinem Buch «Gewaltfreiheit trainieren» (vgl. Schmitz 2010).

1 Zahlreiche ProjektgegnerInnen sehen es eher als ein Immobilienprojekt an. **2** Das «Bürgerliche» in der Protestbewegung wird durch die im Abschnitt 4.1 genannte Studie infrage gestellt. «Bürgerlich» kann aber auch als «zivilgesellschaftlich» im Sinne nicht-staatlicher Akteure bzw. aktiver BürgerInnen verstanden werden. **3** Wie z. B. am «schwarzen Donnerstag», dem 30. September 2010, beim harten Polizeieinsatz, vgl. Schlager 2010: 13. **4** Vgl. die Projektskizze «Lasst uns über Alternativen reden ... – Solidarität und Gerechtigkeit, für einen demokratischen Sozialismus». Stiftungsübergreifendes Projekt für die Jahre 2011 bis 2013 (Lutz Brangsch; Rosa-Luxemburg-Stiftung).

2 KONZEPTION DES PROJEKTS ALS AKTIONSFORSCHUNG

Das vom Sozialpsychologen Kurt Lewin als «action research» (vgl. Lewin 1948: 278–298) begründete Forschungsparadigma erscheint als besonders geeignet, um die Dynamik der genannten sozialen Bewegung zu untersuchen. Dabei geht es nicht ausschließlich um das Testen von Hypothesen, sondern auch um die Einbeziehung der untersuchten Zielgruppe und um die Erarbeitung von Bausteinen für ein Programm politischer Bildung.

Die vorliegende Studie orientiert sich am Forschungsparadigma der dialogisch orientierten Aktionsforschung (vgl. Kromrey 1998: 515), das die Diskussion mit den Bewegungsakteuren explizit einschließt. Die im Unterschied zur traditionellen Sozialforschung «bewusst parteiische» Aktionsforschung zielt auf die Veränderung sozialer Realität zur «Abschaffung von sozialen Unterdrückungszusammenhängen» (ebenda: 517). Bei der Begleitstudie zu den Aktivitäten der GegnerInnen des Projekts «Stuttgart 21» wurden ergebnisoffene Gespräche geführt, die auf diese Weise fruchtbare Anregungen für die Studie geben konnten. Ich wollte den beteiligten Akteuren einen Rahmen anbieten, über Möglichkeiten und Grenzen bisher vermisster (direkt-)demokratischer Entscheidungsprozesse im Kontext des Konflikts um «Stuttgart 21» zu reflektieren. Dazu gehörte es, die relevanten Akteure zu fragen, was sie brauchen und welches Erkenntnisinteresse sie haben.

Darüber hinaus geht es dem Aktionsforschungsprojekt um die Schaffung eines Gedächtnisses für eine Bewegung, die aktuell noch aktiv ist und deren Aktivitä-

ten und möglichen Erfolge noch nicht absehbar sind. Die Ergebnisse sind als Hilfe für aktuelle und zukünftige gewaltfreie soziale Bewegungen gedacht. Das Bewegungsgedächtnis bietet eine Grundlage für Erinnerungsarbeit und politische Bildungsarbeit, mit der demokratiethoretische Konzeptionen praxisnah vermittelt werden können. Der Konflikt um «Stuttgart 21» dient als Fallbeispiel für einen gesellschaftlichen Konflikt und für eine gewaltfreie Konfliktaustragung.

Methodisch ist das Aktionsforschungsprojekt überwiegend empirisch und qualitativ angelegt. Dies erscheint oft als Widerspruch, ist es in diesem Zusammenhang aber nicht, da hier der unmittelbare Feldzugang zum Bewegungsgeschehen gesucht wird. Die notwendigen empirischen Daten wurden durch Befragungen in Form von narrativen Interviews erhoben. Es wurden neun Einzelinterviews mit ExpertInnen, das heißt zentralen Akteuren der Bewegung im August und September 2011 und ein Gruppeninterview mit einer Fokusgruppe von acht Akteuren im Juli 2011 geführt. Zu den ExpertInnen gehören u. a. VertreterInnen des Aktionsbündnisses und der Parkschützer⁵ sowie anderer, in der Bewegung aktiver Organisationen. Die Fokusgruppe setzt sich aus verschiedenen Akteursgruppen der Bewegung zusammen.

Neben der empirischen Datenerhebung wurden exemplarische Beiträge in Medien gewaltfreier sozialer Bewegungen (Graswurzelrevolution, Forum Pazifismus, Gewaltfrei Aktiv) ausgewertet.⁶ Außerdem wurden Ergebnisse aus bereits vorhandenen anderen Untersuchungen in diese Studie mit einbezogen.⁷

⁵ Die Initiative Parkschützer setzt sich primär gegen das im Zuge des Projekts vorgesehene Fällen von Bäumen im Schlossgarten ein, vgl. Wikipedia unter: http://de.wikipedia.org/wiki/Protest_gegen_Stuttgart_21#Organisatoren_und_Demonstranten (Stand: 2.11.2011). ⁶ Vgl. Grohmann 2010; Russmann 2010; Sternstein 2010a+b. ⁷ Vgl. Wissenschaftszentrum Berlin 2010; Rugenstein/Bebnowski 2010.

3 GESELLSCHAFTSPOLITISCHE UND DEMOKRATIETHEORETISCHE RELEVANZ DES AKTIONSFORSCHUNGSPROJEKTS

Die Proteste gegen «Stuttgart 21» wurden als ein Beispiel für gewaltfreie Konfliktaustragung analysiert. Die aktuelle Bewegung entzündete sich an einem empfundenen Demokratiedefizit. Außerdem wird von Akteuren der Bewegung eine Verletzung des Grundrechts auf körperliche Unversehrtheit durch harte Polizeieinsätze beklagt. Die Debatte über demokratische Grundrechte und Partizipation sowie ein «Recht auf Stadt»⁸ wird daher von den Bewegungsakteuren als notwendig angesehen. Das Thema «Stuttgart 21» ist auch unter kapitalismuskritischen Aspekten zu betrachten, da hier auch mögliche Gewinne für die Deutsche Bahn durch das von GegnerInnen als unverantwortlich angesehene Projekt als handlungsleitend betrachtet werden (vgl. Bodack 2011: 127).

3.1 DEFINITIONSVERSUCH VON GEWALTFREIHEIT, GEWALTFREIER AKTION UND ZIVILEM UNGEHORSAM

3.1.1 Was ist Gewaltfreiheit?

Im deutschen Sprachraum wird zwischen Gewaltlosigkeit und Gewaltfreiheit unterschieden. Auch Gandhi (1960: 283 f.) ist diese Unterscheidung wichtig. Den Grundgedanken der Gewaltlosigkeit im Sinne der Nichtanwendung von Gewalt können wir Gandhis Autobiographie entnehmen:

«Ahimsa (Nicht-Gewalt) ist ein umfassendes Prinzip. Wir sind hilflose Sterbliche, von der Feuersbrunst von Himsa (Gewalt) eingefangen. [...] Der Mensch kann keinen Augenblick leben, ohne äußerlich, bewusst oder unbewusst, Himsa zu begehen. Die bloße Tatsache seines Lebens – Essen, Trinken und körperliche Bewegung – schließt notwendig etwas Himsa, Zerstörung von Leben, und sei sie noch so winzig, ein. Einer, der sich zu Ahimsa bekennt, bleibt daher seinem Glauben treu, wenn der Ursprung seines Tuns Mitleid ist, wenn er, so gut er es vermag, die Zerstörung des kleinsten Lebewesens vermeidet, es zu retten sucht und sich so unablässig bemüht, von der törichten Verstrickung in Himsa frei zu werden.» (Gandhi 1960: 309)

Das im deutschen Sprachraum mit «Gewaltfreiheit» benannte Prinzip geht historisch auf das Prinzip zurück, das Gandhi (1960: 283 f.) als »Satyagraha« bezeichnete, welches nach seiner Aussage schon ins Leben trat, bevor sein Name gefunden war. Gandhi sah die im Gujarati⁹ gebrauchte englische Wendung «passive resistance» als zu eng gefasst an, da sie eine «Waffe des Schwachen» sein könnte. Um das Prinzip des indischen Befreiungskampfes seiner Zeit angemessen zu benennen, suchte er nach einem neuen Wort und setzte in *Indian Opinion*¹⁰ einen nominellen Preis aus für den besten Vorschlag zu diesem Thema. Sein Nefee schlug «sadagraha» (Festhalten am Guten) vor; Gandhi verbesserte es zu «satyagraha» (Festhalten an der Wahrheit). Galtung (1987: 13) zufolge kann damit eine

neue, gewaltfreie Art des Kämpfens bezeichnet werden. Mit Sharp (1979: 220) gehört zu «Satyagraha» im Sinne Gandhis auch das konstruktive Moment, durch freiwillige, konstruktive Arbeit eine neue Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung schaffen zu wollen. Dies sei nach Gandhi wichtiger gewesen als der Widerstand, der eingesetzt wurde, um die Hindernisse in der alten Struktur zu beseitigen.

Die Unterscheidung zwischen Gewaltlosigkeit und Gewaltfreiheit ist wichtig: Gewaltlosigkeit als Verzicht auf zumindest direkte Gewalt aus taktischen Überlegungen und gegebenenfalls aus einer Position der Schwäche heraus, demgegenüber Gewaltfreiheit als eine selbstbestimmte Lebens- und Handlungsweise aus einer Position der inneren Stärke heraus, die sich am Wert der Ehrfurcht vor dem Leben orientiert und kreativ und konsensorientiert in Konflikten agiert (vgl. Gugel 1983). Bläsi (2004: 415) unterscheidet zwischen prinzipieller und pragmatischer Gewaltfreiheit:

«Für Vertreter prinzipieller Gewaltfreiheit (z. B. Gandhi oder King) bedeutet Gewaltfreiheit ein umfassendes Lebensprinzip, das untrennbar mit den eigenen religiösen oder philosophischen Überzeugungen verbunden ist. Nach dieser Anschauung müssen sich Mittel und Zweck des Widerstandes stets in Übereinstimmung befinden, Gewaltfreiheit ist Weg und Ziel zugleich. Pragmatische Gewaltfreiheit speist sich dagegen vorwiegend aus utilitaristischen Überlegungen: Gewaltfreiheit wird unter den gegebenen Voraussetzungen als effektivste Strategie angesehen, die eigenen Ziele zu erreichen.» (Bläsi 2004: 415)

Spiegel (1989: 20) verwendet den Begriff «Gewaltverzicht» für ein Verhalten aus «souveräner Stärke». Dies kann bedeuten, dass jemand entweder die Machtmittel hätte, um Gewalt anzuwenden, es aber nicht tut. Es kann auch bedeuten, dass jemand aus einem starken Selbstvertrauen heraus keine Gewalt anwendet, da er oder sie über ein alternatives Handlungsrepertoire ohne Gewalt verfügt.

Gugel (1999: 17) zufolge beinhaltet Gewaltfreiheit die folgenden drei Dimensionen: «Lebensstil», «Aktionsmethode» und «gesellschaftlicher Gegenentwurf» (vgl. Abb. 1):

⁸ Der Begriff thematisiert selbstbestimmte Alternativen zu einer neoliberalen Stadtentwicklung mit überhöhten Mieten, Investorenarchitektur, Standortmarketing und urbaner Segregation; das Modell der sozialen und gerechten Stadt lässt sich auf Henri Lefebvre zurückführen. Vgl. dazu auch Schlager 2010: 26 und online unter: <http://wiki.rechtaufstadt.net> (Stand: 2.11.2011). ⁹ Gujarati ist eine Sprache im indischen Staat Gujarat. ¹⁰ Die *Indian Opinion* ist eine von Gandhi aufgebaute Zeitung.

Abb. 1: Dimensionen der Gewaltfreiheit

<p>Lebensstil</p> <ul style="list-style-type: none"> – Ökologisch verantwortbare Lebensweise – Solidarische Lebensweise – Konstruktiver Umgang mit dem eigenen Aggressionspotenzial – Entwicklung von alternativen Lebensformen – Engagierte Nachbarschaftshilfe – Verbindung von persönlichem und politischem Handeln – Bemühung um eine gewaltfreie Erziehung – Zivilcourage im Alltag – Vegetarische/vegane Lebensweise – Empathie, einfühlsames aktives Zuhören 	<p>Aktionsmethode</p> <ul style="list-style-type: none"> – Bewusster Verzicht auf Gewalt in gesellschaftlichen und politischen Auseinandersetzungen – Umgang mit und Abwehr von <ul style="list-style-type: none"> · Gewalt im zwischenmenschlichen Bereich: Schutz vor Diskriminierung, Bedrohungen, Verletzungen · Gewalt im staatlichen Bereich: Durchsetzung von Menschenrechten, Abwehr von staatlichen Übergriffen · Gewalt im zwischenstaatlichen Bereich: soziale Verteidigung, Unterstützung von Nichtregierungsorganisationen (NGOs)
<p>Gesellschaftlicher Gegenentwurf</p> <ul style="list-style-type: none"> – Entwicklung und Praktizierung konstruktiver ziviler Formen der Konfliktbearbeitung – Arbeit an langfristigen Problemlösungen – Entwicklung von Alternativen in Subsystemen (Wohn-, Eigentums-, Produktionsformen usw.) – Vision von einer herrschaftslosen, gewaltfreien (Welt-)Gesellschaft – Abwesenheit struktureller Gewalt 	

Quelle: Schmitz 2010: 100, in Anlehnung an Gugel 1999: 17

Als weitere Dimension der Gewaltfreiheit wurden in diesem Schaubild sowohl die vegetarisch/vegane Lebensweise als auch die Empathie beziehungsweise das einfühlsame aktive Zuhören hinzugefügt.

Im vorliegenden Zusammenhang wird Gewaltfreiheit als Arbeitsbegriff verwendet: Gewaltfreiheit beinhaltet den prinzipiellen und pragmatischen Verzicht auf Gewalt aus souveräner geistiger Stärke sowie einen bestimmten Lebensstil, konkrete Aktionsformen und eine gesellschaftliche Vision aus Respekt vor allem Leben (vgl. Schmitz 2010: 92; Spiegel 1989; Sharp 1979; Gugel 1999).

3.1.2 Was ist eine gewaltfreie Aktion?

Die Systematik¹¹ basiert im Wesentlichen auf Ebert (1970: 37; vgl. Abb. 2). Bläsi (2004: 414) benennt als Ausgangspunkt für gewaltfreie Aktionen «bestehende oder drohende gesellschaftliche oder politische Verhältnisse, die als Unrecht erlebt werden». Das Ziel gewaltfreier Aktionen sei es, diese Verhältnisse so zu verändern, dass den legitimen Bedürfnissen aller Konfliktparteien Rechnung getragen wird. Ebert definiert die gewaltfreie Aktion wie folgt:

«Die gewaltfreie (direkte) Aktion ist eine kämpferische Methode, Konflikte auszutragen. Angewandt wird sie in Situationen, in denen es nicht möglich zu sein scheint, auf dem Wege der Verhandlungen, der Wahlen und Abstimmungen einen Konsensus über die soziale Gerechtigkeit und die dafür erforderlichen sozialen Wandlungen herzustellen. Die gewaltfreie Aktion hat das Ziel, in ihrem Verlauf die psychischen und sozialen Bedingungen zu schaffen, unter denen dann doch über Verhandlungen und demokratische Abstimmungen die sozialen Verhältnisse gerecht geregelt werden können. Die gewaltfreie Aktion wird eingesetzt in Kon-

kurrenz zu gewaltsamen Methoden, von denen sie sich äußerlich dadurch unterscheidet, dass die Träger der gewaltfreien Aktion weder Personen festhalten oder verletzen, noch Sachen, die nicht legal ihr persönliches Eigentum sind, zerstören, noch die Ausübung unmittelbar lebenswichtiger Dienstleistungen oder die Herstellung und Verteilung lebensnotwendiger Güter verhindern.» (Ebert 1969: 2 f.)

Ob über Abstimmungen ein Konsens hergestellt werden kann, das erscheint gerade im auf der Mehrheitsregel basierenden parlamentarischen System sehr fraglich. Sharp definiert die gewaltfreie Aktion wie folgt: «Gewaltfreie Aktion ist ein Oberbegriff, der Dutzende spezifischer Methoden des Protests, der Nichtzusammenarbeit und der Intervention abdeckt, in denen die Aktiven den Konflikt austragen, indem sie bestimmte Dinge tun – oder sich weigern, sie zu tun –, ohne physische Gewalt anzuwenden. Als eine Technik ist gewaltfreie Aktion daher nicht passiv. Es ist keine Untätigkeit. Es ist Aktion, die gewaltfrei ist.» (Sharp 1973: 64; Übersetzung A. S.)

Ebert charakterisiert die gewaltfreie Aktionen über drei Merkmale: dass sie 1. «den Gegner nicht verletzt», sich 2. «durch die konkrete Utopie einer repressionsfreien, sozialen Demokratie legitimiert» und 3. «allen Teilnehmern die Chance egalitärer Partizipation bietet» (Ebert 1970: 33-45). Die folgende Typologie unterscheidet zwischen subversiven und konstruktiven Aktionen mit jeweils drei Eskalationsstufen: Die subversiven Aktionen (Protest, legale Nicht-Zusammenarbeit und ziviler Ungehorsam) sind gegen unerwünschte Umstände gerichtet. Die konstruktiven Aktionen (funktio-

¹¹ Ausführlicher zur Systematik vgl. Schmitz 2010: 108–113.

nale Demonstration, legale Rolleninnovation und zivile Usurpation) sind positive Alternativen. Die drei Eskalationsstufen können etwa mit der Analyse der Aktionsformen nach Wasmuht (1987: 131)¹² verglichen werden, wobei der Grad der Legalität auf der zweiten Stufe von Wasmuht etwas anders eingeschätzt wird als bei Ebert. Bei Ebert handelt es sich um legale Aktionen, bei Wasmuht sind diese Aktionsformen weder erlaubt noch verboten.

dert Thoreau dazu auf, dieses Gesetz zu brechen (vgl. Bruhn 1985: 26).

Durch Thoreau beeinflusst, entwickelte Mahatma Gandhi (1869–1948) sein «Satyagraha»-Konzept, eine Form des gewaltfreien Widerstands. Der gelernte Rechtsanwalt verbrachte 20 Jahre in Südafrika und erreichte dort zusammen mit seinen AnhängerInnen die Beseitigung von Gesetzen, die InderInnen diskriminierten (vgl. Gugel 1983: 66). Gandhi verbrachte Jahre im

Abb. 2: Formen gewaltfreier Aktion

Eskalationsstufe	Subversive Aktion	Konstruktive Aktion
1	Protest z. B. Flugblätter, Märsche, Mahnwachen	Funktionale Demonstration z. B. Seminare, Erklärungen, die die angestrebten Alternativen deutlich machen
2	Legale Nichtzusammenarbeit z. B. Wahlboykott, Bummelstreik, Zurückweisung ziviler oder militärischer Ämter	Legale Rolleninnovation z. B. Gründung eigener Bildungsstätten, Zeitungen, Hilfsfonds usw.
3	Ziviler Ungehorsam Offene Missachtung von Gesetzen, z. B. durch Steuerverweigerung, Sitzstreik, Generalstreik	Zivile Usurpation z. B. Besetzung von Land oder Häusern, Sit-in an «verbotenen» Orten, Einrichtung von Selbstverwaltungsorganen usw.

Quelle: Ebert 1970, S. 37

Bei der gewaltfreien Aktion geht es darum, einerseits Widerstand gegen ein Unrecht zu leisten und andererseits eine positive Alternative aufzuzeigen und anzubieten. Es geht also nicht nur darum, gegen etwas zu sein, sondern auch für etwas anderes einzutreten.

Beim in der Bewegung gegen «Stuttgart 21» häufiger vorkommenden Training in gewaltfreier Aktion handelt es sich nach Painke (1997: 168) und Schmitz (2010: 130) um eine den ganzen Menschen betreffende Einübung in gewaltfreies Handeln für die Vorbereitung gewaltfreier Aktionen. Zur Methodik des Trainings gehören als zentrale Elemente die Bezugsgruppenbildung, die Entscheidungsfindung im Konsens und das Aktionsrollenspiel.

3.1.3 Was ist ziviler Ungehorsam?

Ein in den gewaltfreien Bewegungen des 19. und 20. Jahrhunderts häufig ausgeübtes Mittel ist der zivile Ungehorsam (vgl. Schmitz 2010: 122–127). Einer der ersten Vertreter des zivilen Ungehorsams war Henry David Thoreau (1817–1862) aus Neu-England/USA. In seinem Essay «Über die Pflicht zum Ungehorsam gegen den Staat» forderte Thoreau, eine Mehrheit müsse regieren dürfen, auch wenn sie das Gesetz nicht auf ihrer Seite habe. Auch Gesetze könnten die Menschenrechte untergraben. Wer es beispielsweise nicht mit seinem Gewissen vereinbaren kann, so ließe sich im Anschluss an Thoreau formulieren, Militär- und Rüstungsausgaben über die Steuern mit zu finanzieren, wird dennoch per Steuergesetz dazu gezwungen. Das ist der Kern des zivilen Ungehorsams: Wenn die Befolgung eines Gesetzes ein Unrecht bedeutet, dann for-

Gefängnis und organisierte Kampagnen, die weltweit bekannt wurden.

An Thoreau und Gandhi orientierte sich der schwarze Gemeindepfarrer Martin Luther King (1928–1968) aus Atlanta/USA. Als Symbolfigur im Kampf um die Gleichberechtigung der Schwarzen und gegen Rassismus entschied er sich für die Gewaltfreiheit und erhielt 1964 den Friedensnobelpreis für seine Märsche, Busfahrten und «Sit-ins» (vgl. Gugel 1983: 70). Zu seinen Grundsätzen gehörte es, die Strafe für die Aktionen auf sich zu nehmen:

«Wer ein ungerechtes Gesetz brechen will, muss es offen, in brüderlicher Liebe tun und in der Bereitschaft, die Strafe auf sich zu nehmen. Ich behaupte, dass der die größte Hochachtung vor dem Gesetz zeigt, der ein Gesetz bricht, das ihm vor seinem Gewissen ungerecht erscheint, und bereitwillig die Strafe auf sich nimmt und ins Gefängnis geht, um damit das Gewissen seiner Mitbürger wachzurütteln und ihnen die Augen für die Ungerechtigkeit dieses Gesetzes zu öffnen.» (King 1963/1994: 70 f.)

In den 1980er Jahren, zur Zeit der Stationierung neuer Mittelstreckenraketen in der Bundesrepublik, gehörte der zivile Ungehorsam zu einer mehrfach ausgeübten Aktionsform der Friedensbewegung. Insbesondere für Blockaden (z. B. am Pershing-II-Stationierungs-Depot in Mutlangen) wurden viele Menschen nach § 240 StGB wegen «Nötigung» zu 20 und mehr Tagessätzen von je 100 DM verurteilt (vgl. Bruhn 1985:

¹² Vgl. Kapitel 3.2.

142 f.). Am 8. Dezember 1987 unterzeichneten Michail Gorbatschow und Ronald Reagan den INF-Vertrag, durch den der Abzug aller landgestützten Mittelstreckenraketen innerhalb von 3 Jahren festgelegt wurde (vgl. Nick/Scheub/Then 1993: 212).

3.2 DIMENSIONEN SOZIALER BEWEGUNGEN

Soziale Bewegungen setzen auf eine Veränderung gesellschaftlichen Bewusstseins:

«Unter ‹sozialer Bewegung› muss ein Prozess einer normativ-wertorientierten Bewusstseinsveränderung verstanden werden, die eine Gesamt- oder Teilkritik am Status quo des bestehenden Gesellschaftssystems beinhaltet und von der ein ‹großer Teil› der Bevölkerung ‹betroffen› ist.» (Wasmuht 1987: 110)

In Anlehnung an Wasmuht (1987: 127) lassen sich zwei Organisationstypen sozialer Bewegungen voneinander unterscheiden, nämlich

1. institutionell eingebundene Strömungen (z. B. Parteien, Gewerkschaften, Kirchen) und
2. basisorientierte Strömungen und Organisationen (z. B. Jugendoffensive, Parkschützer).

Darüber hinaus unterscheidet Wasmuht (ebenda) soziale Bewegungen im Hinblick auf ihre Einstellung:

1. Die status-quo-teilkritische Einstellung akzeptiert die bestehende Gesellschaftsform, also den Gesamtstatus quo, in Grundzügen.
2. Bei den status-quo-gesamtkritischen Einstellungen wird die gesamte Struktur des bestehenden Gesellschaftssystems im Allgemeinen kritisiert. Es geht um gesellschaftsverändernde Visionen.

Wasmuht (1987: 131) unterscheidet drei Aktionsformen, die den oben genannten Eskalationsstufen bei Ebert (1970: 37) weitgehend entsprechen.

1. Status-quo-orientierte Aktionen (z. B. angemeldete Demonstrationen, Appelle, Unterschriftensammlungen für Petitionen) sind legal und werden von parteigebundenen, gewerkschaftlichen, kirchlichen und berufsspezifischen Spektren durchgeführt.
2. Status-quo-teilkritische Aktionen sind weder explizit erlaubt noch verboten (z. B. Fastenaktionen, Mahnwachen, Kettenbriefe).
3. Status-quo-gesamtkritische Aktionen sind gesetzlich verboten (ziviler Ungehorsam), werden aber von ihren Vertretern als ‹legitim› angesehen.

Wo lässt sich die soziale Bewegung gegen ‹Stuttgart 21› diesbezüglich verorten? Der Minimalkonsens der Bewegung besteht darin, die verantwortlichen Akteure zur Nicht-Realisierung des Projekts ‹Stuttgart 21› aufzufordern. Es wird nicht nur Kritik am Status quo geübt, auch Positivformulierungen werden diskutiert, das heißt Forderungen nach alternativen Konzepten (ein modernisierter ‹Kopfbahnhof 21›). Die (auch mit Polizeigewalt durchgesetzte) Durchführung von ‹Stuttgart 21› wird zwar als ‹legal›, aber nicht als ‹illegitim› eingestuft, woraus sich die Rechtfertigung der Aktionsform des zivilen Ungehorsams ableitet.

In Anlehnung an Brand, Büsser und Rucht (1986) kann die Entwicklung der Bewegung gegen ‹Stuttgart 21› grob in drei Phasen unterteilt werden, die sich überschneiden:

1. In der Appellationsphase spielte der Appell für ein Bürgerbegehren die entscheidende Rolle. Am 14. November 2007 wurden im Stuttgarter Rathaus 61.193 gültige Unterschriften übergeben, die den Ausstieg der Stadt Stuttgart aus dem Projekt forderten.¹³
2. Seit November 2009 fanden in der Demonstrationsphase regelmäßig Montagsdemonstrationen¹⁴ vor dem Hauptbahnhof sowie zeitweise samstags Großdemonstrationen gegen ‹Stuttgart 21› statt. Jeden Tag um 19 Uhr wurde auf Initiative von Volker Lösch und Walter Sittler der ‹Schwabenstreich› (‹Lärm und Krach für unseren Bahnhof!›) durchgeführt.
3. Außerdem wurden in einer Aktionsphase Aktionen zivilen Ungehorsams (gewaltfreie Blockaden) durchgeführt. Diese wurden in Aktionstrainings vorbereitet.

Die Phasen 2 und 3 werden hier nicht trennscharf voneinander unterschieden.

3.3 PARTIZIPATORISCHE DEMOKRATIE-THEORIE UND VOLKSABSTIMMUNG

In der Bewegung gegen ‹Stuttgart 21› wird von vielen Akteuren ein Demokratiedefizit beklagt. Demokratie lässt sich in Anlehnung an die griechischen Wörter ‹demos› (Volk, Volksmasse, Vollbürgerschaft) und ‹kratein› (herrschen, Macht ausüben) als Volksherrschaft oder Machtausübung des Demos definieren (vgl. Schmidt 1995: 11).

Soziale Bewegungen können in Anlehnung an Moyer (1990: 12 ff.) der partizipatorischen Demokratie zugeordnet werden: ‹The grand strategy of social movements is to promote ‹social governance› through participatory democracy.› (‹Die große Strategie sozialer Bewegungen ist es, ‹soziale Regelung› durch partizipatorische Demokratie zu befördern.› Übersetzung A. S.) Nach Moyer (1989: 7 f.) sind gewaltfreie soziale Bewegungen ‹ein mächtiges Mittel, die Demokratie zu erhalten›, die Demokratie müsse durch ‹Macht von unten› wiederbelebt werden.

Dieser Demokratietheorie folgend bedeuten soziale Bewegungen eine Form von Herrschaftskontrolle, gesellschaftlicher Mitbestimmung und freier Selbstbestimmung. Dabei wird nach Schmidt (1995: 169) Wert gelegt auf Beteiligung, Maximierung von Partizipationschancen und Demokratisierung derjenigen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Bereiche, die noch nicht demokratischer Verfassung unterstehen.

Die partizipatorische Theorie will den Kreis der Stimmberechtigten vergrößern und die Beteiligung der Stimmbürgerschaft an öffentlichen Entscheidungen

¹³ Vgl. Wikipedia unter: http://de.wikipedia.org/wiki/Stuttgart_21 (Stand: 4.8.2011). ¹⁴ Inzwischen waren es über 100 Montagsdemonstrationen.

gen erweitern. Sie will erreichen, dass individuelle politische Willensbildungsprozesse mit einem Maximum an authentischer Beteiligung organisiert werden. Außerdem will sie, dass verallgemeinerungsfähige Interessen sachangemessen aufgedeckt und mobilisiert werden.

Im Kontext von «Stuttgart 21» geht es darum, mehr Menschen an Entscheidungen zu beteiligen. Entspricht die partizipatorische Demokratietheorie den Demokratievorstellungen der InterviewpartnerInnen?

Um diese Frage zu beantworten, soll ein Blick auf die Volksabstimmung vom 27. November 2011 geworfen werden, ein genuines Mittel partizipatorischer Demokratie: Im gesamten Land Baden-Württemberg wurde über ein «Gesetz über die Ausübung von Kündigungsrechten bei den vertraglichen Vereinbarungen für das Bahnprojekt Stuttgart 21 (S 21-Kündigungsgesetz)» abgestimmt. Nach Informationen der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg war die Abstimmungsbeteiligung überraschend hoch und lag mit 3,68 Millionen abgegebenen Stimmen bei 48,3 Prozent. Es wurde wie folgt abgestimmt:

Ja-Stimmen: 1.507.961 (41,1 Prozent)

Nein-Stimmen: 2.160.411 (58,9 Prozent)

Das bedeutet, dass das Kündigungsgesetz nicht durch eine Bevölkerungsmehrheit eingeführt werden konnte.¹⁵ An dieser Volksabstimmung wurde Kritik geübt. Gründe dafür sind einigen Interviews zu entnehmen.

Nach dieser Volksabstimmung wurde eine «Erklärung Stuttgarter Protestbürger gegen Stuttgart 21 zum Referendum am 27.11.2011» publiziert. Darin wird das Referendum als «inszenierte, scheidemokratische Farce» bezeichnet, da die Landesregierung es initiiert habe, nicht ergebnisoffen, sondern damit danach «Schweigen herrscht» (Nils Schmid). Wegen der bemängelten «pseudodemokratischen Inszenierung» wird der Widerstand gegen «Stuttgart 21» fortgesetzt.

3.4 BEWEGUNGSTHEORETISCHE REFLEXIONEN DER BEWEGUNG GEGEN «STUTTGART 21»

Wie im Abschnitt 2.2 bereits betont, ist die vorliegende Studie darauf ausgerichtet, aktuellen und zukünftigen sozialen Bewegungen einen neuen Wissensfundus zur Verfügung zu stellen, der auch für die politische Bildung genutzt werden kann, und versteht sich auch als ein Beitrag zur Bewegungsforschung.

Das Projekt «Stuttgart 21» brachte einen gesellschaftlich-politischen Konflikt hervor. Im Sinne sozialen Wandels können Konflikte zum gesellschaftlichen Fortschritt beitragen; es geht um gesellschaftliche Lernprozesse. In Anlehnung an Dahrendorf schreiben Bonacker und Imbusch (2004: 197), dass Herrschaftspositionen offen und Normen änderbar bleiben: «Ohne Konflikte gäbe es folglich keinen sozialen Wandel, d. h. keine Evolution.» Nach Rucht (1994: 76 f.) kann eine soziale Bewegung definiert werden als ein «abgestütztes Handlungssystem mobilisierter Netzwerke von

Gruppen und Organisationen, welche sozialen Wandel mit Mitteln des Protests – notfalls bis hin zur Gewaltanwendung – herbeiführen, verhindern oder rückgängig machen wollen.» Der Protest beziehungsweise Widerstand gegen das Projekt «Stuttgart 21» kann im Sinne einer sozialen Bewegung betrachtet werden. Um welchen sozialen Wandel geht es hier? Wodurch kann er erklärt werden?

Welche demokratietheoretischen Schlussfolgerungen ergeben sich daraus? Welche (basis-)demokratischen Entscheidungsstrukturen sind anhand dieses Beispiels zu postulieren (und irgendwann zu implementieren)? Können daraus Desiderate, also Wünsche für und Vorstellungen von einer gewaltfreien Gesellschaft ermittelt werden?

Minkenberg (2008: 143) konstatiert in Anlehnung an Inglehart unter den nach dem Zweiten Weltkrieg heranwachsenden Generationen einen Wertewandel von traditionellen und «materialistischen» Werten zu eher «postmaterialistischen» Werten wie Selbstentfaltung und Demokratisierung. Brand (2008: 231) zufolge reichen die Strömungen der neueren Umweltbewegung je nach Standorten von eher konservativ über öko-kapitalistisch und öko-sozialistisch bis zu anarchistisch-libertär. Schlager (2011: 4) sieht in der im Sinne des «citoyen», das heißt im Sinne der Aufklärung zu benennenden «bürgerlichen» Bewegung gegen «Stuttgart 21» eine neue Chance: «Und wenn die Linke die Wiederbelebung der Demokratie im oben angedeuteten Sinne im Bündnis mit den BürgerInnen zu ihrer Sache macht, dann kann dies vielleicht zum Kristallisationspunkt für ein gesellschaftliches Mitte-Unten-Projekt und ein parteipolitisches Mitte-Links-Projekt werden.» Die Strömungen der Bewegung gegen «Stuttgart 21» werden hier auch unter diesen Gesichtspunkten analysiert und bewegungstheoretisch eingeordnet. In Anlehnung an Stay lässt sich nach Schmitz (2003: 14)¹⁶ Stuttgart als symbolischer Ort einer sozialen Bewegung wie Mutlangen¹⁷ und Gorleben¹⁸ begreifen.

¹⁵ Vgl. Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg http://www.lpb-bw.de/volksabstimmung_stuttgart21.html (Stand: 2.11.2011). ¹⁶ Schmitz (2003: 14) zitiert hier aus einem Vortrag von Jochen Stay, dessen 10 Thesen zum Widerstand, wobei die symbolischen Orte eine Voraussetzung für die Bereitschaft zu massenhaftem zivilen Ungehorsam bedeuten. ¹⁷ Die Bewegung in Mutlangen richtete sich gegen Atomwaffen, die dort stationiert waren, gegen die gewaltfreie Widerstand geleistet wurde. ¹⁸ In Gorleben existiert ein Zwischenlager für Atom-müll, wogegen gewaltfreier Widerstand geleistet wird.

4 ERGEBNISSE

In diesem Kapitel werden die Ergebnisse der Studie im Vergleich mit anderen Studien, anhand von Reflexionen von Bewegungsakteuren und MediatorInnen und auf der Basis der Interviews zusammengefasst.

4.1 ERGEBNISSE BEREITS VORHANDENER ANDERER UNTERSUCHUNGEN

Drei MitarbeiterInnen des Wissenschaftszentrums Berlin (WZB; Dieter Rucht, Britta Baumgarten und Simon Teune) führte am 18. Oktober 2010 eine Befragung von 1 500 TeilnehmerInnen einer Montagsdemonstration durch.¹⁹ Der Rücklauf betrug bei 814 UmfrageteilnehmerInnen 54,3 Prozent. Anhand der Antworten auf die überwiegend quantitativ orientierten Fragestellungen kam die Studie zu dem Ergebnis, dass die Protestierenden überwiegend aus der linken Mitte der Gesellschaft stammen. Unter <http://www.wzb.eu/de/content/fuer-mehr-transparenz-und-direkte-demokratie> veröffentlichte das WZB eine Pressemitteilung. Im Handout zur Pressekonferenz am 27. Oktober 2010 zur Befragung der Demonstrierenden stellte Britta Baumgarten bei einer Analyse des Alters der TeilnehmerInnen fest, dass 62 Prozent der antwortenden Demonstrierenden 40 bis 64 Jahren alt waren. Die Hälfte der Befragten hat einen Hochschulabschluss. Das auslösende Ereignis, das die meisten TeilnehmerInnen mobilisierte, ist die Ablehnung des Bürgerentscheids im Jahr 2007. Das am häufigsten genannte Argument für die Ablehnung von «Stuttgart 21» sind die hohen Kosten des Projekts. Etwa 90 Prozent der Demonstrierenden erwarten, dass sich durch die Demonstration die Chancen für die Verhinderung des Projekts erhöhen. Die meisten TeilnehmerInnen (78,5 Prozent) verfügen über Demonstrationserfahrung jenseits des Projekts «Stuttgart 21». Fast die Hälfte der TeilnehmerInnen (46,3 Prozent) nahm jedoch in den letzten fünf Jahren an keiner Demonstration teil. Etwas weniger (43,7 Prozent) haben «irgendwann» an einer direkten Aktion (z. B. Blockade, Besetzung, ziviler Ungehorsam) teilgenommen. Auf einer Rechts-Links-Skala schätzen sich die meisten TeilnehmerInnen eher auf der linken Seite ein. Als Typen von Demonstrierenden unterscheidet Wolfgang Stuppert Protesterfahrene (17 Prozent), moderate Protestneulinge (26,9 Prozent) und situativ Engagierte (52,6 Prozent).

Rugenstein und Bebnowski (2010: 29) zufolge kam die Studie «Neue Dimensionen des Protests» des Göttinger Instituts für Demokratieforschung²⁰ zu dem Ergebnis, dass es sich um einen Protest «einer weit überdurchschnittlich gebildeten, älteren Koalition der linken gesellschaftlichen Mitte» beziehungsweise eines «Bildungsbürgertums» gegen «Stuttgart 21» handele. «Bei den letzten Landtagswahlen wählten 52 Prozent der Befragten grün, abgeschlagen folgen dahinter die SPD mit 15 Prozent und Die Linke mit 10 Prozent der Stimmen. Der Anteil der CDU und der FDP summiert sich zusammen auf gut 11 Prozent (CDU: 7,7 Pro-

zent FDP: 3,7 Prozent).» (Rugenstein/Bebnowski 2010: 29) Im Fazit konstatieren Rugenstein und Bebnowski (2010: 32 f.) «Verschiebungen» beziehungsweise eine schleichende «Erosion des konservativen Lagers».

Beide Studien sind quantitativ angelegt, während meine Studie qualitativ andere Schwerpunkte setzt und daher andere Ergebnisse generiert, die den hier genannten Ergebnissen nicht widersprechen müssen.

4.2 REFLEXIONEN VON BEWEGUNGSAKTEUREN

Sternstein (2010a: 21-26) nimmt als Aktiver Stellung zu der Geschichte des Projekts und der Bewegung gegen «Stuttgart 21». Er zeigt sich beeindruckt von der klaren «Festlegung der Bewegung auf die gewaltfreie Aktion, einschließlich diverser Formen des zivilen Ungehorsams» und zitiert den «Aktionskonsens» der Parkschützer:

«Stuttgart 21 steht dem Willen und dem Interesse der Bevölkerung entgegen. Deshalb stoppen. Gesetze und Vorschriften, die nur den reibungslosen Projektlauf schützen, werden wir nicht beachten. Durch Einschüchterungsversuche, mögliche Demonstrationsverbote und juristische Verfolgungen lassen wir uns nicht abschrecken. Bei unseren Aktionen des zivilen Ungehorsams sind wir gewaltfrei und achten auf die Verhältnismäßigkeit der Mittel. Unabhängig von Meinung und Funktion respektieren wir unser Gegenüber. Insbesondere ist die Polizei nicht unser Gegner. Bei polizeilichen Maßnahmen werden wir besonnen und ohne Gewalt handeln. Bei Einstellung des Bauvorhabens Stuttgart 21 werden wir unsere Blockade- und Behinderungsaktionen sofort beenden.» (Sternstein 2010a: 22)

Ebenso begeistert schildert Sternstein die Fülle der widerständigen Aktionsformen, zu denen unter anderem die Montagsdemonstration als Kernstück, die Aktionen der Parkschützer für den Erhalt des Schlossparks, die «Aktionswochen», die regelmäßige Aktion «Schwabenstreich», ziviler Ungehorsam und das Aktionstraining gehören.

«Ziviler Ungehorsam ist ein wichtiger Bestandteil der Widerstandsbewegung. Es wurden Bezugsgruppen gebildet, Trainings durchgeführt, ein Ermittlungsausschuss und ein Rechtshilfefonds eingerichtet. Es gab zahlreiche Blockaden der Toreinfahrt für die LKW, die den Bauschutt des Nordflügels abtransportieren.» (Sternstein 2010a: 23)

In einer kritischen Einschätzung führt Sternstein (2010a: 24 f.) aus, dass viele GegnerInnen und Befür-

¹⁹ Der Fragebogen, erste Befragungsergebnisse und Presseinformationen des WZB wurden veröffentlicht unter: <http://www.wzb.eu/de/forschung/beendete-forschungsprogramme/zivilgesellschaft-und-politische-mobilisierung/projekte/befragung-zu-st> (Stand: 2.11.2011). ²⁰ An einer bei einer Kundgebung beworbenen Online-Umfrage beteiligten sich 1.280 Menschen.

worterInnen von «Stuttgart 21» eine falsche Vorstellung von zivilem Ungehorsam hätten: GegnerInnen meinten, ziviler Ungehorsam sei gesetzlich erlaubt, was nicht der Fall sei, da er als Ordnungswidrigkeit und Straftat geahndet werden könne. BefürworterInnen würden den zivilen Ungehorsam als moralisch verwerfliche und rechtswidrige Handlung bewerten. In seiner Rede bei der Montagsdemonstration am 16. August 2010 kommt Sternstein zu dem Schluss:

«Gewaltfreier Widerstand oder ziviler Ungehorsam ist ein letztes Mittel, um ein Monsterprojekt wie Stuttgart 21 zu verhindern. Er ist eine Notbremse, um diesen «unschönen Zug der Bahn» zum Halten zu bringen und dafür zu sorgen, dass die Weichen richtig gestellt werden, damit er in den Kopfbahnhof 21 einfahren kann.» (Sternstein 2010c: 5)

Grohmann (2010: 9) sieht die Notwendigkeit für einen neuen Umgang mit dem Konflikt, wobei die «Alleinherrschaft» der Parteien zu kritisieren sei und der «Bürger» als «Citoyen» «ausgeschlafen» habe: «Frieden lässt sich nur stiften, wenn man Brücken baut, Streit schlichtet und streitbar bleibt.» (Grohmann 2010: 9)

Paul Russmann von «Ohne Rüstung Leben» zufolge zeichnet sich der Protest durch Ideologiefreiheit aus: «Der Widerstand vereint Menschen unterschiedlicher Berufe und sozialer Herkunft, darunter auch enttäuschte CDU-Mitglieder und ehemalige FPD-WählerInnen.» (Russmann 2010: 1) Im Aktionsbündnis wirkten erfahrene AktionstrainerInnen mit sowie Menschen, die bei den ersten Aktionstrainings dabei waren und anschließend selbst welche durchgeführt hätten.

4.3 SCHLICHTUNG ODER MEDIATION?

Morawe (2011: 17 f.) benennt als Gründe für das Scheitern der «Schlichtung» um «Stuttgart 21» durch Heiner Geißler fünf Desiderate, die nicht verwirklicht worden seien:

- «1. Es hätte zunächst geregelt werden müssen, welche betroffenen Parteien überhaupt teilnehmen sollen und wie und von wem sie vertreten sein würden.
2. Es hätte geklärt sein müssen, wer mit wem über welche Inhalte des Verfahrens redet.
3. In einem Mediationsverfahren wäre auch Offenlegung, nicht Öffentlichkeit vereinbart worden.
4. Alle entscheidungserheblichen Informationen in belegter Form vorzulegen, hätte im Arbeitsbündnis vereinbart werden müssen.
5. In diesem Zusammenhang hätte deshalb auch die Rolle des «Dritten», nämlich Heiner Geißler, vorab geklärt werden müssen.» (Morawe 2011: 17 f.)

Besemer (2010) kommt in seiner kritischen Reflexion der Schlichtung zu ähnlichen Schlussfolgerungen, dazu gehörten zum Beispiel:

- Unklarheit über die Art des Verfahrens und den Abschluss der Gespräche,
- nicht berücksichtigte Gefühls- und Beziehungsebene,
- fehlende Einbeziehung relevanter Konfliktparteien
- zu kurze Phase der Verhandlungen,
- fehlende Rückbindung an die Basis.

Aufgrund dieser Mängel zieht er folgendes Fazit:

«Es wäre allerdings hilfreich, wenn zukünftige Konfliktbearbeitungen tatsächlich ergebnisoffen und in Form einer Mediation (modifiziert für öffentliche Konflikte) stattfinden würden anstatt als Schlichtung! Die Chance, dass dadurch wirklich Frieden geschaffen wird, ist ungleich höher!» (Besemer 2010)

Strecker (2011: 19 ff.) spricht sich dagegen aus, die Empfehlungen Heiner Geißlers am Ende als «Schlichterspruch» zu bezeichnen, da ihnen damit mehr Bedeutung beigemessen würden, als ihnen eigentlich zukämen. Die Empfehlungen seien nicht verbindlich.

Mediation ist nach Besemer (1993: 14 f.) eine konsensorientierte, selbstbestimmte, informelle und außergerichtliche Vermittlung durch unparteiische Dritte unter Einbeziehung aller Konfliktparteien, die freiwillig daran teilnehmen. Diese Ansprüchen an eine Mediation sind durch die «Schlichtung» nicht erfüllt, da keine Konsensentscheidung zu «Stuttgart 21» zustande gekommen ist. Kritisiert wird auch, dass es Unklarheiten über die wichtigen Parteien bei der «Schlichtung» gegeben habe. Es waren also nicht alle relevanten Konfliktparteien vertreten.

4.4 ZENTRALE ERGEBNISSE DER EXPERTINNEN-INTERVIEWS

Das vorliegende Forschungsprojekt geht folgender zentraler Fragestellung nach: Welche zivilgesellschaftlichen Praxen für einen sozialen Wandel zu «mehr Demokratie», mehr gewaltfreier Konfliktaustragung und einer solidarischeren Gesellschaft können am Beispiel der Bewegung gegen «Stuttgart 21» festgestellt werden?

Daraus wurden drei Komplexe mit folgenden Fragen abgeleitet:

1. Welche gesellschaftlichen Visionen können (auch als latente Motivation) im Kontext der Bewegung gegen «Stuttgart 21» festgestellt werden?
2. (Inwieweit) Sind ziviler Ungehorsam und gewaltfreie Aktionen in der Mitte der Gesellschaft angekommen und damit gesellschaftsfähig geworden?
3. Wofür ist «Stuttgart 21» für die dagegen protestierenden Menschen zu einem Symbol und zu einer Metapher geworden?²¹

Daraus abgeleitet wurde bei den ExpertInnen-Interviews allen InterviewpartnerInnen die folgende Frage gestellt: Was motiviert Sie zu Protest beziehungsweise Widerstand?

Mit zwei Befragungsmethoden wurde versucht, Antworten auf diese Fragen zu finden: den ExpertInnen-Interviews und der Fokusgruppe (vgl. Kapitel 4.5). Mit den ExpertInnen wurden narrative Interviews geführt, um mit dieser qualitativen Interviewtechnik «erfahrungsnahe, subjektive Aussagen über Ereignisse und biographische Abläufe zu gewinnen» (vgl. Diekmann 1995: 449). Vom 2. August–21. September 2011 wur-

²¹ Lt. Rugenstein und Bebnowski (2010: 28) wurde «Stuttgart 21» zu einem Symbol.

den folgende neun ExpertInnen aus der Bewegung gegen «Stuttgart 21» einzeln befragt:

1. Peter Grohmann, Kabarettist, Autor, Gründer der Organisation «Die AnStifter» (2.8.2011)
2. Dr. Werner Sauerborn, ehem. Vorstandssekretär der Gewerkschaft ver.di Baden-Württemberg, GewerkschafterInnen gegen «Stuttgart 21» (2.8.2011)
3. Matthias von Herrmann, Pressesprecher der Parkschützer, Aktionstrainer (2.8.2011)
4. Dr. Wolfgang Sternstein, Friedensforscher, Friedensaktivist, Institut für Umweltwissenschaft und Lebensrechte e. V. (6.9.2011)
5. Gangolf Stocker, Gründer der Initiative «Leben in Stuttgart e. V.» (6.9.2011)
6. Julia Müller,²² Sprecherin der Jugendoffensive gegen «S21» (6.9.2011)
7. Daniel Kartmann, Schlagzeuger, Gruppe der Verletzten vom 30. September 2010²³ (7.9.2011)
8. Attila Medgyesi (Karlsruhe), Initiative Barriere-Frei (Stuttgart, www.eben-bleiben.de) (12.9.2011)
9. Sybille Stamm, Landessprecherin DIE LINKE Baden-Württemberg (21.9.2011).

Beiden Methoden ist gemeinsam, dass die Interviewfragebögen der vorliegenden Studie als Orientierungshilfe vorgegeben waren, jedoch nicht strikt eingehalten wurden. Der spontane Erzählfluss sollte erhalten werden, um Erkenntnisse zu gewinnen, die bei einem strikten Einhalten des Leitfadens gegebenenfalls nicht zur Sprache gekommen wären. Die Antworten werden zum Teil sinngemäß, zum Teil aber auch wörtlich wiedergegeben, da dies den Kern der Studie ausmacht und die Vielfalt interessanter Antworten zum Tragen kommen soll. Um sicherzustellen, dass die Antworten richtig wiedergegeben werden, wurden die InterviewpartnerInnen zwecks Autorisierung angeschrieben. Dabei kamen in einigen Fällen weitere Aussagen hinzu, die den InterviewpartnerInnen wichtig erschienen.

4.4.1 Gesellschaftliche Visionen

FRAGE 1: Welche gesellschaftlichen Visionen haben Sie? Welche davon haben Sie im Kontext der Bewegung gegen «Stuttgart 21»?

JULIA MÜLLER zufolge ist die Jugendoffensive nicht hierarchisch und damit ohne Führungspersonen. «Wir haben ein Verlangen nach Demokratie.» So kann die Jugendoffensive als basisorientierte Gruppe mit status-quo-gesamtkritischen Einstellungen und gesellschaftsverändernden Visionen bezeichnet werden.

SYBILLE STAMM benennt als Ziel eine demokratische und sozialistische Gesellschaft, was mit Einschränkungen momentan auch als gesellschaftsverändernd bezeichnet werden kann. «Die Mittel sind darauf hin zu überprüfen, ob sie dem Ziel näher kommen. Es geht darum, dass die Menschen ihre Dinge selbst in die Hand nehmen und nicht auf parlamentarische Entscheidungen verweisen.»

DANIEL KARTMANN ist motiviert, sich für einen wirtschaftlichen und gesellschaftspolitischen Systemwechsel zu engagieren. «Durch meine Verletzung

sind mir – bildhaft gesprochen – die Augen geöffnet worden. Als Sohn eines Pfarrers bin ich trotz einer gewissen Distanz von christlichen Werten überzeugt, die durch eine christliche Partei, aber auch in der Gesellschaft verletzt werden. Eine neue Gesellschaft ist solidarisch. In Rumänien, wo ich gelebt habe, hat trotz der Diktatur in einem sozialistischen System die Gesundheitsversorgung funktioniert. Mir geht es um eine konkrete Umverteilung der Mittel, sodass alle Menschen genug davon haben.»

Der Begriff «soziale Gerechtigkeit» klinge nach Almosen. Dann würden PolitikerInnen Reden darüber halten, wie viel ein Hartz-IV-Empfänger zum Leben brauche, und wenn er das bekomme, dann sei es gerecht. Es gehe viel weiter, nämlich um eine konkrete Umverteilung der Mittel, sodass alle genug hätten. Wenn jemand darüber hinaus mehr arbeiten und verdienen wollte, sei es für Kartmann in Ordnung. Es sei nicht akzeptabel, dass Mittel gehortet würden und andere Menschen «bis zum Umfallen» arbeiten und um ihre Existenz bangen müssten.

GANGOLF STOCKER geht es nicht darum, die parlamentarische Demokratie abzuschaffen. Die Bevölkerung solle zwischendurch mal Gesetzgeber sein nach dem Vorbild der Schweiz: «Dort sind alle wichtigen Bahninfrastrukturvorhaben von der Bevölkerung abgestimmt worden. Vorher gibt es heftige Diskussionen, dann die Abstimmung und ein Ergebnis. Das muss eingeführt werden.»

ATTILA MEDGYESI befürwortet Elemente partizipatorischer beziehungsweise direkter Demokratie: «Seit meiner Jugend ist mein größter Wunsch, dass es eine richtige Demokratie gibt, sodass alle Landes- und Bundesminister und der Bundespräsident direkt von der Bevölkerung gewählt werden. Von Parteien halte ich nichts: In Baden-Württemberg hat sich gezeigt: Je länger eine Partei an der Macht ist, desto mehr Verflechtungen mit Firmen, Organisationen, Institutionen und so weiter gibt es, was sehr undemokratisch ist. Parteien sollten verboten werden. Wenn PolitikerInnen – ohne Parteien – direkt gewählt würden, dann würden sich in der Legislaturperiode Kontakte ergeben. Wenn PolitikerInnen teilweise oder komplett nicht mehr gewählt würden, dann würde es diese Kontakte und Seilschaften nicht mehr geben, da man nicht mehr die Macht auf längere Zeit aufbauen könnte. Das wäre eine echte Demokratie. PolitikerInnen müssten direkten Kontakt zur Bevölkerung haben, da sie direkt von ihnen gewählt werden. Sie würden mehr auf die BürgerInnen hören müssen und die Bürger hätten so mehr Einfluss.»

PETER GROHMANN: «Wir müssen gesellschaftliche Gegenentwürfe²⁴ schaffen, glaubwürdig, praktisch, umsetzbar wenigstens in Teilen, in Ansätzen schon heute, also überzeugend. Wir müssen deutlich machen, dass wir uns von den Dogmatikern der so-

²² Name geändert. ²³ Am 30.9.2010 gab es bei einer Aktion im Schlosspark einen Polizeieinsatz mit vielen verletzten Demonstrationsteilnehmenden. ²⁴ Vgl. Abb. 1.

nannten Volksdemokratien gelöst haben – sofern wir da je eine Verbindung hatten. Wir müssen zeigen, beispielhaft, wie wir anders leben können. Dazu können Wohngemeinschaften genauso wie eigene Zeitungen, Banken, Kulturorte, Wirtschaftsunternehmen, Genossenschaften – unter der Überschrift «Gerechtigkeit und Solidarität». Viele Ressourcen sind noch ungenutzt – wir müssen deshalb Künstler im Vernetzen werden.»

Nach Abb. 2 (Ebert) kann hier auch von legaler Rolleninnovation gesprochen werden.

WOLFGANG STERNSTEIN: «Mir ist es wichtig, auf dem Weg über die gewaltfreie Konfliktaustragung die gewaltfreien Methoden einzuüben, um im Laufe der Zeit eine gewaltfreie und demokratische Gesellschaft zu schaffen. Das ist hilfreicher, als den Staat oder den Kapitalismus zum Feind zu erklären. Wenn die Gesellschaft gewaltfreier wird, dann wird der Staat als Machtapparat allmählich überflüssig. Das setzt allerdings voraus, dass wir fähig werden, unsere Konflikte gewaltfrei auszutragen.»

ZUSAMMENFASSUNG: Aus den Antworten ergibt sich, dass die meisten geäußerten Visionen demokratiethoretisch relevant sind und soziale Bewegungen als Form der Herrschaftskontrolle (als Pendant zur parlamentarischen Demokratie), der gesellschaftlichen Mitbestimmung und freien Selbstbestimmung betrachte werden. Es gehe darum, den Kreis der Stimmberechtigten zu vergrößern und die Beteiligung der Stimmbürgerschaft an öffentlichen Entscheidungen zu erweitern.²⁵

Die meisten hier zitierten InterviewpartnerInnen neigen eher zu einer status-quo-teilkritischen Einstellung,²⁶ da sie nicht deutlich die Abschaffung der parlamentarischen Demokratie, sondern die Erweiterung direktdemokratischer Verfahren fordern.

FRAGE 2A: Welche direktdemokratische Praxis (also mit eigener Mitverantwortung, nicht nur im Parlament) ist Ihnen wichtig? Was gehört für Sie zu einer notwendigen gewaltfreien Konfliktaustragung? Welche Vorstellungen von «Mehr Demokratie» haben Sie?

MATTHIAS VON HERRMANN gibt zu bedenken, dass im «Musterland» (direkter) Beteiligungsdemokratie, der Schweiz, manche Kampagnen demagogisch geführt würden. «Abstimmungsthemen werden zeitlich gebündelt. Es kommt darauf an, welche Themen miteinander gebündelt werden. Um von Themen mehr zu verstehen, über die entschieden wird, müsste man sich intensiver einarbeiten. Es ist unrealistisch, von BürgerInnen in verschiedenen Detailfragen ExpertInnenwissen zu erwarten. Ebenso ist es wenig effizient, wenn jede/r alles machen muss. Meinungsbilder können im Sinne von Bedürfnissen ermittelt werden (z. B. zuverlässiger Bahnverkehr). Es ist sinnvoll, wenn sich eine Regierung öfter Meinungsbilder (in Richtung auf Bedürfnisse) einholt, was fehlt (z. B. zuverlässig von A über B nach C zu kommen, dann ist man bald beim integralen Taktfahrplan).»

WOLFGANG STERNSTEIN: «Ich bin ein leidenschaftlicher Anhänger direkter Demokratie als Korrektiv der parlamentarischen, repräsentativen Demokratie. In einer komplizierten, hoch arbeitsteiligen Industriegesellschaft geht es nicht ohne RepräsentantInnen und Mehrheitsprinzip als Mittel der Willensbildung und Entscheidung. Wenn es Volksbegehren und Volksentscheide als verfassungsmäßig garantiertes Recht gibt, müssen die RepräsentantInnen Rücksicht auf die Bevölkerung nehmen. So werden BürgerInnen früher einbezogen. Die Hürden müssen herabgesetzt werden. Das Zustimmungsquorum von einem Drittel der abgegebenen Stimmen in der baden-württembergischen Landesverfassung ist undemokratisch und prohibitiv. Seit es eingeführt wurde, hat es kein Plebiszit in Baden-Württemberg gegeben.

Die perfekte Verfassung, die jeden Missbrauch verhindert, gibt es jedoch nicht. Eine Verfassung ist letztlich so gut wie die BürgerInnen, die sie erkämpft haben und die bereit sind, sie unter Opfern zu verteidigen. In der Bundesrepublik steht dieser «Stresstest» für das Grundgesetz noch aus, da es uns von den Alliierten des Zweiten Weltkriegs mehr oder weniger in den Schoß gelegt worden ist. In jedem Fall aber dürfen der Grundrechteteil und die Bestimmungen des Art. 20 und 79 III durch Volksentscheide nicht angetastet werden. Das Verfassungsgericht hat darüber zu wachen, dass das garantiert ist.»

WERNER SAUERBORN befürchtet, dass ein Misserfolg der Bewegung gegen «Stuttgart 21» zu einem demokratiepolitischen Fiasko werden könnte, da trotz der besseren Argumente nichts bewegt werden könne. «Die Bewegung hat die Demokratiedefizite offengelegt. Falls das Projekt verhindert wird, kann gezeigt werden, dass es möglich ist, sich erfolgreich zu wehren. Dann können Instrumente weiterentwickelt werden, mit denen die BürgerInnen mehr einbezogen werden können. Die Gemeindeordnung könnte so geändert werden, dass kommunale Bürgerentscheide leichter möglich werden.»

PETER GROHMANN: «Statt sich von denen da oben an den «Katzentisch» verträgen zu lassen, gibt es doch immer die Möglichkeit, die eigene Welt zu gestalten – in der Nachbarschaft, in der Kommune, im Land. Wir haben schließlich eine Regierung gestürzt, die selbstherrlich und arrogant fast 60 Jahre lang das Sagen hatte. Wir brauchen mehr «Genossenschaft», neue Formen des praktischen und politischen Handelns, Praxis für den Lebensalltag. Der Druck gegen die herrschende Politik wird zunehmen. Aber Wahlen verändern wenig, ich bezweifle, dass sie im Grundsatz demokratisch sind, weil sie durch Kampagnen entschieden werden, die Millionen kosten und von daher schon alle «Armen» ausschließen. Neue Medien verändern da einiges, aber es wird noch dauern.»

²⁵ Vgl. Kapitel 3.3. ²⁶ Nach Wasmuht (1987: 127-131) lassen sich hier Unterscheidungen auf Organisations- und Einstellungsebene treffen; vgl. Kapitel 3.2.

GANGOLF STOCKER, Gründer der Initiative Leben in Stuttgart e. V., organisiert das Projekt «Wir reden mit – Volksversammlung auf dem Marktplatz», bei dem es sich um den Diskurs mit PolitikerInnen handelt. Er sagt dazu: «Die Idee ist vor der Landtagswahl entstanden. Es gab die Überlegung für den Fall eines erwünschten Wahlergebnisses, dass sich die Aktivitäten eventuell vom Protest zu einer anderen Form entwickeln könnten. Geplant waren auch Dialoge mit dem Finanz- und Wirtschaftsminister Nils Schmid und dem Stuttgarter Oberbürgermeister Wolfgang Schuster.»

Nach Ansicht von ATTILA MEDGYESI gibt es weiterhin Menschen, die nicht wählen. «Manche aber würden erst recht wählen, wenn es eine echte Demokratie gäbe. Sicher gäbe es mehr direkte Demokratie, wenn es eine echte Demokratie gäbe. Es darf kein Quorum geben, außer eventuell bei Grundrechten im Grundgesetz. Obwohl die grün-rote Landesregierung mehr Bürgerbeteiligung versprochen hat, will die SPD dies in der Behindertenpolitik leider nicht durchsetzen. Die SPD hat den Behindertenbeauftragten gestellt, der von den Wohlfahrtsverbänden kommt. Sie will nicht, dass der Behindertenbeauftragte von den Menschen mit Behinderungen direkt gewählt wird. Die Landesarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik der Grünen hat sich darüber beschwert. Diejenigen, die nicht bei den Grünen sind, haben es zu spät erfahren, darunter auch die Initiative «Barrierefrei» und die Landesarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik der LINKEN. Die Grünen haben es unter sich ausgemacht, darüber habe ich mich beschwert.»

FRAGE 2B: Welche Vorstellungen von «Mehr Demokratie» gibt es in der Bewegung? Welche Vorstellungen davon haben Sie? Wie steht es mit der Demokratie innerhalb der Bewegung? Wie versuchen Sie, eine breite Basis für Entscheidungen herzustellen?

JULIA MÜLLER bemängelt, dass das Aktionsbündnis undemokratisch aufgebaut sei. «Jugendliche und arbeitslose Menschen dürfen bei den Montagsdemonstrationen nicht reden. Die Jugendoffensive ist nicht hierarchisch (ohne Führungspersonen) und hat das Verlangen nach Demokratie. Wir treffen uns regelmäßig; niemand ist zu etwas verpflichtet. Die Jugendoffensive ist aus dem Bildungsstreik-Milieu entstanden, beschäftigt sich auch mit Atomkraft und Antifaschismus und nimmt auch an Demonstrationen teil. Sie ist für eine grundsätzliche gesellschaftliche Veränderung. Es geht um Solidarität, Verteilungsgerechtigkeit (kostenloser Bahnverkehr für alle, keine 1. Klasse) und mehr gesellschaftliche Teilhabe.»

FRAGE 2C: Nicht nur in Stuttgart, sondern auch in Hamburg scheint das Thema «Bürgerbeteiligung bei der Stadtentwicklung» und der Widerstand gegen die Privatisierung öffentlicher Räume ein Thema zu sein. Wie sehen Sie das? Spielt dieses Motiv bei der Bewegung gegen «Stuttgart 21» eine Rolle? Welche Vorstellung von Stadtentwicklung, Bürgerbeteiligung und so weiter gibt es in der Bewegung?

Die Durchführung eines Volksentscheids in Stuttgart fände JULIA MÜLLER angebracht. Bei «kleineren» Entscheidungen gäbe es mehr Bürgerinnenbeteiligung, aber bei so einem großen Projekt nicht. Da die an der Planung Beteiligten nicht gegen die Bevölkerung ankäme, würde sie nicht gefragt. In Berlin wäre ein Autobahn-Projekt aus Angst vor den BürgerInnen nicht weiter verfolgt worden.

FRAGE 2D: Was ist von der Volksabstimmung zu halten?

SYBILLE STAMM ist skeptisch: «Die §§ 59 und 60 der Landesverfassung sind nicht zu bewältigen, da sie ein doppeltes Quorum haben. Ein Drittel der Wahlberechtigten muss teilnehmen und dann auch dafür stimmen. Um das erste Quorum zu erreichen, müssen mehr Stimmen zusammenkommen, als SPD, Grüne und LINKE in der Landtagswahl zusammen an Stimmen bekommen haben. Unter einem Drittel Beteiligung ist es ungültig. Selbst die CDU will inzwischen das Quorum ändern. Im Koalitionsvertrag steht, dass die Volksabstimmung nach den alten Kriterien durchgeführt wird. Die landesweite Gemeindeordnung zu ändern, würde bedeuten, dass man in der Region oder in Stuttgart über «Stuttgart 21» abstimmen könnte. Das würde die SPD nicht mitmachen. Die Volksabstimmung ist demokratiepolitisch eine Farce. Trotzdem wird es eine Kampagne für die Teilnahme geben. Es ist ein moralischer Sieg, wenn unter den Abstimmenden die Mehrheit erreicht wird. Ich befürchte, dass nach der Volksabstimmung die «Luft raus» sein könnte. Es gab zwei Fallen: Schlichtung und Stresstest.»

ATTILA MEDGYESI hält den Volksentscheid wegen Stuttgart 21 nur für eine Show. «Das Quorum ist so hoch, dass es undemokratisch ist.»

GANGOLF STOCKER interessiert das Quorum bei der Volksentscheidung, das ohnehin nicht erreicht werden könne, nicht. «Wenn aber die Mehrheit erreicht wird, lässt sich die demokratische Legitimierung nicht mehr begründen. Ich habe einen Brief an VertreterInnen der Landesregierung geschrieben mit dem Anliegen, dass die Volksabstimmung fair und gleichberechtigt durchgeführt wird (ohne teure Großplakate durch die Profiteure des Projekts).»

PETER GROHMANN: «Heiner Geißler war nie Schlichter – das hat er sich angemaßt – und wir mussten uns unter dem Druck der Verhältnisse darauf einlassen. Auch der Faktencheck war kein Faktencheck, vieles wurde nicht untersucht, vieles verschwiegen, vieles unter den Teppich gekehrt. Immerhin haben wir wichtiges Terrain bei der Bildung von (Gegen-)Öffentlichkeit besetzt.»

Von WOLFGANG STERNSTEIN ist eine Antwort zu dieser Frage im Anhang 2 zu lesen.

FRAGE 2E: In Spanien und Griechenland gibt es große Demonstrationen gegen den Abbau sozialer Rechte, gegen Lohnkürzungen und die Verschlechterung der Arbeitsbedingungen. In Deutschland wird gegen einen

Bahnhofsumbau und gegen Atomkraft demonstriert. Sind die Deutschen auf dem sozialen Auge blind? Welche Rolle spielen ökologische Nachhaltigkeit und soziale Gerechtigkeit (auch zwischen den Geschlechtern) in der Bewegung? Welche Rolle spielen sie bei Ihnen? Inwieweit kann ein gesellschaftsveränderndes Projekt für mehr Demokratie und Solidarität an die Bewegung anknüpfen?

WERNER SAUERBORN: «Es geht um viel mehr als einen Bahnhof. Es geht um fundamentale demokratische Fragen, um die Frage, wessen Interessen bestimmen, was in der Stadt passiert, um Verteilungsfragen und so weiter. Aus gewerkschaftlicher Sicht besteht ein Bedürfnis nach guter Arbeit. Im Kontext von «Stuttgart 21» wurde bei ersten Bauaufträgen schon reihenweise gegen Sozialstandards verstoßen. Gute Arbeit heißt nicht nur gute Arbeitsbedingungen, sondern auch gesellschaftlich sinnvolle Arbeit.»

JULIA MÜLLER: «Für Menschen mit Behinderung kann es ein Problem werden, wenn die Aufzüge kaputt sind. Sie können den Zug verpassen. Ein Kopfbahnhof ist dafür besser geeignet. RentnerInnen gehen auch zu Demonstrationen, da ihre Bedingungen dadurch verschlechtert werden. Ohnehin benachteiligte Menschen werden noch mehr benachteiligt, da sie nicht so viel Profit bringen. Die Solidarität untereinander war am 30.9.2010 sehr groß; viele Menschen haben sich gegenseitig emotional unterstützt und die Augen ausgespült. Im Zuge der Bewegung sind Hierarchien und Berührungängste abgebaut worden. Mehr Menschen reden miteinander. Es gibt mehr Kontakte über Altersgruppen hinweg. Mehr Menschen geben auch mal Geld. Über Schwabenstreich-Gruppen haben sich mehr NachbarInnen kennen gelernt.»

PETER GROHMANN: «Für die soziale Frage gibt es wenig Anknüpfungspunkte, auf die jene Menschen reagieren, denen es schlecht geht. Die größere Frage ist die nach Ressourcenplünderung, auch danach, wer die Kosten trägt.»

SYBILLE STAMM: «Es bilden sich nachbarschaftliche Kontakte. Es ist fraglich, ob es Solidarität genannt werden kann, aber es gibt mehr Kommunikation über ein gemeinsames Thema, zum Beispiel eine Verkäuferin, die fragt, ob das Projekt noch verhindert werden kann. Menschen verständigen sich in Bewegungen klassenübergreifend. Wenn Menschen bei ihrem Engagement bejubelt werden, gibt es Kraft, auch das ist Solidarität. Ein neuer Rasen wurde im Park gepflanzt, um Verantwortung für die Allgemeinheit zu übernehmen.»

GANGOLF STOCKER: «Die Stadt ist nach Wahrnehmung vieler Menschen kommunikativer und sozialer geworden. In der Straßenbahn reden mehr Menschen mit Buttons miteinander und lächeln sich gegenseitig an.»

ATTILA MEDGYESI: «Ich habe volles Verständnis für die Demonstrationen in Griechenland und Spanien. Auch dort gibt es immer mehr Reiche die auf Kosten der «normalen» und «armen» Bürger leben und sehr

viel Einfluss und Druck auf die Politik ausüben. Auch in Deutschland hat sich die soziale Situation verschlechtert, wenn auch nicht so stark. Die Kommunen, Länder und der Bund sind überschuldet, immer mehr Menschen arbeiten Vollzeit und müssen Sozialhilfe bekommen, damit sie über die Runden kommen. Es gibt marode Schulen, Schwimmbäder und Büchereien. Soziale Einrichtungen müssen schließen, Straßen werden ungenügend oder nicht saniert, es gibt zu wenige Kindergärten. Aber für einen extrem teuren Bahnhof ist kein Geld zu viel. Er wird auch noch verkehrstechnisch schlechter sein als der jetzige. Es geht nur darum, die Gleisvorfelder teuer zu verkaufen, damit Bahn, Stadt und Immobilien daran verdienen auf Kosten der Steuerzahler, die den Prestige-Bahnhof «S21» finanzieren müssen.

Sehr positiv fiel mir auf, dass viele Menschen in der Bewegung gegenüber Menschen mit Behinderungen sehr entgegenkommend und aufgeschlossen sind. Sonst habe ich mehr Berührungängste bei andern Menschen erlebt.

Als Argumente nannte Matthias von Herrmann Barrierefreiheit und Sicherheitsaspekte. Bahn-Vorstand Volker Kefer schrieb auf Nachfrage, die BahnhofsbesucherInnen würden im Notfall über Lautsprecher aufgefordert, Menschen mit Behinderungen zu helfen. Das ist zynisch, da im Notfall jeder Mensch sich selbst der Nächste ist. Es wird gehofft, dass das Bahnpersonal Menschen mit Behinderungen behilflich sein würde. Für die unterirdischen S-Bahn-Stationen gibt es keine gute Lösung – das wurde in den 1960er Jahren geplant und in den 1970er Jahren gebaut. Durch den unterirdischen Hauptbahnhof würde das Problem verschlimmert. Es würde nur durch Rampen lösbar werden, das Zweitbeste wären Rollbänder, aber diese sind im geplanten «S21» nicht möglich. Horst Tüttelmann (Brandoberamtsrat a. D., Stuttgart) sagte: «Wer sich in Eisenbahntunnels im Brandfall nicht selbst retten kann, den rettet auch die Feuerwehr nicht mehr.» Im jetzigen Kopfbahnhof können sich Mobilitätseingeschränkte selbst retten, Richtung Nordausgang und Gleisvorfeld – im Tiefbahnhof, Flughafen-Bahnhof und in den Tunnels überhaupt nicht. Mobilitätseingeschränkt sind nicht nur Rollstuhlfahrer und andere Behinderte, sondern zum Beispiel auch Kinderwagenschieber, Senioren, Rollatorbenutzer, Menschen mit Knie- und Hüft-Beschwerden, vorübergehend Kranke (Gipsbein), Eltern mit Kleinkindern und Reisende mit viel beziehungsweise schwerem oder sperrigem Gepäck. Wegen Barrieren, technischen und Sicherheitsmängeln im Projekt «Stuttgart 21» für Mobilitätseingeschränkte und auch für alle Menschen habe ich mit anderen aus der Bewegung (u. a. mit Dipl.-Ing. Hans Heydemann, der in der 6. Schlichtung dabei war) das Projekt EngpassS21 mitgegründet (www.engpass21.de). Die Gruppe EngpassS21 hat einen begehbaren 1:1-Nachbau eines «S21»-Tiefbahnsteiges aus Holz mit den Maßen 5 x 10 m mit Treppen- und Rolltreppenanlage, das unter anderem den Engpass zwischen Treppenwand und

Bahnsteigkante darstellt und erlebbar macht, selbst geplant und dann bauen lassen. Damit ziehen sie durch Baden-Württemberg. Das Bundes-Wirtschaftsministerium hat folgendes festgestellt: «Für 10 Prozent der Bevölkerung ist Barrierefreiheit absolut unentbehrlich – für 30–40 Prozent ist sie notwendig – und für 100 Prozent der Gesellschaft ist eine barrierefreie Umgebung komfortabel und ein Qualitätsmerkmal.»²⁷

100 Prozent sind *alle* Menschen. Dem wird das Projekt Stuttgart 21 überhaupt nicht gerecht.»

DANIEL KARTMANN: «In Rumänien, wo ich aufgewachsen bin, hat trotz einer Diktatur in einem sozialistischen System die Gesundheitsversorgung funktioniert, auch wenn sie nicht auf dem neuesten technischen Stand war. In einer kleinen funktionierenden Gemeinde waren auf jeder Straße Nachbarschaften mit gegenseitiger Hilfe sehr hilfreich. Dieses System hat über Jahrhunderte hinweg gut funktioniert. In Stuttgart ist es anders: Der Marienplatz sollte neu gestaltet werden, wobei einfach etwas gestaltet wurde, ohne nach Bürgerwillen zu fragen. Aufgrund einer einzelnen Beschwerde wurden aus Gründen des Lärmschutzes kulturelle Veranstaltungen verboten. Durch das Aufleben dieser Protestbewegung ergibt sich ein neuer gesellschaftlicher Zusammenhalt in der Stadt, der sich unter anderem durch den «Schwabenstreich» in der breiten Öffentlichkeit Gehör verschafft.

Die Schere zwischen Arm und Reich wird hauptsächlich dadurch größer, indem man einen Platz für Konzerne und Großunternehmen reserviert, die dadurch größer werden. Es ist Diebstahl an der Stadfläche, kleine Unternehmen verschwinden. Es gibt eine Uniformierung, da alle Menschen dieselben Marken tragen. Es ist wichtig, den Wachstumsdruck wegzunehmen und das entsprechende System zu verändern. Durch eine Entspannung entsteht Raum für Kreativität, bei der mehr Menschen ihre eigenen Produkte anbieten können. Es sind Mittel einzusparen, indem so unsinnige Projekte nicht umgesetzt werden; dann gibt es mehr Möglichkeiten für einheimische Produzierende, Betriebe und Kulturschaffende. In Stuttgart wird vieles teurer, zum Beispiel Kindergärtenbeiträge; mit drei Kindern ist eine Erhöhung um 10 Prozent sehr hart. Gleichzeitig wird der öffentliche Personennahverkehr teurer. Es wird einem die Heimat genommen; ich kenne das aus eigener Erfahrung. Der Terminologie der «strukturellen Gewalt» nach Johan Galtung²⁸ für die unerträglichen gesellschaftlichen Umstände stimme ich zu: Die Struktur der Stadt wird mit dem Vorwand der Verbesserung zerstört. Es gibt jahrelang eine Verschlechterung, eine Baustelle und nicht die versprochene Verbesserung. Über die notwendigen Verbesserungen wird nicht nachgedacht.»

ZUSAMMENFASSUNG: Die Antworten lassen sich der partizipatorischen Demokratietheorie zuordnen, da keine Aussage der InterviewpartnerInnen darauf schließen lässt, dass es ihnen darum geht, die parlamentarische Demokratie durch ein anderes demokrati-

ches System zu ersetzen. Direkte Demokratie wird als ein «Mehr» an Bürgerbeteiligung beziehungsweise als Korrektiv/Ergänzung der parlamentarischen Demokratie betrachtet. Allerdings lassen sich bei drei von neun InterviewpartnerInnen (Julia Müller, Sybille Stamm und Daniel Kartmann) gesellschaftsverändernde Visionen feststellen. Darüber hinaus strebt Wolfgang Sternstein eine gewaltfreie werdende Gesellschaft an, in der der Staat als Machtapparat allmählich überflüssig werde. Den Interviewten geht es um den Abbau von Hierarchien, um eine demokratische und gewaltfreie oder sozialistische Gesellschaft beziehungsweise um einen wirtschaftlichen und gesellschaftspolitischen Systemwechsel zu einer solidarischen Gesellschaft. Die Bedingungen für die für Ende November 2011 geplante Volksabstimmung werden durchweg skeptisch beurteilt. Daraus kann geschlossen werden, dass es den Befragten nicht genügt, direktdemokratische Verfahren zu praktizieren, sondern dass sie sich wünschen, dass die Bedingungen dafür so verändert werden, dass Projekte auch verhindert werden können, deren demokratische Legitimation von breiten Bevölkerungskreisen nicht anerkannt wird. Die vielfach vertretene Position, dass Repräsentation in einer komplexen Gesellschaft notwendig sei, diese aber stärker demokratisch zu kontrollieren und mit mehr Bürgerbeteiligung zu versehen sei, führt zu der Frage, wie demokratisch legitimierte Institutionen beziehungsweise Repräsentation hierarchiefrei organisiert werden können.

Zur sozialen Frage werden folgende Vorschläge gemacht: gute Arbeitsbedingungen statt Verstoß gegen Sozialstandards wie bei «Stuttgart 21», gesellschaftlich sinnvolle Arbeit, barrierefreier Kopfbahnhof mit mehr Rollrampen als Alternative zum nicht barrierefreien Tiefbahnhof. Darüber hinaus wurde die Solidarität und gegenseitige Unterstützung unter den Aktiven der Bewegung (z. B. beim Polizeieinsatz am 30.9.2010) betont. Nun bestünden mehr Kontakte über Altersgruppen hinweg und in der Nachbarschaft. Attila Medgyesi und Daniel Kartmann konstatieren eine Verschlechterung der sozialen Situation in Deutschland mit ungenügender Überholung und Überteuerung von Infrastruktur und erhebliche soziale Ungleichheiten in Spanien und Griechenland. Das Projekt «Stuttgart 21» wird als Beitrag zu einer Verschlimmerung der bereits vorhandenen strukturellen Gewalt (soziale Ungerechtigkeit) verstanden. Aus diesem Befund ergibt sich die Frage: Reichen die überwiegend auf gesellschaftserhaltenden beziehungsweise status-quo-teilkritischen Einstellungen²⁹ basierenden Bewegungsansätze aus, um diese Ungerechtigkeiten zu überwinden und damit einen «positiven Frieden» nach der Definition Galtungs³⁰ zu erreichen?

²⁷ Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (Hg.) (2010): Wirtschaftsfaktor Alter. Faktenblatt, 4. April 2010. Zit. n. <http://www.bmwi.de/BMWi/Redaktion/PDF/Publikationen/wirtschaftsfaktor-alter-faktenblatt-4-barrierefreiheit,property=pdf,bereich=bmwi,sprache=de,rwb=true.pdf> (Stand: 2.11.2011). ²⁸ Nach Galtung (1978: 12 f.) handelt es sich dabei um Gewalt, deren UrheberInnen nicht eindeutig identifizierbar erscheinen. ²⁹ Vgl. Kapitel 3.2. ³⁰ Nach Galtung (1978: 33) handelt es sich dabei um die Abwesenheit struktureller Gewalt.

4.4.2 Akzeptanz gewaltfreier Aktionen und zivilen Ungehorsams

FRAGE 1: (Inwieweit) Sind ziviler Ungehorsam und gewaltfreie Aktionen in der Mitte der Gesellschaft angekommen und damit gesellschaftsfähig geworden? Ist die Bewegung gegen «Stuttgart 21» ein passendes Beispiel gewaltfreier Konfliktaustragung?

MATTHIAS VON HERRMANN sieht die Bewegung als ein passendes Beispiel gewaltfreier Konfliktaustragung, da es nicht zu nennenswerter Gewalt von Bewegungsakteuren gekommen sei. Dazu von Herrmann: «Die Überzeugung, dass nur Gewaltfreiheit zum Erfolg führt, ist bei den «S21»-Gegnern vorhanden. Die einzelnen Teilnehmenden, die aus Verzweiflung am liebsten Zuflucht zur Gewalt suchen würden, können gut «eingefangen» werden und sind nicht repräsentativ. In den Medien wurde der bürgerliche gewaltfreie Widerstand positiv hervorgehoben. Selbst beim Widerstand in der DDR hat es vereinzelt auch Straßenschlachten gegeben; trotzdem ist die Rede vom gewaltfreien Umbruch. In Stuttgart achten die Medien mehr auf die vereinzelt Gewalt.» Matthias von Herrmann hat den Eindruck, dass viele Leute nicht registrieren, wer wie kriminalisiert werde.

WOLFGANG STERNSTEIN: «Geht man von einem oberflächlichen Verständnis der gewaltfreien Aktion und des zivilen Ungehorsams aus, so sind wir im Hinblick auf die Akzeptanz des zivilen Ungehorsams heute weiter als noch vor zehn oder zwanzig Jahren. Von einer gewaltfreien Bewegung im Sinne Gandhis sind wir jedoch noch meilenweit entfernt. Gewaltfreiheit bedeutet, frei zu sein von dem Zwang, Gewalt mit Gegengewalt beantworten zu müssen. Gewaltfreiheit bedeutet Gewaltverzicht im Sinne des Verzichts auf verletzende und tötende Handlungen und eine positive Einstellung zum Gegner, ja selbst zum Feind, was sich im Umgang mit allem Lebendigen – soweit möglich auch Tieren und Pflanzen – äußert. Dazu gehört die Bereitschaft, Gewalt hinzunehmen, ohne zurückzuweichen oder zurückzuschlagen. Spuren der Gewaltfreiheit sind zum Beispiel im Aktionskonsens enthalten. Zur Gewaltfreiheit gehört auch Leidensbereitschaft, etwa ins Gefängnis zu gehen, wo man strukturelle Gewalt zu ertragen hat. Für eine gewaltfreie Kampagne im Sinne Gandhis fehlt in unserem Land die Basis in Gestalt einer religiösen Orientierung.

Gandhi zufolge vermehrt jede Gegengewalt die bereits angewandte Gewalt. Schiller hat diesen Gedanken in die Worte gefasst: «Es ist der Fluch der bösen Tat, dass sie forzeugend Böses muss gebären.» Dieses Prinzip gilt auch im Positiven. «Es ist der Segen der guten Tat, dass sie forzeugend Gutes muss gebären.» Durch das Hinnehmen der Gewalt ohne Zurückweichen oder Zurückschlagen wird sie gleichsam neutralisiert und wieder aus der Welt geschafft. Soziale Gegensätze im Sinne struktureller Gewalt nach Galtung können auf diese Weise beseitigt werden.

Ich sehe keinen Gegensatz zwischen prinzipieller und pragmatischer Gewaltfreiheit, beide gehören eng

zusammen. Was prinzipiell richtig ist, erweist sich auf lange Sicht auch als pragmatisch richtig. Was strategisch richtig ist, erweist sich auf lange Sicht auch als taktisch klug. Die Stärke des Gegners ist die Unwahrheit, unsere Stärke sollte die Wahrheit sein. Die Stärke des Gegners ist die Geheimhaltung. Unsere Stärke sollte die Offenheit sein. Die Stärke des Gegners ist die Gewalt, unsere Stärke sollte dagegen die Gewaltfreiheit sein. Ich gehe mit größerer Gelassenheit als früher ins Gefängnis und habe eine Pfefferspray-Attacke am «schwarzen Donnerstag» hingenommen. Als gewaltfreier Aktivist sollte man Verletzungen mit der gleichen Gelassenheit ertragen, wie ein Soldat oder Polizist. Sie gehört zum Berufsrisiko. [...] Leidensbereitschaft ist ein unverzichtbares Kennzeichen einer gewaltfreien Bewegung im Sinne Gandhis.»

Auch ATTILA MEDGYESI hält die Bewegung gegen «Stuttgart 21» für ein Beispiel für gewaltfreie Konfliktaustragung: «Außer Gewaltfreiheit sind auch Mut und Engagement wichtig. Auch in Starnberg gibt es eine Initiative für eine Umgehungsstraße und gegen Untertunnelung. Von Stuttgart aus sind Impulse dorthin gelangt; von dort hat es eine Anfrage nach einem Plakat gegeben.»

JULIA MÜLLER sieht die Bewegung ebenfalls als ein Beispiel für gewaltfreie Konfliktaustragung an. Das Umstoßen eines Zauns sei noch im Sinne des Aktionskonsenses. Gewalt (gegen Menschen) sei von Demonstrierenden nicht ausgeübt worden. «Ihr kriegt uns nicht klein, denn wir sind friedlich.» Es werde weiterhin friedlich bleiben.

WERNER SAUERBORN sieht eine Stärke der Bewegung im friedlichen Protest; dadurch sei das Bündnis zusammengeblieben. «Es gibt einen großen Konsens einer gewaltfreien Bewegung. Am 30. September 2010 ist die Gewalt von der Gegenseite ausgegangen. Dass die massiven Provokationen nicht mit Gegengewalt beantwortet worden sind, ist der größte Erfolg der Bewegung. Es war der Anfang vom Ende der Regierung Mappus.»

DANIEL KARTMANN hat sich bis vor Kurzem nicht mit dem Begriff des zivilen Ungehorsams beschäftigt, auch im Hinblick darauf, wie er in die Situation am 30. September 2010 hineingeraten ist.³¹ Für ihn war es eine Motivation der Zivilcourage, in den Park zu gehen, als er hörte, dass ein Wasserwerfer anrückte. «Mir war klar, dass Bäume abgeholzt werden sollten. Ich hatte nicht die Absicht zu blockieren, sondern wollte als Zeuge dabei sein. Ich war überrascht, da «bürgerlich» aussehende Menschen, zum Teil mit Anzug, im Park zu sehen. Außerdem waren viele Väter mit ihren Kindern dabei. Ich hatte ein gutes Gefühl bei den Menschen, die dort waren, und befürchtete keine «radikale» Aktion. Dann wurde «überfallartig» der Park abgeriegelt; Polizei-

³¹ Vgl. dazu den Artikel von Nicole Höfle: Verletzt bei Polizeieinsatz. Wasserwerfer trifft Daniel Kartmanns Existenz, Stuttgarter Zeitung vom 4.10.2010, unter <http://www.stuttgarter-zeitung.de/inhalt.verletzt-bei-polizeieinsatz-wasserwerfer-trifft-daniel-kartmanns-existenz.952fc147-4280-4730-883d-6cd512fedd2d.html> (Stand: 2.11.2011).

beamtInnen sind in den Park gestürmt. Ich und viele andere Menschen waren schockiert. Später sah ich eine verletzte Frau und weinende SchülerInnen. Ich war fassungslos und wollte wissen, wie so etwas passieren kann, und begab mich zum Ort des Geschehens, um mir ein Bild davon zu machen. Danach habe ich den Wasserwerfer gegenüber der großen Menschenmenge gesehen. Ich konnte es nicht glauben und dachte: «Jetzt bleibe ich hier stehen, es ist auch meine Pflicht hier zu stehen.» Vergleichbare Aktionen würde ich mir in viel mehr Situationen wünschen. Zum Beispiel am Marienplatz fühle ich mich durch den «Autoterror» bedroht, wenn ich mit drei kleinen Kindern über die Straße gehen muss. Es ist eine dauernd spürbare Gefahr aufgrund dieser Struktur der Stadt, und niemand tut etwas, um diese Struktur zu verbessern. Es ist das Recht jedes Bürgers, sich gegen diese unerträglichen Situationen zu wehren.»

GANGOLF STOCKER sieht Konflikte als normal an. «Solange sie unter den Protestierenden friedlich gelöst werden, ist es eine gewaltfreie Bewegung. Die Bewegung hat sich am 30.9.2010 nicht provozieren lassen; daher war ich am 20.6.2011 sehr verärgert. Vom gesamten Erscheinungsbild her ist es eine gewaltfreie Bewegung. Beim zivilen Ungehorsam ist es wichtig, Konkretes zu verhindern; sonst ist er ein Ritual.»

PETER GROHMANN: «Natürlich will man die Bewegung kriminalisieren, und so mancher fällt leider darauf herein. Wir wissen ja, dass Leute eingeschleust werden, die provozieren und zu Gewalt anstacheln. Bisher ist es ganz gut gelungen, Provokateure zu isolieren – die Bewegung steht für friedlichen, gewaltfreien Protest. Zum zivilen Ungehorsam ist es noch etwas weiter.»

FRAGE 2: Was heißt für Sie ziviler Ungehorsam? Hat sich Ihre Einstellung dazu geändert? (Wann/wogegen) Ist er ein legitimes Mittel des Widerstands? Woher rührt die hohe Akzeptanz von zivilem Ungehorsam und gewaltfreien Aktionen in «bürgerlichen» Kreisen? Wie ist es bei Ihnen? Welche Grenzen dürfen Ihres Erachtens nicht überschritten werden? Wie hat sich der Stellenwert dieser Frage im Verlaufe der Proteste verändert?

WOLFGANG STERNSTEIN: «Eine entscheidende Bedingung für zivilen Ungehorsam ist, dass staatliches Unrecht vorliegt. Ich beziehe mich auf die «klassische» Tradition von Thoreau, über Gandhi, King³² und vielen anderen. Es gibt nicht nur ein Recht auf zivilen Ungehorsam im Sinne eines unveräußerlichen Menschenrechts, sondern auch eine Pflicht zum zivilen Ungehorsam gegen den Staat, wenn das staatliche Handeln die Menschenrechte oder elementare Verfassungsgrundsätze verletzt.

Eine zweite Bedingung ist die Gewaltfreiheit vonseiten der Aktivisten. Symbolische Sachbeschädigung ist mit Einschränkungen zulässig, zum Beispiel die Abrüstung von Atomwaffen oder nuklearen Trägersystemen, wenn die Täter bis zur Festnahme am Ort des Gesche-

hens bleiben und bereit sind, ihre Aktion in der Öffentlichkeit und vor Gericht zu verantworten. Mich stört es, dass bei der Besetzung des Grundwassermanagements am 20. Juni Luft aus den Reifen gelassen und Rohre beschädigt wurden, wobei es – zugegeben – Schlimmeres gibt.

Die relativ hohe Akzeptanz des zivilen Ungehorsams im linksliberalen Bürgertum rührt mit Einschränkungen daher, weil er mehr und mehr zu einem funktionalen Ersatz für die fehlenden plebiszitären Elemente in den Verfassungen auf Bundes- und Landesebene geworden ist. Er ist eine «ultima ratio», um dem übermächtigen Einfluss der Interessenverbände und Parteien etwas entgegenzusetzen.

Welche Grenzen dürfen nicht überschritten werden? – Gewalt im Sinne Menschen verletzender Handlungen muss tabu sein. Aber auch Verleumdungen, Beschimpfungen und Beleidigungen sollten unbedingt vermieden werden. Selbstverständlich auch Lüge, Täuschung oder das Verschweigen wesentlicher Sachverhalte. Zivile Ungehorsame sollten stets dialogbereit sein und sich zur Selbstkritik und zur Korrektur von Irrtümern bereitfinden. Bei mir hat sich der Stellenwert dieser Frage im Laufe der Proteste nicht verändert. Leider werden diese Grundsätze in den Reihen der Widerstandsbewegung gegen «Stuttgart 21» nur von wenigen geteilt.»

WERNER SAUERBORN bezieht sich auf den Aktionskonsens³³ des gewaltfreien zivilen Widerstands, der Gesetzesbrüche beinhalten kann und Sachbeschädigungen mit Bezug zur Aktion nicht ausschließt. Hauptziel sei aber nicht die gewaltsame Verhinderung, sondern die Demonstration der Wirkung. «Bei Besetzungen steht das Aktionsbündnis vor einer Zerreißprobe. Viele Leute befürchten, dass es von großen Teilen der Bewegung nicht mitgetragen wird. Die Legitimität mancher Aktionen könnte im Gesamtkontext offensiver vertreten werden. Bei der Nordflügel-Besetzung ist nichts geschehen, was dem Aktionskonsens widerspricht. Trotzdem besteht immer die Gefahr der Kriminalisierung. Bei Blockaden gibt es öfter vorauseilende Distanzierung aus der Befürchtung heraus, auf der «falschen Seite» zu stehen. Der Eindruck des «Subversiven» ist noch präsent. Durch ständiges Distanzieren wird eher riskiert, dass es zu Gewalt kommt. Die Friedfertigkeit wird am besten dadurch gewährleistet, wenn man sich zu den Aktionsformen bekennt und sie verteidigt. Die Bedeutung der Aktionsformen wird nach einer Enttäuschung von der Regierung als Säule des Widerstands zunehmen; es gibt auch mehr Blockadeteilnehmende. Es gab verschiedene Blockadeformen – zum Beispiel durch Gewerkschafter, Jugendliche – erfolgreich sind themenbezogene Blockaden.»

Der Aufruf zur Sitzblockade durch die Jugendoffensive wurde vom neuen Polizeipräsidenten, vom Innen-

³² Vgl. Kapitel 3.1.3. ³³ Vgl. Kapitel 4.2.

minister, von der Bildungsministerin, vom BUND³⁴ und von der Bild-Zeitung abgelehnt.

JULIA MÜLLER reagiert darauf wie folgt: «Es wurde nicht nachgefragt, ob es eine friedliche Blockade ist. Die Blockade ist friedlich geblieben. Teilweise haben sogar Eltern teilgenommen. Der Jugendoffensive wurde vorgeworfen, sie würde Kinder mobilisieren. Sie antwortete, der Aufruf beziehe sich auf Jugendliche ab 16 Jahren. Es gab aber auch viel Zustimmung zu gewaltfreien Blockaden. Besonders RentnerInnen solidarisierten sich mit Jugendlichen. Am 30.9.2010 haben einige Menschen ihre Stöcke erhoben und den PolizeibeamtInnen gesagt: «So geht Ihr mit unseren Kindern nicht um!»»

ATTILA MEDGYESI erklärt zivilen Ungehorsam für legitim, wenn es sich zum Beispiel um friedliche Sitzblockaden oder die Besetzung eines bedrohten Parks oder Gebäudes handelt. «Zivilen Ungehorsam habe ich noch nicht ausgeübt, aber im Prinzip kann ich mir das vorstellen. Die hohe Akzeptanz rührt daher, weil Bahn und Politiker sich zu viel erlauben, undemokratisch sind, und die BürgerInnen haben Lobbyismus satt. Außerdem wollen sie nicht mehr nur alle vier bis fünf Jahre wählen gehen und dazwischen zusehen, dass die Politiker machen, was sie wollen. Sie wollen auch während einer Legislaturperiode mitreden. Der Zerstörung von Bauzäunen nach der Landtagswahl und beim Grundwassermanagement stimme ich nicht zu. Von anderen Sachbeschädigungen hörte ich, ohne dabei zu sein oder einschätzen zu können, wer dafür verantwortlich war. Ziviler Ungehorsam darf keine Sachbeschädigung beinhalten.»

DANIEL KARTMANN: «Momentan gibt es vielfältige demokratische Möglichkeiten der Demonstration und des zivilen Ungehorsams. Der Abriss eines Bahnhofs ist eine Sachbeschädigung – nicht legitimiert, ebenso der Abriss eines Stadtviertels. Es ist zu verstehen, dass manche Menschen einer dauernden Belastung oder Missachtung Ausdruck verleihen, solange niemand geschädigt wird. Ich befürworte immer gewaltfreies Vorgehen ohne Beschädigung von Allgemeingut.»

FRAGE 3: Welche Trainingselemente (z. B. Konsensentscheidung, Bezugsgruppen, Aktionsrollenspiele) können als Methoden (basis-)demokratischer Partizipation genannt werden? Welche Erfahrung haben Sie damit?

MATTHIAS VON HERRMANN ist auch Aktionstrainer. «Ich entwickelte die Trainings mit und war früher auch bei Greenpeace aktiv. Nach meiner Ansicht trugen die Aktionstrainings zur Gewaltfreiheit bei Aktionen bei. Bei Rollenspielen wurde das Durchfließen von Polizeiketten geübt; dabei konnten die Teilnehmenden ein Gespür dafür entwickeln, wie sich PolizeibeamtInnen fühlen und wie sie reagieren könnten. Der Aktionskonsens hilft auch, da die Polizei nicht als Gegner gesehen wird. Bei den Trainings waren viele Menschen dabei, die noch nie an Aktionen und Demonstrationen teilgenommen haben. Gewaltfreiheit wurde wenig the-

matisiert, aber als selbstverständlich vorausgesetzt. Es gibt einige Trainer, die als Co-Trainer angefangen haben. Inzwischen gibt es fast keine Nachfrage mehr nach Trainings. Einige Leute meinen, sie bräuchten keine Trainings, und wollen sich bei der Blockade nicht hinsetzen. Gerade RentnerInnen beschimpfen PolizeibeamtInnen, sie besitzen nicht die Coolness, den PolizistInnen mal den «Sieg» zuzugestehen.

Bei 1–2-Tages-Trainings gibt es nicht genug Zeit für philosophische Reflexionen über prinzipielle Gewaltfreiheit. Rollenspiele und rechtliche Informationen wurden ausführlicher behandelt. Aufgrund des zwischenmenschlichen Umgangs kann aber (nicht unbedingt reflektierte, unbewusste) prinzipielle Gewaltfreiheit vermutet werden. Der solidarische Umgang miteinander in Bezugsgruppen hatte eine beflügelnde Wirkung auf die Teilnehmenden. Die Bezugsgruppen sind die Basis des Widerstands und haben den Widerstand ins Rollen gebracht. Es gibt viele Bezugsgruppen, die sich regelmäßig treffen, und einen SprecherInnenrat mit circa 40–50 Teilnehmenden, der sich wöchentlich trifft. Er ist darauf angelegt, strategische Positionen zu erarbeiten. Insgesamt ist die Solidarität beim Engagement sehr groß. Manche Bezugsgruppen haben ganze Demonstrationen vorbereitet. Fraglich ist noch, ob die gegenseitige Hilfe über das Thema «Stuttgart 21» hinaus bestehen bleibt.»

WERNER SAUERBORN betont, dass die Trainingsbeteiligung die Handlungssicherheit erhöht.

JULIA MÜLLER zufolge haben einzelne Mitglieder der Jugendoffensive an Trainings teilgenommen. Bei Aktionstrainings werden Sitzblockaden geübt.

SYBILLE STAMM hat Erfahrung mit früheren Aktionen und Trainings. «Hilfreich ist die Bildung von Bezugsgruppen, in denen die Teilnehmenden sich gegenseitig Mut machen. Zwei Wochen vor dem Interview gab es eine SeniorInnen-Blockade. In den Bezugsgruppen gibt es Verantwortlichkeiten, um sich gegenseitig zu schützen.»

ZUSAMMENFASSUNG: In Anlehnung an Abb. 1 lässt sich in der Einschätzung der InterviewpartnerInnen ein bewusster Verzicht auf Gewalt in gesellschaftspolitischen Auseinandersetzungen durch die Bewegung gegen «Stuttgart 21» feststellen. Manchmal wird der Protest als «friedlich» bezeichnet, woraus unter Umständen geschlossen werden kann, dass sich nicht alle Akteure fundiert mit der Philosophie der Gewaltfreiheit beschäftigt haben.³⁵ Damit ist aber zumindest das oben genannte Kriterium der Gewaltlosigkeit erfüllt. Ziviler Ungehorsam (nach Wasmuht status-quo-gesamtkritische Aktionen, nach Ebert auf der höchsten Eskalationsstufe) wird nicht ungeteilt akzeptiert. Er hat Sanktionen

³⁴ Vgl. die Pressemitteilung: BUND distanziert sich von Facebook-Aufruf zu Schüler- und Jugendblockade am Grundwassermanagement. Pressemitteilung vom 28.7.2011, unter: [http://www.bund-bawue.de/nc/presse/pressemitteilungen/detail/browse/3/artikel/bund-distanziert-sich-von-facebook-aufruf-zu-schueler-und-jugendblockade-am-grundwassermanagement/?tx_ttnews\[backPid\]=1996&cHash=578df6a6e8](http://www.bund-bawue.de/nc/presse/pressemitteilungen/detail/browse/3/artikel/bund-distanziert-sich-von-facebook-aufruf-zu-schueler-und-jugendblockade-am-grundwassermanagement/?tx_ttnews[backPid]=1996&cHash=578df6a6e8) (Stand: 2.11.2011). ³⁵ Vgl. Kapitel 3.1.1.

zur Folge, die als «Kriminalisierung» gewertet werden, das heißt als Versuch, den Widerstand durch Strafverfolgung zu unterdrücken. Inwiefern ein fundiertes Verständnis von zivilem Ungehorsam, wie in Kapitel 3.1.3 ausgeführt, besteht, lässt sich nicht eindeutig beantworten. Ein wirklich fundiertes Verständnis davon hat Wolfgang Sternstein, der schon viele Jahre als Friedensforscher und Friedensaktivist bekannt und auch in dieser Bewegung aktiv ist. Sachbeschädigung wird besonders oft kritisiert. Für wichtig erachtet werden beim zivilen Ungehorsam nachvollziehbare Bezüge zu konkreten Sachverhalten. Die Bewegung gegen «Stuttgart 21» wird von den meisten InterviewpartnerInnen als ein passendes Beispiel friedlicher beziehungsweise gewaltfreier Konfliktaustragung angesehen. Aktionstrainings werden als hilfreich für eigenständiges Handeln mit Abbau von Hierarchien, Handlungssicherheit, Bezugsgruppenbildung und gegenseitige Unterstützung angesehen. Diese Erfahrungen bestätigen die These, dass ein signifikanter Ausbau der Trainingsmöglichkeiten notwendig ist, um Verhaltenssicherheit in gewaltfreiem Konfliktverhalten zu vermitteln (vgl. Schmitz 2010: 400).

4.4.3 Motive für Protest und Widerstand

FRAGE 1: Wofür ist «Stuttgart 21» für die dagegen protestierenden Menschen beziehungsweise für Sie zu einem Symbol geworden? Was motiviert Sie zu Protest beziehungsweise Widerstand?

MATTHIAS VON HERRMANN engagiert sich, um einen sinnvollen Bahnverkehr zu haben, der zukunftsorientiert ist. Die Bahn betreibe ihn falsch und verschwende Ressourcen. Er befürchtet eine größere Verlagerung auf Autos, wenn «S21» realisiert wird. «Das Tunnelsystem wird irreversibel, es ist eine gewaltige Entscheidung für meine Heimatstadt Stuttgart. Ich habe Erfahrungen mit berufsbedingtem Pendeln. Wenn ein Zug ausfällt, in Richtung Waiblingen und Schorndorf, und wenn die Bedingungen des Bahnverkehrs schlechter werden, dann werden mehr Leute im Stau stehen. Umgekehrt könnte es mit dem Kopfbahnhof sinnvolle Anschlüsse bei der Bahn geben. Es gibt jede Menge massiv überholungsbedürftige Strecken allein in Baden-Württemberg.»

JULIA MÜLLER ist Nahverkehrsnutzerin ohne Auto und hat ein Interesse an einem funktionierenden Nahverkehr, der flüssig läuft, möglichst mehrfach in der Stunde. «Auf meinem Weg sind die Waggon und Stecken in schlechtem Zustand. Es heißt, dass kein Geld dafür vorhanden sei. Darin müsste mehr investiert werden als in eine große Baustelle. Für «links» und nicht kommerziell orientierte Menschen erschwingliche subkulturelle Orte fallen im Zuge von «Stuttgart 21» weg, die nicht ersetzt werden könnten. Für neue Einkaufszentren besteht kein zusätzlicher Bedarf. Die Wasserquellen dürfen nicht zerstört werden. Die Bäume im Park sind wichtige Filter, die nicht einfach umgesetzt werden können. Es ist nicht sinnvoll, einen funktionierenden Bahnhof zu zerstören. Er ist nur deshalb in einem schlechten Zustand, da lange nichts mehr daran gemacht worden ist.»

WERNER SAUERBORN sieht bei den Beteiligten einen Mix an Motiven für ihre Aktivitäten: «IngenieurInnen fühlen sich in ihrer technischen Intelligenz beleidigt, wenn ein solches Projekt geplant wird. NaturschützerInnen sind verärgert, da alte Bäume gefällt werden. Es gibt die schwäbische Mentalität nach dem Motto: «Warum soll man etwas kaputt machen, was gut funktioniert?» Sozial denkende Menschen wollen andere Prioritäten setzen, zum Beispiel im schulischen Bereich.» Sauerborn selbst engagiert sich vor allem wegen seines Nutzungsinteresses für einen funktionierenden Bahnhof, ist darauf angewiesen als Radfahrer ohne Auto und er reist viel mit seiner Familie mit der Bahn. Eine weitere Rolle spielt für ihn als Gewerkschafter die Verteilungsfrage. Hinzu kommen die städtebauliche Frage nach der Funktion des Bahnhofs (Stichwort «Bürgerbahnhof»), die seiner Meinung nach sträflich vernachlässigten Belange des Parks und das allgemeine Demokratieproblem. Die Verlagerung des Verkehrs auf die Schiene werde durch «Stuttgart 21» torpediert.

PETER GROHMANN: «Es geht natürlich nicht nur um den Bahnhof – wobei man in Stuttgart noch ein wenig vom alten Charme des Reisens spürt, etwa im Gegensatz zu den Konsum-Terror-Tempeln in Leipzig oder Berlin. Man braucht doch vor allem eine gute Reismöglichkeit, schnelle Anschlüsse, kein Treppchen auf und Treppchen ab. Für Menschen mit Handicaps oder viel Gepäck, für ältere Leute ist beispielsweise der neue Flughafenbahnhof in Frankfurt eine Zumutung. Das gilt erst recht für den geplanten Bahnhof. Überdies – Stuttgart ist einer der pünktlichsten Bahnhöfe. Warum also Milliarden in einem Grab versenken, die woanders für den Ausbau des Bahnnetzes und die Herstellung von Mindestservice benötigt werden?!

Die Opposition gegen das Projekt kam schon vor 15 Jahren aus der Mitte der Bürgerschaft, aber auch von Linken und Alternativen, Öko-Linken etwa wie Stuttgart Ökologisch Sozial.³⁶ Wenn 300 alte Bäume gefällt werden, fragt man sich doch, wo da die Ökologie bleibt. Im Herzen der Stadt ist die Verkehrsbelastung am größten – an den Rändern des Parks, wo diese Bäume stehen, wohnen die Ärmsten der Armen – die haben keine Lobby. Hier gibt es die höchste Feinstaubbelastung Europas, aber das interessiert nicht. Die Auseinandersetzungen um «Stuttgart 21» bieten also auch einen hohen Erkenntnisgewinn, sie schärfen den Blick auf Probleme. Was da neu geplant wird, ist nichts weiter als ein Spekulationsobjekt – Viertel wie das am Bahnhof geplante kennen wir ja: tote Häuser, tote Hose.

Ganz abgesehen davon sind die heutigen Gleisflächen Teil der «Grünen Lunge», sie sorgen für den Luftaustausch und für die notwendige Abkühlung im heißen Kessel. Das Prinzip der Verwertung nimmt keine Rücksicht auf die Umwelt – ob in New York, Paris, Moskau oder Shanghai. Dabei geht die Welt gerade vor unseren Augen gewissermaßen unter.»

³⁶ Parteiloses Bündnis Stuttgart Ökologisch Sozial (SÖS), seit 2004 im Stuttgarter Stadtrat vertreten.

WOLFGANG STERNSTEIN: «Meine Motivation, mich gegen ‹Stuttgart 21› zu engagieren, ergibt sich aus meiner Biografie.³⁷ Mein Vater war als Nationalsozialist sehr gewalttätig. Ich habe in meiner Kindheit und Jugend daher schlimme Gewalterfahrungen machen müssen. Doch gab es auch positive Erfahrungen in meinem Leben. Mein Englischlehrer war eine ungewöhnliche Erscheinung. Er trug schulterlanges Haar, Sandalen und kurze Hosen. Er war sehr freundlich und strafte nie. Am Ende jeder Unterrichtsstunde sprach er mit Begeisterung von einem Inder namens Gandhi. Er hat vermutlich den Keim für meine spätere Entwicklung zum Friedensforscher und Friedensaktivisten in meine Seele gesenkt. Ich entschloss mich, den Kriegsdienst zu verweigern, und bestand die Verhandlung vor dem Prüfungsausschuss, da ich überzeugend vermittelte, dass ich nie ein Gewehr in die Hand nehmen würde, um damit Menschen zu töten. Für mich war es ein Traum, Friedenswissenschaftler zu werden. Zunächst studierte ich jedoch auf Lehramt. Ich wechselte nach Frankfurt, um bei dem Marxismusforscher Iring Fetscher zu promovieren. Nach Wyhl³⁸ kam ich im Rahmen eines Aktionsforschungsprojekts. Ich nahm nicht die Position des distanzierten ‹objektiven› Wissenschaftlers ein, sondern ergriff Partei für die Benachteiligten. Dieses Konzept ist unter dem Namen Aktionsforschung bekannt. Ich erkannte, dass die Verbindung von Wissenschaft und Praxis – zum Beispiel in Mutlangen, in der Ökologie-Bewegung, in sechs Jahren im Vorstand des Bundesverbands Bürgerinitiativen Umweltschutz e. V. – äußerst fruchtbar sein kann. Die Aktionsforschung schafft ein Gegengewicht zur konventionellen Wissenschaft, die oftmals im Dienste von Macht und Geld steht. Hier gilt: »Wer bezahlt, bestimmt die Inhalte der Forschung«. Aktionsforschung will den sozialen Bewegungen dienen, das heißt emanzipatorisch wirken. Es geht um Menschenrechte und Demokratie, Rechts- und Sozialstaatlichkeit. Es geht auch darum, Menschen zu motivieren, sich für diese Ziele einzusetzen. Das Projekt ‹Stuttgart 21› ist ein Musterbeispiel dafür, wie in unserem Land das ‹große Geld› die politische Willensbildung beherrscht. Der Souverän, das Volk, hat nur noch wenig zu sagen. Selbst die Wahlen sind durch die Wirtschaft – Wahlwerbung durch Parteispenden und dergleichen – stark beeinflusst. Das gilt auch für die Medien. ‹Stuttgart 21› ist ein Paradebeispiel für die tiefgehende Korruption unseres politischen Systems.»

GANGOLF STOCKER benennt ebenfalls zunächst biografische Hintergründe: Er verweigerte auch den sogenannten Ersatzdienst und wurde dafür verurteilt. Das war für ihn als Individualisten ein Anlass, politisch aktiv zu werden. «Das Thema ‹Gewaltlosigkeit› ist für mich ein Lebensthema.» Als ehemaliges Mitglied von SPD, DKP und PDS sieht Stocker die Notwendigkeit, auch Verbündete aus dem Bürgertum zu gewinnen, um Erfolge zu haben, auch wenn er sich als Marxist bezeichnet. Als Eisenbahn-Fachmann entwickelte er einen großen Zorn darüber, dass dieses Projekt «mit hei-

ßer Nadel» gestrickt und nicht sinnvoll geplant werde, es sei ein Projekt der Banken, da es nur um den Profit gehe. Stocker bezeichnet sich als «bahn-affin», nachdem er in der Nähe der Bahn aufgewachsen ist. Die Vorstände der Deutsche Bahn AG hätten von Bahnverkehr keine Ahnung. Eisenbahner hätten in den Gewerkschaften überwiegend keine hilfreichen Ansprechpartner gehabt. Der ehemalige Bahnchef Mehdorn habe die Bahn in ein Logistik-Unternehmen umgewandelt. Die meisten Gewinne würden in anderen Bereichen erwirtschaftet. «In verschiedenen Ländern gibt es unterschiedliche Bahnphilosophien. Die Verknüpfung von Nah- und Fernverkehr gelingt nicht. In der Schweiz gibt es das Konzept des integralen Taktfahrplans. Im deutschen Bahnmanagement gibt es viele Defizite.» Für Stocker spielt auch die ökologische Motivation eine Rolle, er besitzt kein Auto. Eigentlich fährt er gern Bahn mit Erlebniswert und will nicht mit hohem Tempo «durch die Gegend geschossen» werden. «Viele Leute denken, wenn man die Gleise unter die Erde verlegt, dann sieht man sie nicht mehr, dabei gibt es Eingriffe ins Grundwasser. Ein Bekannter von mir hat eine intelligente Anwendung von Wasser – zur Kühlung, zum Antrieb, für Tiere – entwickelt.» Die Demokratiefrage sei zur entscheidenden Frage geworden, als 2007 der Bürgerentscheid verweigert worden sei. Geld werde verschwendet, da es woanders nicht vorhanden sei, wo es gebraucht werde. Langsam dämmere es einigen Leuten, dass die Mineralquellen gefährdet seien. Das Interesse am Bonatz-Bau kam hinzu. Es gebe verschiedene Zugänge zum Protest. Spätestens als der Bürgerentscheid abgelehnt worden sei, wuchs die Bewegung. Dann kamen die Aufrichtung des Bauzauns und der Abriss des Nordflügels hinzu.

SYBILLE STAMM kommt aus der Gewerkschaftsbewegung und ist Landessprecherin der Partei DIE LINKE Baden-Württemberg und für die Partei im Aktionsbündnis gegen «Stuttgart 21». Zu den Motiven des Engagements gehören die Demokratiefrage und eine Faktenfrage. «Ich war schon vor 30 Jahren beeindruckt von diesem Bahnhof und bevorzuge es, an Kopfbahnhöfen anzukommen. Ich bin von der Kraft des Widerstands fasziniert. Die IG Metall gab bereits vor 16 Jahren ein Gutachten in Auftrag, was der Tiefbahnhof an Arbeitsplätzen bringe; es wurde festgestellt, dass es keine neuen Arbeitsplätze gebe. Seit 2009 gibt es einen Beschluss der DGB-Bezirkskonferenz Baden-Württemberg, dass der DGB Mitglied im Bündnis gegen ‹S21› wird, was aber nicht umgesetzt wurde. Der alte sozialdemokratische Fortschrittsglaube – modern ist gut und derartige Projekte brächten Arbeitsplätze – ist leider immer noch vorhanden. Dabei wissen wir in Baden-Württemberg es eigentlich besser: Auf der ersten großen Ingenieurskonferenz der IG Metall in Baden-

37 Vgl. Sternstein 2005. 38 In einem Dorf bei Endingen am Kaiserstuhl, wo am Rheinufer ein Atomkraftwerk gebaut werden sollte, wurde Mitte der 1970er Jahre am Rheinufer der Bauplatz besetzt. Nach ausdauerndem Widerstand wurde das Atomkraftwerk nicht gebaut.

Württemberg 1982 warnte Mike Cooley, in den 1970er Jahren Chef-Konstrukteur von Lucas Aerospace, nachdrücklich davor, einem blinden Fortschrittsglauben in die Technik zu folgen – er selbst hatte damals die Kampagne gegen den Rüstungswahn ‹Produkte für das Leben, statt Waffen für den Tod› initiiert.»

ATTILA MEDGYESI schildert seine Entwicklung: Zunächst engagierte er sich noch nicht, dann erfuhr er immer mehr Fakten zu den Planungen von ‹Stuttgart 21›. Dazu gehörte auch die Tatsache, dass sich der ehemalige Bahnhofsvorsteher Egon Hopfenzitz auch gegen den Tiefbahnhof aussprach, was ihn aufhorchen ließ. ‹Ich informierte mich im Internet über die Positionen der BefürworterInnen und GegnerInnen von ‹Stuttgart 21› und in den Medien. Vor meinen Aktivitäten verfolgte ich die Aktivitäten mit Sympathie – zum Beispiel für die friedliche Besetzung des Nordflügels. Schließlich gewann ich die Überzeugung, gegen das Projekt ‹S21› beziehungsweise für die Sanierung und Modernisierung des Kopfbahnhofes zu sein. Als ich vom harten Polizeieinsatz am 30.9.2010 erfuhr, war ich schockiert, dass so etwas in einem demokratischen Land möglich ist. Am Tag danach ging ich zum ersten Mal zu einer Demonstration gegen ‹Stuttgart 21›. Schließlich erkundigte ich mich nach einer Gruppe in meinem Wohnort Karlsruhe und machte dort bei den ‹Schwabenstreichen› mit. Von Stuttgart aus fuhr ich im Oktober 2010 mit zur Großdemonstration nach Berlin. Schließlich wurde ich darauf angesprochen, dass der Tiefbahnhof für mich doch schlimmer sein müsste als der Kopfbahnhof, auf dem ich mit meinem Rollstuhl die Gleise wechseln könne ohne Aufzug.› Medgyesi traf sich mit anderen RollstuhlfahrerInnen, Behinderten und chronisch Kranken und gründete die ‹Initiative Barriere-Frei› (www.eben-bleiben.de). Er lernte mehrere politisch aktive Menschen mit Behinderungen kennen und erfuhr, dass die Politik für Menschen mit Behinderungen oft nicht gut lief. Viele Behindertenverbände seien auf Spenden angewiesen; sie trauten sich nicht, gegen ‹Stuttgart 21› aufzutreten, um nicht die Spenden zu verlieren. Diese Verbände pflegten keine Kontakte zur ‹Initiative Barriere-Frei›; nur einzelne Mitglieder kämen zu Demonstrationen. Medgyesi schlägt einige Verbesserungen für einen barrierefreien Kopfbahnhof vor (z. B. eine Rollrampe für den Eingang, nicht nur von der Klett-Passage zur Königstraße). Zu der Problematik von ‹Stuttgart 21› gehöre nicht nur die Frage des Bahnhofs, sondern auch die Frage nach Machtstrukturen. ‹Die Bahn ist leider ein Monopol-Unternehmen und hat zu viel Macht, Lobby und Einfluss auf die Politik und das ist undemokratisch. Es geht mir auch gegen die Amputation des Parks, um das denkmalgeschützte Gebäude, den Schutz des Grund- und Mineralwassers und um ein sinnvolles Bahnverkehrskonzept – was ‹S21› für mich nicht ist.›

DANIEL KARTMANN engagiert sich gegen ‹Stuttgart 21›, da einige Dinge grundlegend nicht richtig liefen. Es werde gegen demokratische Spielregeln über den Bürgerwillen hinweg entschieden, darüber sei er

empört. Daher habe sich ein Sammelbecken für Protest gebildet. Dort sei es möglich, der Empörung Ausdruck zu verleihen. Als zusätzliche Motivation gebe es eine besondere Atmosphäre friedlichen Protests, die allerdings schon fast als Party verschrien gewesen sei. Es sei eine neue Möglichkeit, sich in Stuttgart anders zu treffen und ein wenig Unordnung in die Stadt zu bringen, da so vieles überreglementiert sei. Es sei eine Bewegung entstanden, die das Umfeld etwas aufgelockert habe. Alternative und freie Treffpunkte seien bedroht und würden nicht geduldet (z. B. am Nordbahnhof), mit der Räumung sei schon begonnen worden. Die Bewegung nehme sich ihre Stadt zurück, es sei nicht nach Bürgerwillen gefragt worden. Es werde versucht, Ohnmacht zu überwinden.

FRAGE 2: Gegen welche Missstände engagieren Sie sich? Welche demokratischen Rechte sehen Sie verletzt?

WERNER SAUERBORN sieht ein Demokratiedefizit: ‹Mit welchem intriganten Potenzial die herrschende Nomenklatur das Projekt ‹durchdrücken› will, davon bin ich überrascht.› Der ‹Citoyen› werde dadurch überrumpelt; die Frage sei, welchen Einfluss man in dieser Rolle habe. Einerseits gebe es funktionale Defizite in der repräsentativen Demokratie; Parlamentarier hätten sich überrumpeln lassen. Es sei ein Symbol für ein Demokratiedefizit.

MATTHIAS VON HERRMANN berichtet, dass die Polizei die Rettungskräfte (DRK, Feuerwehr) am 30. September 2010 nicht in den Park gelassen habe; sie deklarierte den Park als Gefahrenzone. Verletzte wurden von Demo-SanitäterInnen behandelt.

WOLFGANG STERNSTEIN: ‹‹Stuttgart 21› verletzt die demokratischen Grundregeln. Der Willensbildungs- und Entscheidungsprozess verlief nicht von unten nach oben, sondern von oben nach unten. Es wurde ‹durchregiert›. Das Projekt war politisch gewollt und wurde mit allen Mitteln durchgesetzt. Alle in der Demokratie vorgesehenen Prüfungsinstanzen wurden ausgehebelt, die Alternativen nicht unvoreingenommen geprüft. Kein Wunder, dass dieses Vorgehen auf Widerstand stieß. Einen denkmalgeschützten, funktionierenden Bahnhof und einen Park als Oase der Erholung in einer Großstadt zu zerstören und durch einen weniger leistungsfähigen unterirdischen Bahnhof zu ersetzen, das wollen die Stuttgarter, soweit sie informiert sind, nicht. Auch in Wyhl und Mutlangen spielten grundlegende Fragen der Demokratie und unseres Zusammenlebens eine Rolle.›

ZUSAMMENFASSUNG: Als Motive für das Engagement gegen ‹Stuttgart 21› werden genannt: sinnvoller Bahnverkehr (es gibt Bahnreisende ohne eigenes Auto), leistungsfähiger Bahnhof, Umweltschutz, Finanzen (hohe Kosten des Projekts) sowie Demokratiefragen. Es wird ein Defizit an Demokratie beziehungsweise angemessener Bürgerbeteiligung gesehen. Weitere Bedenken betreffen mangelnde Vorkehrungen für

Menschen mit Behinderungen, die sich im barrierefreien Kopfbahnhof im Katastrophenfall selbst helfen könnten, nicht jedoch im Tiefbahnhof. Mit Werner Sauerborn lässt sich ein Mix an Motiven konstatieren. Es können vier Begründungsaspekte voneinander unterschieden werden: rechtliche, finanzielle, ökologische und demokratierelevante Fragen. Außer den aktuellen Motiven lassen sich bei einzelnen Aktiven auch biografische Gründe feststellen.

4.5 ERGEBNISSE DER FOKUSGRUPPE

Weitere Ergebnisse wurden aus der Fokusgruppe mit Aktiven aus der Bewegung gegen «Stuttgart 21» generiert. Die Bildung und Befragung einer Fokusgruppe ist ein Verfahren der qualitativen Sozialforschung, das auf Robert K. Merton zurückgeht. Es handelt sich um eine moderierte Gruppendiskussion mit acht bis zwölf Teilnehmenden. Hier waren es acht Teilnehmende, die wir bei einer Demonstration am 9. Juli 2011 und an den Tagen danach ansprachen. Wir orientierten uns an dem in Kapitel 4.4 genannten Fragenkatalog. Bei der Gruppendiskussion verteilten wir kurze Fragebögen für biografische Daten, die zum Großteil mit ihren Aktivitäten in sozialen Bewegungen im Zusammenhang standen. Von den im Folgenden genannten sieben Teilnehmenden bekamen wir verwertbare Informationen. Darunter waren zwei Teilnehmende weiblich, fünf Teilnehmende waren männlich. Sie waren 25–69 Jahre alt. Sie machten folgende Angaben:

1. Ein 69-jähriger Physiker ist seit August 2010 in der Bewegung gegen «Stuttgart 21» aktiv, zurzeit bei den Parkschützern. Dort ist er derzeit im «Parkschützer-Rat» als Delegierter seiner Blockade-Bezugsgruppe. Vorher war er nicht politisch aktiv, war bis zum 30. September 2010 nur Gelegenheitsdemonstrant und ist seitdem «Berufsdemonstrant». In Aktionen zur Bewältigung der Finanzkrise und zur Schaffung eines fairen Geldsystems ist er seit mehreren Jahren ebenfalls engagiert.

2. Eine 63-jährige Betriebswirtin aus internationalen Bewegungen ist seit 2009 in der Bewegung gegen «Stuttgart 21» aktiv. Ansonsten gibt sie Attac und diverse entwicklungspolitische Gruppen, die «Anstifter», die Kampagne «Hoffnungsfroh» (die den «politischen Rosenmontag» veranstaltete) und das Deeskalationsteam der Parkschützer als ihre politischen Betätigungsfelder an.

3. Ein 54-jähriger Arbeiter ist seit fünf Jahren in der Bewegung gegen «Stuttgart 21» aktiv. Seit 1974 war er in der Jugendzentrumsbewegung, in den Folgejahren in der Anti-Atom-Bewegung und in der Friedensbewegung, zum Beispiel in Mutlangen, seit 2000 bei Attac. Außerdem engagiert er sich in der Bewegung gegen Gentechnik. Bei den Parkschützern ist er im «Organisationskreis», im «Parkschützer-Rat» und in Bezugsgruppen.

4. Ein 54-jähriger Handelsfachwirt ist seit Juli 2010 in der Bewegung gegen «Stuttgart 21» aktiv, bei den Parkschützern registriert. Schwerpunkte sind seine Präsenz bei Montagsdemonstrationen, Großdemon-

strationen und Veranstaltungen in Stuttgart und seit Januar 2011 im Raum Böblingen (Aktionsbündnis für K21³⁹). Er organisiert Infostände und Veranstaltungen und hält Kontakte zu MultiplikatorInnen (Attac, Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Betriebsseelsorge). Außerdem engagiert er sich in Friedens-, Anti-Atom- und Menschenrechtsbewegungen.

5. Eine 37-jährige Redakteurin ist seit zwei Jahren in der Bewegung gegen «Stuttgart 21» aktiv. Vorher war sie aktiv im AStA (Allgemeiner Studierenden-Ausschuss) und gegen Atomkraft. Es handelt sich um die Organisation von Infoständen, die Teilnahme am «Schwabenstreich» und an Demonstrationen, Camps und sonstigen Veranstaltungen. Wichtig sind ihr die Nutzung alternativer Energiequellen, demokratische Weiterentwicklung (Mitbestimmung) und ein gleichberechtigtes Zusammenleben auf allen Ebenen.

6. Ein 29-jähriger Student war vorher beim Boykott gegen Studiengebühren, beim Bildungsstreik und dann schon früh bei den Protesten gegen «Stuttgart 21» dabei. Er ist Mitglied von «Solid.SDS» (Hochschulgruppe) und in der Partei DIE LINKE.

7. Ein 25-jähriger Einzelhandelskaufmann ist seit Februar 2010 in der Bewegung gegen «Stuttgart 21» aktiv. Er organisiert in einem Umweltverband Jugendcafés, führt sie auch durch und ist dort seit Juli 2010 Landesjugendsprecher. Seit 2008 engagiert er sich in einem Weltladen (Mitarbeit und Vereinsmitglied). Besonders wichtig sind ihm Umwelt-/Naturschutz und Entwicklungsgerechtigkeit.

4.5.1 Gesellschaftliche Visionen

FRAGE 1: «Der Protest gegen «Stuttgart 21» hat die Stadt verändert.» Glauben Sie das auch? Wenn ja: In welcher Hinsicht?

ANTWORT: Auf die Frage nach der Veränderung der Stadt Stuttgart antwortete der Handelsfachwirt, dass Vernetzung und Solidarität sowie Kontakte zu seiner Ansicht nach konservativen Kreisen und Betriebsseelsorge möglich wurden. Er sieht eine Vielfalt von Aktionen. «Solidarität ist nicht mehr eine hohle Phrase, sondern sie wird gelebt.» Der Protest gegen «Stuttgart 21» habe laut Aussage des Physikers der Stadt außerordentlich gutgetan. Die BürgerInnen würden die Politik mehr hinterfragen als früher. Neu sei in Stuttgart die Bereitschaft, Unannehmlichkeiten in Kauf zu nehmen. Der Betriebswirtin zufolge werden Stuttgarter EinwohnerInnen von außen (z. B. in der Schweiz) als InformationsträgerInnen angesehen. Heute habe es eine Qualität, aus Stuttgart zu kommen. Erfahrungen könnten ausgetauscht werden. Der Arbeiter schildert eine Erfahrung mit tuschelnden Jugendlichen: «Der gehört auch zu denen.» Der vielfältige, zum Teil auch persönliche Austausch unter Menschen schaffe Verbindungen. Die Redakteurin konstatiert, dass Menschen seit den Ereignissen vom 20. Juni 2011 leichter

³⁹ Das Aktionsbündnis unterstützt die Idee eines modernisierten Kopfbahnhofs.

in eine Ecke gedrängt würden; ablehnende Reaktionen gebe es sogar bei Infoständen in München. Der Arbeiter stellt eine zunehmende Solidarität unter Aktiven in Stuttgart fest. Es gebe immer mehr Orte, an denen Treffen möglich seien. Krisen seien jedoch nicht nur in Stuttgart wahrnehmbar. Manche Menschen setzten dem Physiker zufolge für Blockaden nicht nur einen Tag Urlaub ein, sondern ließen sich auch vom Aktionsort wegtragen – das sei neu. Der Arbeiter weist auf frühere Aktionen gegen das EUCOM (Europäische Kommandozentrale in Stuttgart-Vaihingen) hin, die schon seit Jahren durchgeführt wurden. Die Betriebswirtin berichtet, dass ältere Frauen oft richtig wütend seien.

FRAGE 2: In Spanien und Griechenland gibt es große Demonstrationen gegen den Abbau sozialer Rechte, gegen Lohnkürzungen und Verschlechterung der Arbeitsbedingungen. In Deutschland wird gegen einen Bahnhofsumbau und gegen Atomkraft demonstriert. Sind die Deutschen auf dem sozialen Auge blind?

ANTWORT: Zur sozialen Frage stellt die Betriebswirtin als eine der InitiatorInnen der früheren Montagsdemonstrationen gegen «Hartz IV» eine Vereinnahmung durch Parteien fest (z. B. bei Montagsdemonstrationen gegen Sozialkürzungen). Wichtig sei ihr, dass sich Parteien aus dem Bündnis heraushielten. Im Deeskalationsteam seien Menschen, die einen größeren Bezug zu Menschen hätten. In der Kampagne «Hoffnungsfroh» kämen eher kreative Menschen zusammen, die sich aus verschiedenen Bewegungskontexten kennen. Dem Arbeiter zufolge wurde die Präsenz von Parteien (Bündnis 90/Die Grünen u. a.) im Aktionsbündnis kritisiert. Viele Menschen in Stuttgart seien nach Ansicht des Physikers in der Bewusstseinsbildung weiter. Parteien sieht er als Bestandteil der Problematik an. Das aktuelle Problem werde nur als Teil einer größeren Problematik gesehen.

FRAGE 3: Die Bewegung gegen «Stuttgart 21» besteht aus verschiedenen Akteuren (Bewegungsorganisationen, Parteien, u. a.). Sehen Sie dieses Zusammenspiel eher als Stärke oder Schwäche an? Welche Vor- und Nachteile gibt es? Welche Konflikte sind mit dieser Konstellation verbunden? Hat sich für die Bewegung nach den Wahlen etwas verändert?

ANTWORT: Der Arbeiter thematisiert bewegungsübergreifende Kontexte bis hin zu transnationalen Ebenen. Bewegungen würden sich gegenseitig motivieren (z. B. gegen «Stuttgart 21» und Atomkraft). Der Einzelhandelskaufmann schätzt die Bewegung nicht als groß ein, da nur ein Bruchteil der Bevölkerung an Demonstrationen beziehungsweise Aktionen teilnehme. Die Entwicklung von Bewegungen vollziehe sich jedoch in Jahren, so antwortet der Arbeiter. Schon jetzt gebe es wichtige solidarische Kontakte von Menschen, die sich informieren, woran in längeren Zeiträumen angeknüpft werden könne. Ein weiterer wichtiger Aspekt sei die Gewaltfreiheit. Selbst innerhalb der Polizei gebe es Spaltungen; selbst die PolizeibeamtInnen

hätten Verständnis für die Aktionen. Der Handelsfachwirt ist unabhängig vom Ausgang zu weiteren Aktivitäten bereit.

FRAGE 4: Welche direktdemokratische Praxis (also mit eigener Mitverantwortung, nicht nur im Parlament) ist Ihnen wichtig? Was gehört für Sie zu einer notwendigen gewaltfreien Konfliktaustragung?

ANTWORT: Die Redakteurin erzählt von einer Veranstaltung in München, bei der einer der Mitbegründer der «Parkschützer» einen Vortrag hielt. Er habe die Bewegung als aus mehreren Parteien entstanden charakterisiert. Die Bewegung sei jedoch aus der Bevölkerung gekommen, die Parteien seien hinzugekommen. Ob die Bewegung ein Beispiel für «mehr Demokratie» sein könne, sei zweifelhaft. Demokratie lasse sich nicht «von oben» verordnen.

ZUSAMMENFASSUNG: «Solidarität ist nicht mehr eine hohle Phrase, sondern sie wird gelebt.» Diese Aussage eines Teilnehmers der Fokusgruppe scheint ein Hinweis dafür zu sein, wie die soziale Frage im Kontext der Bewegung beantwortet wird. Vernetzung und Kontakte seien über verschiedene gesellschaftspolitische Strömungen hinweg möglich. Menschen seien bereit, für ihr Engagement auch Unannehmlichkeiten in Kauf zu nehmen. Konstatiert werden eine Änderung der Atmosphäre in Stuttgart und eine größere Bereitschaft der BürgerInnen, politische Entscheidungen zu hinterfragen. Die Präsenz von Parteien in der Bewegung wird mehrfach kritisch gesehen. Eine hier angedeutete Vision ist eine bewegungsübergreifende Vernetzung zumindest dahin gehend, dass Bewegungen voneinander lernen beziehungsweise sich gegenseitig motivieren und dadurch unterstützen können.

4.5.2 Akzeptanz gewaltfreier Aktionen und zivilen Ungehorsams

FRAGE 1: Am 20. Juni 2011 kam es auf dem Gelände des Grundwassermanagements zu Ereignissen, die unterschiedlich bewertet wurden. Welche Meinung beziehungsweise Einschätzung haben Sie dazu?

ANTWORT: Der Einzelhandelskaufmann war nicht dabei und beklagt nach den Berichten, die ihm zuge tragen wurden, die Sachbeschädigungen und die Verletzung von Personen. Er war entsetzt und findet die Handlungen extrem fahrlässig. Es dürfe keine Lösung sein, in diesem Maße Sachen und sogar Personen zu beschädigen. Ein Problem könne sein, dass sich Menschen distanzieren; die an der Aktion Beteiligten könnten sich ein Bild davon machen, nicht jedoch diejenigen, die nicht dabei waren. Die Aktion sei situativ statt langfristig gedacht gewesen. Die Redakteurin konstatiert unterschiedliche Wahrnehmungen und Darstellungen. Sie thematisiert die Frage: Was ist wichtiger: unsere Außenwirkung oder einen Schritt weiterzukommen? Eine Zeitung schrieb: «Es war ein Volksfest und ganz friedlich.» Es sei immer friedlich gewesen, aber ab einem gewissen Zeitraum müssten auch weiter gehen-

de Aktionen durchgeführt werden, die Bereitschaft einen Schritt weiter zu gehen, nicht nur «Volkshochschule unter freiem Himmel». Es käme auf die Bewegung an, da «von oben» trotz des Regierungswechsels nicht genug passiere. Der Arbeiter thematisiert die Frage, wo Gewalt anfange. Vorbereitet wurde eine Transparent-Aktion nach dem Motto: «Wir steigen Euch auf's Dach.» Das Abreißen des Zauns sei aus emotionaler Betroffenheit gekommen nach dem Motto: «Es langt, die bauen tatsächlich weiter.» Gewaltfreie Aktion und ziviler Ungehorsam böten eine Struktur. Wichtig seien klare Aussagen, die nicht fehlinterpretiert werden können. Die Betriebswirtin sieht Bedarf nach Diskussion und Aufarbeitung zu diesem Abend. Trainings sollten nach dem 20. Juni 2011 erweitert werden. Nach Ansicht des Physikers gab es eine Fehlinterpretation, dass ein Chef die Aktionen angeordnet habe.

FRAGE 2: Was heißt für Sie ziviler Ungehorsam? Hat sich Ihre Einstellung dazu geändert? (Wann/wogegen) ist er ein legitimes Mittel des Widerstands? Woher rührt die hohe Akzeptanz von zivilem Ungehorsam und gewaltfreien Aktionen in «bürgerlichen» Kreisen? Wie ist es bei Ihnen? Welche Grenzen dürfen Ihres Erachtens nicht überschritten werden? Wie hat sich der Stellenwert dieser Frage im Verlaufe der Proteste verändert?

ANTWORT: Der Arbeiter benennt die Existenz neuer wichtiger Foren (Parkschützer-Rat, Bezugsgruppen, Bündnis, Aktionskonferenz, u. a.). Notwendig seien Strukturen für die Bewegung; es müsse noch mehr daran gearbeitet werden. Der Handelsfachwirt hält den Aktionskonsens für das Maß aller Dinge. Die Bezugsgruppenbildung helfe dabei, die Ruhe zu bewahren, selbst wenn Polizeihunde kämen. Er thematisiert mögliche (als vermummte «Autonome») getarnte Zivilpolizisten, die sich in der Bewegung eingeschleust hätten.

FRAGE 3: Welche Trainingselemente (z. B. Konsensentscheidung, Bezugsgruppen, Aktionsrollenspiele) können als Methoden (basis-)demokratischer Partizipation genannt werden? Welche Erfahrung haben Sie damit?

ANTWORT: Der Physiker nahm kurz vor dem 30. September 2010 für einen Tag an einem Blockadetraining teil. Er bezeichnet die Trainings als außerordentlich hilfreich, in denen niemand Befehle erteile, somit würden hierarchische Strukturen aufgelöst. Stattdessen werde eigenständiges Handeln vorausgesetzt, der eigene Mut spiele eine wichtige Rolle. Niemand greife ein, es gebe nur Informations- und Meinungsaustausch. Informationen zwischen SprecherInnenrat und Bezugsgruppen würden sehr schnell

und effektiv ausgetauscht. Vernetzung anstelle von Hierarchien habe Zukunft. Bezüglich der Gewaltfreiheit bestehe jedoch Definitionsbedarf (z. B. hinsichtlich Sitzblockaden und Baggerbesetzungen). Der Widerstand bestehe nicht aus einheitlichen Gruppen. Der Betriebswirtin zufolge ermöglichen die Trainings sofortige Bezugsgruppenbildung und Toleranz gegenüber anderen.

ZUSAMMENFASSUNG: Die Ereignisse vom 20. Juni 2011 werden zumindest teilweise sehr kritisch bewertet; dabei wird der Gewaltverzicht als wichtiges Anliegen geäußert. Gewaltfreie Aktion und ziviler Ungehorsam werden als wichtige Orientierung genannt; hier kann auf Abb. 2 (Formen gewaltfreier Aktion) verwiesen werden. Dabei kann auf bewährte Methoden gewaltfreier Aktion (Aktionstrainings, Konsensscheidungen, Bezugsgruppen, Aktionsrollenspiele) zurückgegriffen werden, die nach wie vor aktuell sind.

4.5.3 Motive für Protest und Widerstand

FRAGE 1: Hat der Protest gegen «Stuttgart 21» dazu geführt, dass Sie auch in anderen Bereichen politisch engagiert sind als früher?

ANTWORT: Zur Frage nach «Stuttgart 21» als Symptom dafür, wie machtpolitisch agiert beziehungsweise das Projekt durchgesetzt wurde, schildert der Student ein Netzwerk von Profiteuren und Seilschaften (z. B. Baubranche, Landesregierung). Der Arbeiter sieht die Bewegung gegen «Stuttgart 21» noch nicht in übergreifender Solidarität; sie motiviere jedoch die Anti-Atom-Bewegung. Der Handelsfachwirt sieht die Montagsdemonstrationen als «Volkshochschulen unter freiem Himmel» an. Der Einzelhandelskaufmann gibt zu bedenken, dass die Bewegung nicht besonders groß sei. Darauf antwortet der Arbeiter, dass gesellschaftspolitische Prozesse Zeit brauchen. Der Physiker meint, dass sich die Veränderungen derzeit zwar noch im «statu nascendi» befinden, also im Entstehen, im Werden begriffen seien, dass sie aber schon in allen gesellschaftlichen und beruflichen Gruppierungen bemerkbar seien. Selbst die PolizeibeamtInnen begännen nachzudenken. Die Betriebswirtin hält Gespräche mit Leuten für möglich, mit denen sie vorher nicht geredet hätte.

ZUSAMMENFASSUNG: Diese Frage lässt sich aufgrund der Antworten nicht eindeutig bejahen. Teilweise werden Bedenken hinsichtlich der Größe der Bewegung geäußert, teilweise werden die Prozesse jedoch nicht ohne Hoffnung gesehen. Anhaltspunkte dafür werden in Gesprächen gesehen, die früher als undenkbar angesehen wurden.

5 ZUSAMMENFASSUNG DER ERGEBNISSE

Im Hinblick auf die verschiedenen Strömungen der Bewegung mit Desideraten für zivilgesellschaftliche, (direkt-)demokratische Praxen gesellschaftlichen Empowerments lassen sich die Antworten auf die drei Fragenkomplexe wie folgt zusammenfassen:

FRAGE 1: Welche gesellschaftlichen Visionen können (auch als latente Motivation) im Kontext der Bewegung gegen «Stuttgart 21» festgestellt werden?

Genannt werden folgende Visionen: Freiheit von Hierarchien, eigene gesellschaftliche Gegenentwürfe (z. B. Zeitungen, Banken), eine sozialistische beziehungsweise demokratische Gesellschaft, ein integrierter Taktfahrplan, eine nachhaltige Stadtgesellschaft, eine echte Demokratie ohne Parteien und eine gerechte Umverteilung der Mittel. Für (direkt-)demokratische Praxen werden folgende Optionen als sinnvoll und wünschenswert genannt: Entwicklung einer sozialen Bewegung aus der Zivilgesellschaft (statt aus Parteien), Meinungsbilder zu anstehenden politischen Entscheidungen, kommunale Bürgerentscheide, direkte Demokratie als Korrektiv der parlamentarischen, repräsentativen Demokratie, Beteiligung an der Volksabstimmung zu «Stuttgart 21», Abschaffung von Quoren bei Volksabstimmungen außer bei Grundrechten. Konstatiert werden eine Veränderung der Atmosphäre in Stuttgart und eine größere Bereitschaft der BürgerInnen, politische Entscheidungen zu hinterfragen. Zur sozialen Frage werden folgende Vorschläge gemacht: gute Arbeitsbedingungen, gesellschaftlich sinnvolle Arbeit, barrierefreier Kopfbahnhof mit mehr Rollrampen. Außerdem konnte Solidarität unter den Aktiven der Bewegung (z. B. beim Polizeieinsatz am 30.9.2010) festgestellt werden. Das Projekt «Stuttgart 21» erscheint als Beitrag zu einer Verschlimmerung der bereits vorhandenen strukturellen Gewalt (soziale Ungerechtigkeit). An altersübergreifende und nachbarschaftliche Kontakte sowie die Bereitschaft, für Engagement Unannehmlichkeiten in Kauf zu nehmen, kann angeknüpft werden, um Solidarität gesamtgesellschaftlich zu stärken und damit der durch «Stuttgart 21» verstärkten Entwicklung entgegenzuwirken.

FRAGE 2: (Inwieweit) Sind ziviler Ungehorsam und gewaltfreie Aktionen in der Mitte der Gesellschaft angekommen und damit gesellschaftsfähig geworden?

Die Bewegung gegen «Stuttgart 21» wird von den meisten hier genannten InterviewpartnerInnen als ein passendes Beispiel friedlicher und gewaltfreier Konfliktaustragung angesehen. Einzelnen InterviewpartnerInnen ist es ein Anliegen, sich öfter als bisher gegen als unerträglich empfundene Missstände zu engagieren. Trainings werden zur Stärkung eigenständigen Handelns, zum Abbau von Hierarchien und für die Bildung von Bezugsgruppen als hilfreich beurteilt. Ausreichende Trainingsmöglichkeiten können als eine

notwendige Voraussetzung für die gewaltfreie Handlungssicherheit der Teilnehmenden angesehen werden (vgl. Schmitz 2010: 400). Die seit vielen Jahren bewährten Methoden gewaltfreier Aktion (Aktionstrainings, Konsensentscheidungen, Bezugsgruppen, Aktionsrollenspiele) werden nach wie vor als aktuell eingeschätzt und daher genutzt. Ziviler Ungehorsam wird nicht ungeteilt und in Abhängigkeit zum Anlass akzeptiert. Er wird weiterhin mit der Gefahr der Kriminalisierung in Verbindung gebracht. Die Philosophie des zivilen Ungehorsams wird nicht von allen InterviewpartnerInnen so verstanden, wie in Kapitel 3.1.3 dargestellt. Sachbeschädigungen werden von den InterviewpartnerInnen, die sie thematisierten, kritisch gesehen.

FRAGE 3: Wofür ist «Stuttgart 21» für die dagegen protestierenden Menschen zu einem Symbol und zu einer Metapher geworden?

Daraus wurde die folgende Frage abgeleitet, die bei den ExpertInnen-Interviews allen InterviewpartnerInnen gestellt wurde:

Was motiviert Sie zu Protest beziehungsweise Widerstand?

Als Motive für das Engagement gegen «Stuttgart 21» werden genannt: sinnvoller Bahnverkehr, leistungsfähiger Bahnhof, Umweltschutz, finanzielle und rechtliche Bedenken sowie biografische Motive. Es wird ein Defizit an Demokratie beziehungsweise angemessener Bürgerbeteiligung gesehen.

Aufgrund dieser zusammenfassenden Antworten ergibt sich – wie erwartet – ein vielschichtiges Bild der Motive für das Engagement und der gesellschaftlichen Visionen, die sich nicht unbedingt widersprechen müssen, sondern eher unterschiedliche (d. h. soziale, demokratietheoretische, ökologische, verkehrstechnische, ökonomische) Aspekte berühren. Die Frage der gewaltfreien Konfliktaustragung wird – wenn auch mit unterschiedlichen Vorverständnissen und Ansprüchen – im Kontext der Bewegung überwiegend positiv beantwortet.

Welche Schlussfolgerungen sind aufgrund der Ergebnisse in Bezug auf die zentrale Fragestellung der vorliegenden Studie zu ziehen?

Welche zivilgesellschaftlichen Praxen für einen sozialen Wandel zu «mehr Demokratie», mehr gewaltfreier Konfliktaustragung und einer solidarischeren Gesellschaft können am Beispiel der Bewegung gegen «Stuttgart 21» festgestellt werden?

Für «mehr Demokratie» wurden im ersten Fragenkomplex mehrere Antworten gegeben, die sich nicht widersprechen müssen und direktdemokratische Verbesserungen des politischen Systems bedeuten. Dazu gehören auch bessere Bedingungen für Bürgerentscheide und Volksabstimmungen wie etwa die Herabsetzung von Quoren. Im zweiten Fragenkomplex wurden legale gewaltfreie Aktionen (2. Eskalationsstu-

fe nach Ebert) befürwortet und gegenüber Aktionen zivilen Ungehorsams teilweise Bedenken angemeldet, die sich in erster Linie auf die möglicherweise folgenden Repressionen beziehen. Sachbeschädigungen finden keine signifikante Zustimmung. Die soziale Frage berührt mehrere Bereiche: Die Solidarität unter den Aktiven der Bewegung und die zunehmenden nachbarschaftlichen Kontakte werden positiv hervorgehoben. Es wird darauf hingewiesen, dass durch die Kosten von «Stuttgart 21» Gelder in anderen wichtigen Bereichen fehlen würden. Ein oft im öffentlichen Diskurs vernachlässigter Aspekt ist die Benachteiligung von Menschen mit Behinderungen durch den Tiefbahnhof, die bis zur lebensbedrohlichen Gefährdungen im Katastrophenfall reicht.

Die Bewegung gegen «Stuttgart 21» bietet eine Fülle an zivilgesellschaftlichen Praxen für eine demokratischere, gewaltfreie und solidarischere Gesellschaft. In dieser Studie wurden genannt: Montagsdemonstration, «Schwabensreich» (am Hauptbahnhof und in dezentralen nachbarschaftlichen Gruppen), ziviler Ungehorsam, Bezugsgruppen, Aktionstrainings, Aktionsbündnis, Parkschützer (mit SprecherInnenrat und Deeskalationsteam), Aktionswochen (mit Wochenzetteln), Versammlung «Wir reden mit» auf dem Marktplatz sowie viele andere Initiativen und Veranstaltungen.

Für eine Folgestudie ergibt sich daraus die spannende zentrale Fragestellung: Sind diese Praxen auch auf andere aktuelle soziale Bewegungen (z. B. gegen Atomkraft, für Frieden, für Menschen- und Grundrech-

te, für Tierrechte) übertragbar? Was können diese Bewegungen gegebenenfalls von «Stuttgart 21» lernen?

Da in der analysierten Bewegung gewaltfreie Aktionen, Versuche einer Verbesserung der Demokratie in der vom Projekt betroffenen Gesellschaft und Ansätze gegenseitiger Hilfe beziehungsweise sozialer Kontakte zu finden sind, kann hier ein positiver Zusammenhang zwischen Gewaltfreiheit, (direkter) Demokratie (mit dem Abbau von Hierarchien) und Solidarität festgestellt werden, der auch im Kontext anderer sozialer Bewegungen untersucht werden kann. Daraus ergeben sich folgende, bereits in der Interviewauswertung genannten Teilfragen:

- (Wie) Können demokratisch legitimierte Institutionen beziehungsweise Delegationen hierarchiefrei organisiert werden?
- Reichen die überwiegend auf gesellschaftserhaltenden beziehungsweise status-quo-teilkritischen Einstellungen (vgl. Kapitel 3.2.; Wasmuht 1987: 127) basierenden Bewegungsansätze aus, um die genannten Ungerechtigkeiten zu überwinden und damit einen positiven Frieden nach Galtung (1978: 33), das heißt eine Situation der Abwesenheit von struktureller Gewalt zu erreichen?

Die Ergebnisse der vorliegenden Studie bestätigen die These, dass ein signifikanter Ausbau der Trainingsmöglichkeiten notwendig ist, um Verhaltenssicherheit in gewaltfreiem Konfliktverhalten zu vermitteln (vgl. Schmitz 2010: 400). Ob und wie dieser Ausbau realisiert werden kann, kann Gegenstand einer Folgestudie sein.

6 LITERATUR- UND INTERNETQUELLEN

6.1 LITERATUR

- Besemer, Christoph (1993):** Mediation – Vermittlung in Konflikten. Eine Veröffentlichung der Stiftung Gewaltfreies Leben (Königsfeld) und der Werkstatt für Gewaltfreie Aktion, Baden (Heidelberg/Freiburg). 1. Auflage (Bezug: PAZIFIX-Materialvertrieb der DFG-VK Baden-Württemberg, Alberichstr. 9, 76185 Karlsruhe. Und: Stiftung Gewaltfreies Leben, Tannenweg 6, 78126 Königsfeld).
- Bläsi, Burkhard (2004):** Gewaltfreier Widerstand. In: Sommer, Gert/Fuchs, Albert (Hg.) (2004): Krieg und Frieden. Handbuch der Konflikt- und Friedenspsychologie. 1. Auflage, Weinheim: Beltz, S. 412–424.
- Bodack, Karl-Dieter (2011):** Gründe für unverantwortliche Großprojekte. In: Lösch, Volker/Stocker, Gangolf/Leidig, Sabine/Wolf, Winfried (2011): Stuttgart 21 – Oder: Wem gehört die Stadt. Mit einem Vorwort von Walter Sittler. Köln: PapyRossa, S. 125–130.
- Bonacker, Thorsten/Imbusch, Peter (2004):** Sozialwissenschaftliche Konfliktforschung. In: Sommer, Gert/Fuchs, Albert (Hg.) (2004): Krieg und Frieden. Handbuch der Konflikt- und Friedenspsychologie. 1. Auflage, Weinheim: Beltz, S. 195–207.
- Brand, Karl-Werner/Büsser, Detlef/Rucht, Dieter (1986):** Aufbruch in eine neue Gesellschaft. Neue soziale Bewegungen in der Bundesrepublik. Aktualisierte Neuauflage, Frankfurt am Main; New York: Campus.
- Brand, Karl-Werner (unter Mitarbeit von Henrik Stöver) (2008):** Umweltbewegung (inkl. Tierschutz). In: Roth, Roland/Rucht, Dieter (Hg.) (2008): Die sozialen Bewegungen in Deutschland seit 1945. Ein Handbuch. Frankfurt am Main: Campus, S. 219–244.
- Bruhn, Jürgen (1985):** «... dann, sage ich, brich das Gesetz.» Ziviler Ungehorsam: Von Gandhis Salzmarsch bis zum Generalstreik. Frankfurt am Main: Röderberg.
- Diekmann, Andreas (1995):** Empirische Sozialforschung. Grundlagen, Methoden, Anwendungen. Reinbek: Rowohlt.
- Ebert, Theodor (1969):** Lexikalisches Stichwort. Gewaltfreie Aktion. In: Gewaltfreie Aktion, Heft 1/2, S. 2–8.
- Ebert, Theodor (1970):** Gewaltfreier Aufstand – Alternative zum Bürgerkrieg. Gekürzte Ausgabe, Frankfurt am Main/Hamburg: Fischer.
- «Erklärung Stuttgarter Protestbürger gegen Stuttgart 21 zum Referendum am 27.11.2011».** Stuttgart, 2011.
- Galtung, Johan (1978):** Strukturelle Gewalt. Beiträge zur Friedens- und Konfliktforschung. Reinbek: Rowohlt.
- Galtung, Johan (1987):** Der Weg ist das Ziel. Gandhi und die Alternativbewegung. Wuppertal/Lünen: Hammer.
- Gandhi, Mahatma (1960):** Mahatma Gandhis Autobiographie. Die Geschichte meiner Experimente mit der Wahrheit. Nach einer englischen Übersetzung aus dem Gujarati von Mahadev Desai. Ins Deutsche übertragen von Fritz Kraus. Freiburg/München: Karl Alber.
- Grohmann, Peter (2010):** Rettet die Demokratie Stuttgart? Oder umgekehrt? In: Graswurzelrevolution. Heft 354, Münster, S. 9.
- Gugel, Günther (1983):** Gewaltfreiheit – ein Lebensprinzip. Materialien Nr. 6. Hg.: Verein für Friedenspädagogik Tübingen e. V., Bachgasse 22, 72070 Tübingen. 2. Auflage, Tübingen: Verein für Friedenspädagogik.
- Gugel, Günther (1999):** Wir werden nicht weichen. Erfahrungen mit Gewaltfreiheit. Eine praxisorientierte Einführung. 2. Auflage, Tübingen: Verein für Friedenspädagogik.
- Jochheim, Gernot (1984):** Die Gewaltfreie Aktion. Idee und Methoden, Vorbilder und Wirkungen. Hamburg: Rasch und Röhning.
- King, Martin Luther (1963/1994):** Die Zeit für schöpferischen Protest ist gekommen – Brief aus dem Gefängnis von Birmingham. In: King, Martin Luther (1963/1994): Mein Traum vom Ende des Hassens. Texte für heute. Hg.: Bahr, Hans-Eckehard/Grosse, Heinrich. Freiburg im Breisgau/Basel/Wien: Herder.
- Kromrey, Helmut (1998):** Empirische Sozialforschung. Modelle und Methoden der Datenerhebung und Datenauswertung. 8., durchgreifend überarbeitete und erweiterte Auflage, Opladen: Leske + Budrich.
- Lewin, Kurt (1948):** Aktionsforschung und Minderheitenprobleme. In: Lewin, Kurt (Hg.) (1948): Die Lösung sozialer Konflikte. Bad-Neuheim: Christian-Verlag, S. 278–298.
- Mayer-Tasch, Peter Cornelius (1985):** Die Bürgerinitiativbewegung. Der aktive Bürger als rechts- und politikwissenschaftliches Problem. 5. Auflage, Reinbek: Rowohlt.
- Minkenber, Michael (2008):** Das wiedervereinigte Deutschland – soziale Bewegungen «im Systemwandel.» In: Roth, Roland/Rucht, Dieter (Hg.) (2008): Die sozialen Bewegungen in Deutschland seit 1945. Ein Handbuch. Frankfurt am Main: Campus, S. 133–154.
- Morawe, Doris (2011):** Warum musste die «Schlichtung» Stuttgart 21 scheitern? Was lernen wir MediatorInnen daraus? In: Spektrum der Mediation. Fachzeitschrift des Bundesverbandes Mediation, Heft 42, Kassel, S. 16–18.
- Moyer, Bill (1989):** Aktionsplan für soziale Bewegungen. Ein strategischer Rahmenplan erfolgreicher sozialer Bewegungen. 1. Aufl., Kassel: Weber, Zucht & Co.
- Moyer, Bill (1990):** The Practical Strategist. Movement Action Plan (MAP) Strategic Theories for Evaluating, Planning, and Conducting Social Movements. San Francisco: Social Movement Empowerment Project.
- Nick, Volker/Scheub, Volker/Then, Christoph (1993):** Mutlangen 1983–1987: Die Stationierung der Pershing II und die Kampagne Ziviler Ungehorsam bis zur Abrüstung. 1. Auflage, Eigenverlag: Carl-Kabat-Haus.

Painke, Uwe (1997): Trainings für Gewaltfreiheit. Ein historischer Streifzug. In: Büttner, Christian W./Jochheim, Gernot/Luer, Nadya/Schramm, Torsten (Hg.) (1997): Politik von unten. Zur Geschichte und Gegenwart der Gewaltfreien Aktion. Theodor Ebert zum 60. Geburtstag. Berlin: Gewaltfreie Aktion, Heft 111/112, S. 167–177.

Rucht, Dieter (1994): Modernisierung und neue soziale Bewegungen. Deutschland, Frankreich und USA im Vergleich. Frankfurt am Main/New York: Campus.

Rugenstein, Jonas/Bebnowski, David (2010): Wer, Wie, Was, Warum? Ein Erklärungsversuch des Phänomens «Stuttgart 21». In: Hildebrandt, Cornelia/Tügel, Nelli (Hg.) (2010): Der Herbst der «Wutbürger». Soziale Kämpfe in Zeiten der Krise. Papers der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Berlin: Rosa-Luxemburg-Stiftung, S. 28–33.

Russmann, Paul (2010): Bei Abriss Aufstand! Über den Widerstand gegen das Bahnprojekt Stuttgart 21. Interview mit Paul Russmann. In: Gewaltfrei Aktiv. Mitteilungen der Werkstatt für Gewaltfreie Aktion, Baden, Heft 38, S. 1 f.

Schlager, Alexander (2010): Die Proteste gegen «Stuttgart 21». Analyse und Schlussfolgerungen für linke Politik. In: Hildebrandt, Cornelia/Tügel, Nelli (Hg.) (2010): Der Herbst der «Wutbürger». Soziale Kämpfe in Zeiten der Krise. Papers der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Berlin: Rosa-Luxemburg-Stiftung, S. 13–27.

Schlager, Alexander (2011): «Stuttgart 21» und die Demokratiefrage. In: Standpunkte 24/2011, Berlin: Rosa-Luxemburg-Stiftung.

Schmidt, Manfred G. (1995): Demokratietheorien. Eine Einführung. Opladen: Leske + Budrich.

Schmitz, Achim (2003): Perspektiven für Widerstand und Alternativen. In: FreiRaum, Heft 1, Mutlangen, S. 14.

Schmitz, Achim (2010): Gewaltfreiheit trainieren. Institutionengeschichte von Strömungen, Konzepten und Beispielen politischer Bildung. Belm-Vehrte/Osnabrück: Sozio Publishing.

Schütze, Fritz (1977): Die Technik des narrativen Interviews in Interaktionsfeldstudien – dargestellt an einem Projekt zur Erforschung von kommunalen Machtstrukturen. Universität Bielefeld: Mimeo.

Sharp, Gene (1973): The Politics of Nonviolent Action. Part One: Power and Struggle. Boston: Porter Sargent Publishers.

Sharp, Gene (1979): Gandhi as a Political Strategist. With Essays on Ethics and Politics. Boston: Porter Sargent Publishers.

Spiegel, Egon (1989): Gewaltverzicht. Grundlagen einer biblischen Friedentheologie. 2. Auflage, Kassel: Weber & Zucht.

Sternstein, Wolfgang (2005): Mein Weg zwischen Gewalt und Gewaltfreiheit. Autobiographie. Norderstedt: Books on Demand.

Sternstein, Wolfgang (2010a): «Bei Abriss Aufstand. Stuttgart 21: Die Schwaben proben die Revolution. In: Forum Pazifismus. Zeitschrift für Theorie und Praxis der Gewaltfreiheit, Heft 27/28, S. 21–26.

Sternstein, Wolfgang (2010b): Die gewaltfreie Revolte gegen «Stuttgart 21». «Bei Abriss Aufstand» – Schwaben proben die Revolution. In: Graswurzelrevolution, Heft 354, Münster, S. 1+6 f.

Strecker, Christoph (2011): Heiner Geißlers Zauberspruch. Überlegungen zum «Schlichterspruch». In: Spektrum der Mediation. Fachzeitschrift des Bundesverbandes Mediation, Heft 42, Kassel, S. 19–21.

Wasmuht, Ulrike C. (1987): Die Entstehung und Entwicklung der Friedensbewegungen der achtziger Jahre. Ihre geistigen Strömungen und ihre Beziehung zu den Ergebnissen der Friedensforschung. In: Roth, Roland/Rucht, Dieter (Hg.) (1987): Neue soziale Bewegungen in der Bundesrepublik Deutschland. Frankfurt am Main: Campus, S. 109–133.

6.2 INTERNETQUELLEN

Besemer, Christoph (2010): Frieden durch Schlichtung? Die Stuttgart-21-Schlichtung auf dem Prüfstand, unter: <http://www.lebenshaus-alb.de/magazin/006625.html> (Stand: 10.12.2010).

BUND distanziert sich von Facebook-Aufruf zu Schüler- und Jugendblockade am Grundwassermanagement. Pressemitteilung vom 28.7.2011, unter: [http://www.bund-bawue.de/nc/presse/pressemitteilungen/detail/browse/3/artikel/bund-distanziert-sich-von-facebook-aufruf-zu-schueler-und-jugendblockade-am-grundwassermanagement/?tx_ttnews\[backPid\]=1996&cHash=578df6a6e8](http://www.bund-bawue.de/nc/presse/pressemitteilungen/detail/browse/3/artikel/bund-distanziert-sich-von-facebook-aufruf-zu-schueler-und-jugendblockade-am-grundwassermanagement/?tx_ttnews[backPid]=1996&cHash=578df6a6e8) (Stand: 2.11.2011).

Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (Hg.) (2010): «Wirtschaftsfaktor Alter». Faktenblatt 4. April 2010. Zit. n. <http://www.bmwi.de/BMWi/Redaktion/PDF/Publikationen/wirtschaftsfaktor-alter-faktenblatt-4-barrierefreiheit,property=pdf,bereich=bmwi,sprache=de,rwb=true.pdf> (Stand: 2.11.2011).

Fras, Damir (2010): Stuttgart-21-Gegner: Gebildet, links, widerspenstig. In: Frankfurter Rundschau vom 27.10.2010, unter: <http://www.fr-online.de/politik/gebildet--links--widerspenstig/-/1472596/4781944/-/index.html> (Stand: 2.11.2011).

Höfle, Nicole (2010): Verletzter bei Polizeieinsatz. Wasserwerfer trifft Daniel Kartmanns Existenz, Stuttgarter Zeitung vom 4.10.2010, unter: <http://www.stuttgarter-zeitung.de/inhalt.verletzter-bei-polizeieinsatz-wasserwerfer-trifft-daniel-kartmanns-existenz.952fc147-4280-4730-883d-6cd512fedd2d.html> (Stand: 2.11.2011).

König, Michael (2010): Stuttgart 21: Protestforschung. Aufstand der grünen Senioren. Interview mit Britta Baumgarten, unter: <http://www.sueddeutsche.de/politik/stuttgart-protestforschung-aufstand-der-gruenen-senioren-1.1016854> (Stand: 2.11.2011).

Juristen zu Stuttgart 21 (2011): Juristen kritisieren Brief des OB Dr. Schuster als Wählertäuschung. Pressemitteilung vom 24.11.2011, unter: http://www.juristen-zu-stuttgart21.de/Presse_files/PM-Wa%CC%88hIerta%CC%88uschung%2020111124-final.pdf (Stand: 2.11.2011).

Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg (2011): Volksabstimmung zu Stuttgart 21 am 27. November 2011, unter: http://www.lpb-bw.de/volksabstimmung_stuttgart21.html (Stand: 2.11.2011).

Sternstein, Wolfgang (2010c): Rede bei der Montagsdemo am 16.8.2010. Manuskript liegt Achim Schmitz vor, Mitschnitt unter: <http://www.kopfbahnhof-21.de/index.php?id=579> (Stand: 2.11.2011).

Wissenschaftszentrum Berlin (2010): Befragung zu Stuttgart 21, unter: <http://www.wzb.eu/de/forschung/>

[beendete-forschungsprogramme/zivilgesellschaft-und-politische-mobilisierung/projekte/befragung-zu-st](http://www.wzb.eu/de/forschung/beendete-forschungsprogramme/zivilgesellschaft-und-politische-mobilisierung/projekte/befragung-zu-st) (Stand: 2.11.2011).

Wikipedia: Fokusgruppe, unter: <http://de.wikipedia.org/wiki/Fokusgruppe> (Stand: 28.9.2011).

Wikipedia: Stuttgart 21, unter: http://de.wikipedia.org/wiki/Stuttgart_21 (Stand: 4.8.2011).

Wikipedia: Protest gegen Stuttgart 21. Organisatoren und Demonstranten, unter: http://de.wikipedia.org/wiki/Protest_gegen_Stuttgart_21#Organisatoren_und_Demonstranten (Stand: 2.11.2011).

ANHANG 1: ERGÄNZENDE AUSWERTUNG DER EXPERTINNEN-INTERVIEWS

Im Anhang werden die Antworten auf einzelne Fragen innerhalb der Fragenkomplexe wiedergegeben, die im Hauptteil nicht behandelt wurden. Beim Gegenlesen und bei der Autorisierung der Interviews durch die InterviewpartnerInnen kamen vereinzelt auch Aussagen hinzu, die nicht in den Interviews selbst getroffen wurden, die aber zu den vorgegebenen Fragestellungen passten. Das lag zum Teil daran, dass die Fragen in den narrativen Interviews im Gesprächsfluss nicht immer genau so gestellt wurden, wie im Fragenkatalog vorgelesen.

A. GESELLSCHAFTLICHE VISIONEN

FRAGE: Stellen Sie einen (politischen) Einstellungswandel in der Gesellschaft fest?

KARTMANN: «Keine Gewalt ist im Spiel, sondern viel Kreativität, ein neuer Geist. Früher gab es Desinteresse, Gleichgültigkeit und Satttheit. Daher ist der Protest so spät gekommen, da es den Leuten gut ging. Inzwischen hat man erkannt, wie sehr man hinter's Licht geführt wurde, das nährt die Empörung. Der Begriff des ‚Wutbürgers‘ ist unangemessen, da es erlaubt sein muss, Wut zu äußern, wenn wirtschaftliche und politische Interessen dauerhaft am Bürgerwillen vorbei durchgesetzt werden. Es ist so viel passiert, dass das Fass übergelaufen ist. Früher war ich nicht so politisch aktiv. Parallel läuft meine künstlerische Arbeit; damit habe ich eine interessante politische Komponente gefunden. In einem Theaterstück für Kinder geht es um Vertreibung. In einem anderen Stück geht es um den unbedachten Umgang des Menschen mit den Dingen, die anfangen zu rebellieren.

Ich selbst habe meinen Lebensstil hin zu einem verantwortungsvolleren Konsum verändert. Dazu gehört, dass ich zum Beispiel kein Fleisch mehr esse und kein eigenes Auto fahre. Am Anfang ist es ein Verzicht gewesen, inzwischen ist es eine Bereicherung, da ich vieles esse, was ich früher nicht gegessen habe, und durch eine gewisse Entschleunigung Dinge wahrnehme, die ich vorher nicht gesehen habe.»

FRAGE: Es gibt Stimmen, die sagen, dass bei «Stuttgart 21» eine gut gestellte Mittelschicht um ihre Privilegien kämpfe. Umfragen zeigen, dass ein Großteil der Demonstrierenden formal höher gebildet ist. Ist der Protest gegen «Stuttgart 21» ein Protest von besser Gestellten für besser Gestellte?

SAUERBORN: «Nach soziologischen Untersuchungen aus Berlin und Göttingen ist der Anteil von AkademikerInnen an der Bewegung hoch, das liegt an der Komplexität des Themas. Wenn es um schicht-egoistische Interessen geht, dann eher die der ArbeitnehmerInnen gegen Rendite-Interessen von Bahn, Baulobby oder Investmentbanking. Viele Menschen anderer Schichten beteiligen sich nicht ausreichend. Es gibt viele sehr engagierte Gewerkschafter und ge-

werkschaftliche Gliederungen. Der gewerkschaftliche Mainstream votiert jedoch dafür, sich herauszuhalten. So wurde in vielen Bereichen und Betrieben den Arbeitgebern das Feld für ihre Kampagnen überlassen.»

STERNSTEIN: «Es kann sein, dass die oberen und mittleren Schichten stärker repräsentiert sind. Die Bewegung geht jedoch bis in die kleinbürgerlichen Kreise und die Arbeiterschaft, und alle Bevölkerungsschichten sind vertreten. Der Münchner Politologe Cornelius Mayer-Tasch unterscheidet in seinem Buch «Die Bürgerinitiativbewegung»⁴⁰ drei Arten von Interessen: rein egoistische, rein altruistische und «inklusive» Interessen. Dazu gehört beispielsweise das Eintreten für Umweltschutz, soziale Gerechtigkeit, Frieden, Abrüstung, soziale Einrichtungen und so weiter. Diese Interessen dienen dem Einzelnen, doch zugleich dem Allgemeinwohl, egal welcher Schicht er oder sie angehört. Daher die Bezeichnung «inklusive».»

FRAGE: Die Bewegung gegen «Stuttgart 21» besteht aus verschiedenen Akteuren (Bewegungsorganisationen, Parteien, u. a.). Sehen Sie dieses Zusammenspiel eher als Stärke oder Schwäche an? Welche Vor- und Nachteile gibt es? Welche Konflikte sind mit dieser Konstellation verbunden? Hat sich für die Bewegung nach den Wahlen etwas verändert?

MÜLLER: «Es kann ein Nachteil sein, dass (arbeitslose) Menschen im Park (zu Unrecht) als schmutzilig betrachtet werden. Ein Vorteil kann sein, dass verschiedene Menschen ihre verschiedenen Fähigkeiten einbringen können. Manche Menschen können aus ihrer sozialen Isolation herauskommen. Es gibt auch mehr Miteinander zwischen den Generationen auf Augenhöhe.»

STOCKER: «Neben dem Aktionsbündnis entsteht eine Trägergruppe für die Volksabstimmung, in der einige Organisationen sind, die nicht im Aktionsbündnis vertreten sind. Es gibt normale Konflikte zwischen verschiedenen Gruppen, die zum Teil nicht mehr kontrollierbar und in menschlichen Schwächen begründet sind. Hilfreich daran ist die Eigeninitiative der Gruppen. Ich war früher Sprecher des Aktionsbündnisses. Ein lang andauernder Konflikt (um Zuständigkeiten) im Kontext mit den «Parkschützern» wurde nicht gelöst. Die internen Konflikte haben die Arbeit gelähmt. Auch bei der Besetzung des Nordflügels gab es Konflikte um die Aktionsformen. Für das Aktionsbündnis sind Hannes Rockenbach und Brigitte Dahlbender jetzt die SprecherInnen.⁴¹ Seit ich nicht mehr Sprecher bin, geht es im Aktionsbündnis nicht mehr um «den Stocker». Ich habe nicht mehr den Einfluss wie früher, das ist frustrierend. Momentan ist die Landesregierung dabei, den Protest «kaputtzumachen»: Ver-

⁴⁰ Vgl. Meyer-Tasch 1985. ⁴¹ Brigitte Dahlbender trat zwischenzeitlich von dieser Position zurück.

kehrminister Hermann unterliefen anfangs Fehler, er wurde dann von Ministerpräsident Kretschmann in seiner Handlungsfähigkeit eingeschränkt. Auf der einen Seite hieß es, dass die Landesregierung die 50 Millionen⁴² nicht überweise. Am nächsten Tag hieß es, dass Kretschmann Hermann angewiesen habe, den Betrag doch zu bezahlen. Ich hörte die ersten Stimmen von Leuten, die sagten: «Jetzt erst recht.» Am Tag vor dem Interview sollen angeblich mehr Teilnehmende als an den beiden Montagen davor bei der Montagsdemonstration gewesen sein. Es irritierte die Politik, dass der Protest nicht aufgehört hat. Das Aktionsbündnis hat wahrscheinlich die größte Akzeptanz von allen Bewegungsakteuren. Bei der Aktion am 20.6.2011 war ich sehr wütend; es gab interne Konflikte dazu.»

FRAGE: Was hatten die Akteure neu zu lernen?

KARTMANN: «Ich habe eine harte Zeit hinter mir, da ich nicht wusste, ob ich auf dem durch den Wasserwerfer verletzten Auge jemals wieder sehen kann. Nach einer schwerwiegenden und erfolgreichen Operation habe ich mit verschiedenen Methoden wie zum Beispiel Naturheilverfahren und mentaler Stärkung der Selbstheilungskräfte meine schwierige Situation überwunden. Für meine Familie war die Belastung danach sehr groß. Die erfahrene Repression wirkt weiterhin. Ich selbst gehe aus dieser Situation gestärkt hervor und weiß, welche «hässliche Fratze» sich mit dieser Brutalität gezeigt hat. Ich bin überzeugt, dass es richtig war, in den Park zu gehen. Diese Vorgänge haben mich wacherüttelt und ich beobachte viel kritischer, was sich auf politischer und gesellschaftlicher Ebene abspielt.»

MÜLLER: «Es gibt ältere Menschen, die zum ersten Mal demonstrieren.»

FRAGE: Wie und warum hat die Bewegung funktioniert? Welche Ziele verfolgt(e) die Bewegung? Welche verfolg(t)en Sie? Welche Spielräume wurden gewonnen? Welche Wirkungen entfaltete die Bewegung? Wurden/werden durch die Bewegung politische Entscheidungsprozesse nachhaltig beeinflusst? Was ist für eine weiterhin starke Mobilisierung für die Bewegung zu beachten? Wer kann was dafür tun, dass die Mobilisierung wirksame Gegenmacht entfaltet?

VON HERRMANN: «Es gibt ein Bündel verschiedener Motive für Engagement (Mineralquellen, Bonatz-Bau des Bahnhofs, u. a.): Man findet viele Leute, kann sich aber auch verzetteln. Durch die Vielzahl an Teilnehmenden ist die «Trefferquote» für Professionelle höher. Die Parkschützer fingen «auf hohem Niveau» an. Eine wichtige Rolle spielt es, den Leuten Verantwortung zu geben. Die Aktiven motivieren sich gegenseitig. Es kann von einem «kreativen Chaos» oder «gelebter Anarchie» gesprochen werden. Bei der großen Bewegung kann der Überblick verloren gehen. Beim guten Miteinander können verschiedene Menschen ihre Fähigkeiten einbringen. Manche Leute sind praktischer, andere theoretischer veranlagt; beides wird gebraucht, so ist es eine gute Zusammenarbeit.

Das Aktionsbündnis ist nicht homogen. Die Zusammenarbeit könnte besser sein. An den regelmäßigen

Bündnis-Treffen nehmen zwei Parkschützer-VertreterInnen teil. Einzelne aus dem Bündnis sind gegenüber den Parkschützern eher reserviert. Bei den Parkschützern ist mehr «Manpower». Mehr Akzeptanz vonseiten anderer ist förderlich für die Bewegung. Distanzierungen von einzelnen Aktionen sind schädlich. Das Aktionsbündnis organisiert die Montagsdemonstrationen. Von den Parkschützern erstellt eine Person seit Ende Juli 2010 wöchentlich die Wochenzettel (Aktionswoche) mit Terminen aus dem Google-Kalender.

Die Aktionsorientierung gerade beim Grundwassermanagement wurde inzwischen stärker, aber nicht mit Aktionen, bei denen sich Menschen anketten. Einzelne AktivistInnen aus alten Bewegungen sind auch in dieser Bewegung aktiv (z. B. Wolfgang Sternstein).»

STERNSTEIN: «Sie hat «funktioniert», weil es eine Betroffenheit in weiten Kreisen der Bevölkerung Stuttgards gab. Kristallisationspunkte für den Widerstand waren die Amputation der Seitenflügel des denkmalgeschützten Hauptbahnhofs und die Fällung von 280, zum Teil sehr alten Parkbäumen im Schlossgarten, die für eine quer zum Tal gelegene Baugrube gefällt werden müssten. Die zweite Widerstandsebene stellen die immensen Kosten des Projekts und der geringe Nutzen dar, vor allem aber die enormen Risiken für das Cannstatter Mineralwasser und die durch Gipskeuper führenden Tunnelbauwerke (Anhydrit). Eine dritte Ebene waren die bereits erwähnten Verfahrensfragen, Täuschungen, Trickereien und so weiter. Eine vierte Ebene die Demokratiedefizite und die Systemfrage. Wer profitiert von dem Projekt und wer trägt die Kosten? Die Bahn und die Investoren profitieren davon, der Steuerzahler und der Bahnkunde tragen die Kosten. «Stuttgart 21» war ohnehin von Anfang an ein Immobilienprojekt.

Der Verfassungsrechtler Professor Hans Meyer (Berlin) bezeichnete die Mischfinanzierung als verfassungswidrig. Leider sind die Bürger in dieser Frage nicht klageberechtigt, und die Regierung, die klageberechtigt ist, tut es nicht.

Das Ziel meines Engagements in der Bewegung war, die gewaltfreie Aktion als Methode der Konfliktaustragung zu praktizieren und zu propagieren. Als betroffener Stuttgarter Bürger ging es mir auch um die Erhaltung der Stadt, der Umwelt und der Demokratie. Ob politische Entscheidungsprozesse nachhaltig beeinflusst werden, hängt vom Ausgang des Kampfes ab. Ein banales Sprichwort lautet: «Nichts ist so erfolgreich, wie der Erfolg.» Das gilt auch im Umkehrschluss: «Nichts ist so erfolglos wie der Misserfolg.»

GROHMANN: «Die Bewegung ist bunt, spontan und vielfältig in ihren Formen und Inhalten: Es macht Spaß, dabei zu sein, im Gegensatz zur traditionellen Politik, die auf Stimmengewinn aus ist und Partizipation verhindert. Die Bewegung hat die Stadt grundlegend verändert, hat sie (und sich) kritischer und selbstbewusst

⁴² Laut Finanzierungsvertrag zu «Stuttgart 21» von 2009.

ter, wissbegierig gemacht. Wir sind zu Handelnden geworden. Die Menschen sind weltoffen, haben aber die verschiedensten Lebenskonzepte und Überzeugungen. Sie sind meistens ausgezeichnet informiert und hoch motiviert. Die BefürworterInnen (von «Stuttgart 21») haben dem gegenüber häufig eine dünne und oberflächliche Argumentationsbasis. Sie wissen zu wenig und setzen sich selten mit den Fakten auseinander. «Die da oben werden's schon recht machen ...»

Aus anderen Zusammenhängen wissen wir, dass es den Menschen sonst sehr schwer fällt, für ihre eigenen Belange zu kämpfen, auf die Straße zu gehen – auch wenn es da Ausnahmen gibt. Die Bürgerbewegung ist nie eine Ein-Punkt-Bewegung gewesen. Das linke Bündnis SÖS,⁴³ Verkehrsexpertinnen, Ingenieure, radikale Grüne, Naturfreunde, Freunde der Mineralbäder wie Freunde der Bahn, kühle Rechner, Stadtplanerinnen und Menschen von nebenan – sie alle haben ja gesehen, was das Kapital aus den Städten, aus unserer Stadt, gemacht hat. Kurzum, es sind da ganz unterschiedliche Überlegungen, Überzeugungen, Ängste, auch Hoffnungen zusammengekommen.

Es gibt doch schon lange und aus guten Gründen ein ebenso allgemeines wie ganz konkretes Unbehagen gegenüber herrschender Politik. Wir haben doch nicht nur das Gefühl, ausgeschlossen zu sein, wir sind es doch auch. Aber hier gewinnen wir in der Aktion ein Stück Handlungsfähigkeit zurück. Momentan bündelt sich das alles am Bahnhof.

Die AnStifter selbst – eine Bürgerrechtsgruppe in der Region – sind nicht im Aktionsbündnis vertreten. Zum einen wollte man uns nicht, zum anderen wollten wir die nicht – politische Parteien haben in Bürgerinitiativen nichts verloren. Deshalb sind ja auch die Demonstrationen zu einem (meistens) parteifreien Ritual geworden. Ich zweifle, dass im Bündnis demokratisch gehandelt, entschieden werden kann – das ist problematisch und schwierig und braucht lange Entwicklungen und viel Zeit. Hier aber steht man ja (bislang) von Woche zu Woche unter Entscheidungsdruck ...»

FRAGE: Frage (nicht nur) an ParteienvertreterInnen: Wie verhalten sich Parteien und Fraktionen (Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE, SÖS) zu «Stuttgart 21» und zu anderen Bewegungsakteuren? Hat sich nach den Wahlen etwas verändert hinsichtlich der Zusammensetzung der Aktiven (sind es noch immer dieselben?), der Protestformen und Forderungen? Hat sich nach den Wahlen das Verhältnis zu den Parteien verändert?

VON HERRMANN: «Ich sehe keine Dialogkultur. Unter der grün-roten Regierung wird der Protest bekämpft. Justizminister Reinhold Gall ist Befürworter von «Stuttgart 21». Unter Ministerpräsident Stefan Mappus war es am 30.9.2011 schlimm. Der neue Polizeipräsident Züfle macht kein gutes Bild, viele Köpfe haben sich nicht geändert, die Polizei kann als Staat im Staate gelten.

Mit Verkehrsminister Winfried Hermann ist Kooperation möglich, nach der Wahl durch Arbeitsüberlastung nicht mehr so intensiv, vereinzelt mit seinen Mit-

arbeiterInnen. Auf inhaltlicher Arbeitsebene hat sich vieles geändert, für die Aktionsdurchführung nicht. Ministerpräsident Winfried Kretschmann mit seiner Richtlinienkompetenz könnte massiver auftreten, da die SPD der kleinere Koalitionspartner ist. Inzwischen sind aber Spielräume gegenüber der Zeit vor der Wahl größer geworden. Kriminalisierung zum Beispiel mit Strafbefehlen der Staatsanwaltschaft gibt es aber noch immer in vergleichbarer Weise. Dazu gehören auch Strafbefehle und Hausdurchsuchungen aus nicht nachvollziehbaren Gründen, als beispielsweise Videos angefordert wurden, die bei «youtube» im Internet gewesen seien.»

STERNSTEIN: «Sicher wurden die Landtagswahlen im März 2011 durch «Stuttgart 21» beeinflusst. Es hat dazu beigetragen, dass die regierende CDU/FDP-Koalition abgewählt wurde. In die neue Regierungskoalition wurden große Erwartungen gesetzt, obgleich sie im Hinblick auf «Stuttgart 21» von Anfang an gespalten war. Die SPD war dafür, die Grünen dagegen. Die Meinungsumfragen zu «Stuttgart 21» ergaben unterschiedliche Tendenzen. Wenn es gelänge, einen Baustopp zu erreichen, zum Beispiel wenn die Grünen den Mut hätten, ein Gutachten über die Verfassungskonformität der Mischfinanzierung beim ehemaligen Verfassungsrichter Papier in Auftrag zu geben, wäre es ein sehr großer Erfolg der Bewegung. Dann würden die Finanzierungsverträge womöglich für nichtig erklärt und alle Schadenersatzforderungen wären obsolet.»

SAUERBORN: «Menschen aus der Bewegung sind desillusioniert, sie glauben nicht mehr, die Landesregierung werde «es richten». Die SPD blockiert alles. Es gibt eine Parteienverdrossenheit, von der die Grünen bisher noch weitgehend ausgenommen werden. Es gibt jedoch einen Argwohn in Anlehnung an die Frage, ob Inhalte oder Macht wichtiger genommen werden. Die LINKE tut sehr viel für die Bewegung, was ihr jedoch nicht zugutekommt; dazu gehört auch die Niederlage bei der Landtagswahl. Es kommt auf Glaubwürdigkeit an. Die Untersuchungen haben gezeigt, dass die Grünen viel Zuspruch in der Bewegung finden. Jedoch wird Ministerpräsident Kretschmann immer deutlicher kritisiert, er lasse sich von der Bahn «auf der Nase herumtanzen» und nutze seine Möglichkeiten nicht, das Projekt wenigstens so lange zu stoppen, bis die Kostenfrage, zentrale planerische Komplexe und zentrale juristische Einwände geklärt sind.»

MÜLLER: «Die Einschätzung gegenüber den Grünen hat sich verändert, da sie auch nicht so eine andere Politik betreiben.»

GROHMANN: «Die SPD steht vor einer de facto-Spaltung, der Riss in der Partei ist so groß wie das gegenseitige Misstrauen. Die grün-rote Regierung ist, wir sehen es, gefangen in ihren eigenen Abmachungen, Verträgen, Verbindlichkeiten. Sie hat wenig Handlungsspielräume.

⁴³ Parteifreies Bündnis Stuttgart Ökologisch Sozial, seit 2004 im Stuttgarter Stadtrat vertreten.

Mobilisierungsunterschiede in der Bewegung zwischen vor und nach der Landtagswahl stelle ich kaum fest. Wir sehen: Auch die Grünen kochen nur mit Wasser; und auch die Grünen wollen sich so schnell nicht vom Futterort vertreiben lassen.

Es haben sich in den Jahren und Monaten des Widerstands in der Stadt und im Stadtkreis viele, viele unterschiedliche Initiativen und Basisgruppen gebildet – die sich nicht nach Köpfen, sondern Interessen organisieren. Natürlich wird es zu Ermüdungserscheinungen kommen – zu Frustration. Aber es ist gesät ...»

STAMM: «Viele Menschen kennen die Landesverfassung nicht ausreichend. Das Wort ‹Volksabstimmung› ist mit einer positiven Assoziation verbunden. Nach der Landtagswahl beziehungsweise dem Regierungswechsel gingen zunächst weniger Menschen auf die Straße. Zunächst wurde der neuen Regierung Vertrauen entgegengebracht; die Hoffnung ist gewachsen, dass das Projekt gestoppt werden könne.»

B. AKZEPTANZ GEWALTFREIER AKTIONEN UND ZIVILEN UNGEHORSAMS

FRAGE: Am 20. Juni 2011 kam es auf dem Gelände des Grundwassermanagements zu Ereignissen, die unterschiedlich bewertet wurden. Welche Meinung beziehungsweise Einschätzung haben Sie dazu?

VON HERRMANN: «Es gab keine Gewalt, nur Sachbeschädigungen, die auch abzulehnen sind. Dies wurde als Grund für die Kriminalisierung herangezogen.»

SAUERBORN: «Es handelte sich nicht um Akteure der Bewegung, sodass der Primat der Gewaltfreiheit weiterhin als Erfolgsgarantie für den Widerstand besteht. Es war eine unzureichend geplante Aktion, deren Folgen nicht ausreichend bedacht wurden. Gewalt wird verhindert, indem man die Aktionsfelder selbst besetzt und andere Akteure ruhig stellt, die vom Aktionskonsens abweichen.»

FRAGE: Stellen Sie in der Bevölkerung eine gesteigerte Bereitschaft zu gesellschaftspolitischer Mitverantwortung (für gewaltfreie Konfliktaustragung) fest? Und bei sich selbst?

SAUERBORN: «Die Stadt hat sich fundamental verändert. Es gibt intensivere soziale Bezüge in Nachbarschaften (z. B. Schwabenstreich-Gruppe an der Gaußstr. und Zeppelinstr., wo es im Juli den 300. Schwabenstreich gab⁴⁴). Es entstanden Beziehungen, die evtl. selbst bei einem Misserfolg der Bewegung weiter bestehen können, zumal es auch andere Themenfelder gibt. Die Volksabstimmung hat viele dieser Bezüge verunsichert. Aber ich denke, sie werden auch der Kern beim ‹Aufrappeln› sein.»

STERNSTEIN: «Für die Bevölkerung Stuttgarts kann ich diese Frage eindeutig mit ‹ja› beantworten, zumindest was eine Minderheit anbetrifft. Für mich selbst gilt, dass ich mich schon immer gesellschaftspolitisch engagiert habe. Die Stadt hat sich in hohem Maße verändert. Die meisten StuttgarterInnen haben bisher isoliert nebeneinander her gelebt. Zu der üblichen Stadtkultur mit Events (z. B. Jazzkonzerte, Fußball) ist etwas

Neues hinzugekommen: der Zusammenschluss in den Stadtteilgruppen, Schwabenstreichgruppen, Bezugsgruppen und Berufsorganisationen (Architekten, Ingenieure, Theologen, Juristen usw. gegen ‹S21›). Sie pflegen einen mehr oder weniger engen Kontakt. Besonders aktiv ist zum Beispiel die Gruppe Zeppelin-/Gaußstraße. Es hat sich eine typische Bürgerinitiativkultur um das Projekt herausgebildet. Außerdem gibt es die Bezugsgruppen; ich bin in einer dieser Gruppen. Der soziale Kontakt hat eine Stärkung der Bewegung gebracht, weil man den Nachbarn kennt. So entstehen Netzwerke. Der Stuttgarter war autoritätshörig und hat alles hingenommen, was ihm präsentiert wurde, das hat sich geändert. In der Bewegung ist der soziale Zusammenhalt zweifellos gestiegen.»

GROHMANN: «Auch die ‹Gegenseite› kann mobilisiert werden; sie sind nicht nur auf der Seite der Herrschaftsausübung als politische Klasse, sondern gehen auch auf die Straße. Formen gewaltfreier Konfliktaustragung werden aufgrund der Erkenntnis gesucht, mit Wahlen nicht so viel zu erreichen und nicht als gleichberechtigt akzeptiert zu werden. Zur SchülerInnen-Blockade sind viele Erwachsene gekommen, um sich mit ihnen zu solidarisieren und zu verhindern, dass ihnen etwas zustößt.»

FRAGE: Wie schätzen Sie die Rolle von Heiner Geißler als Schlichter ein? War die Schlichtung hilfreich? Was halten Sie von dem Vorschlag von Heiner Geißler zur Kombination von unterirdischem Bahnhof und Kopfbahnhof?

VON HERRMANN: «Seit dem ‹Faktencheck› im Herbst 2010 ist die Bewegung etwas ermüdet. Je mehr ‹krasse Dinge› die Bahn tut, desto mehr Leute kommen wieder. Als der Nordflügel abgerissen wurde, stiegen die Empörung und die Mobilisierung. An den Montagsdemonstrationen nahmen anfangs 2 000 bis 3 000 Menschen teil, im Sommer 2010 waren es dann zwischen 10 000 und 20 000 pro Woche. Rein inhaltlich sehe ich überhaupt keinen Sinn im Kompromissvorschlag von Geißler. Es ergibt keinen Sinn, Fern- und Regionalverkehr auseinander zu dividieren. Mit dem Tiefbahnhof werden kein integraler Taktfahrplan, keine barrierefreien Fluchtwege und keine Energieeffizienz gewährleistet. Das geologische Problem mit den Mineralquellen besteht weiterhin.»

GROHMANN: «Heiner Geißler war nie Schlichter – das hat er sich angemaßt und wir mussten uns unter dem Druck der Verhältnisse darauf einlassen. Auch der Faktencheck war kein Faktencheck, vieles wurde nicht untersucht, vieles verschwiegen, vieles unter den Teppich gekehrt. Immerhin haben wir wichtiges Terrain bei der Bildung von (Gegen-)Öffentlichkeit besetzt.»

FRAGE: Welche Rolle spielt die Kommunikation (Medien, Presse)?

SAUERBORN: «Die Medien vor Ort ließen sich mit wenigen Ausnahmen nicht auf die argumentative Ebene

⁴⁴ Im November 2011 gab es dort bereits den 400. Schwabenstreich.

ne ein. Ihr Job wäre es gewesen, den argumentativen Schlagabtausch (bei der Präsentation des ‹Stresstestes› am 29.7.2011) aufzubereiten und die verschiedenen Optionen gegeneinander abzuwägen. Zumindest die in Stuttgart beheimateten Medien haben es nicht gemacht. Stattdessen sind sie ‹dem Geißler’schen Feuerwerk› hinterhergerannt.»

STAMM: «Die Medien spielen eine große Rolle. Es gibt eine Art Arbeitsteilung zwischen den beiden großen Stuttgarter Zeitungen – die Stuttgarter Zeitung berichtet in der Tendenz gegen ‹S 21›, die Stuttgarter Nachrichten eher dafür.»

C. MOTIVE FÜR PROTEST UND WIDERSTAND

FRAGE: Welche Funktion erfüllt der Hauptbahnhof von Stuttgart als Kristallisationspunkt für sozialen Wandel? Inwieweit überschreitet der Protest das ursprüngliche Anliegen gegen ein Bahnprojekts? Richtet sich der/Ihr Protest nur gegen ein verkehrspolitisches und städtebauliches Projekt auf lokaler/regionaler Ebene? Oder ist der Protest ein Katalysator bzw. ein Ventil für einen weiterreichenden Unmut über eine Politik, die aus Sicht der Kritiker nur ihre eigenen Partikularinteressen verfolgt und nicht dem Gemeinwohl dient?

SAUERBORN: «Es gehört eigentlich zu den Interessen des Bahn-Managements, die Produktqualität zu verbessern, also die leistungsfähigste Option für den Bahnhof auszuwählen. In Wirklichkeit profitiert die Bahn finanziell von ‹Stuttgart 21›. Einige Bahnvorstände kommen aus der Autoindustrie. Ein leistungsfähiger Bürger-Bahnhof mit integralem Taktverkehr würde mehr Verkehr auf die Schiene verlagern. Leider treten immer noch viele gewerkschaftliche Kreise für ‹Stuttgart 21› ein. Es gelingt bisher kaum, sich gegen pauschale Fortschrittsgläubigkeit mit Sachargumenten durchzusetzen und den Kontext ‹S21› auf die gewerkschaftliche Agenda zu bringen.»

D. WEITERE FRAGEN UND ANTWORTEN

Außerdem wurden im Gesprächsfluss spontan weitere, im Interviewleitfaden nicht vorgesehene Fragen gestellt und wie folgt beantwortet:

FRAGE: Könnte es eine Entwicklung geben wie in Mutlangen mit den Blockaden nach den Demonstrationen? Könnte ein harter Kern bleiben?

STAMM: «Wenn sie Hand an den Südflügel legen, wenn gebaut wird, dann wird der Widerstand zunehmen. Es erscheint fraglich, ob es friedlich bleibt und wie weit der zivile Widerstand reicht. Gefährlich sind die Leute aber nicht. Im Kern ist die Bewegung friedlich. Ich war am 30.9.2010 im Park und traf abends zwei zitternde und nass gewordene 14-jährige Schülerinnen und gab ihnen einen Tipp, wie sie sich vor dem Wasserwerfer schützen könnten. Die Schülerinnen waren fassungslos, eine von ihnen war zum ersten Mal bei einer Demonstration. Der 30.9.2010 ist in das Gedächtnis der Stadt eingebrannt als ein Beispiel des autoritären Staates. Seit 1968 habe ich nicht mehr so eine brutale

Räumung erlebt. Die Brauereibänke wurden von uns zusammengelegt, da sie im Wasserwerferstrahl zu gefährlichen Wurfgeschossen werden können. Der damalige Innenminister Rech behauptete, daraus wären Barrikaden gebaut worden. Ich selber wurde von der kasernierten Polizei brutal eine Böschung runtergeworfen, verstauchte mir die Hand und erstattete Strafanzeige. Bis heute werden die Strafanzeigen gegen die Polizei nicht behandelt. Das waren Polizisten von außerhalb, auch aus anderen Bundesländern. Die Stuttgarter Polizei selbst verhielt sich bisher relativ kooperationsbereit. Wir sind ja auch eine friedliche Bewegung. Schlimm ist jedoch, dass Verfahren wegen des 30.9. nicht richtig durchgeführt werden.»

FRAGE: Wie kann konstruktiv mit Angst umgegangen werden? Wie können Menschen zurückgehalten werden, denen die Nerven ‹durchgehen›?

STAMM: «OrdnerInnen müssten entsprechend trainiert werden. Einige Jugendliche müssten eher geschützt werden, damit ihnen nichts passiert.»

FRAGE: Wie hat sich der Stellenwert des zivilen Ungehorsams verändert? Gab es verschiedene Phasen?

STAMM: «Es wurde darüber diskutiert, dass der Widerstand ein grundgesetzlich verankertes Grundrecht ist. Es gibt eine sinnvolle Arbeitsteilung zwischen den verschiedenen Gruppen. Seit dem Abriss des Nordflügels hat sich offensiv im Aktionsbündnis die Einstellung entwickelt, dass der zivile Ungehorsam auch eine Form des Widerstandes ist. Inzwischen gibt es eine größere Bandbreite an Aktionsformen. SeniorInnen wollten nach einer Blockade eine weitere durchführen.

Es gibt unterschiedliche Resonanzen auf die Blockaden: Ein LKW-Fahrer ist froh, wenn er bei einer Blockade eine längere Pause machen kann. Wichtig ist, mit den blockierten Bauarbeitern und LKW-Fahrern zu reden.»

FRAGE: Welche Rolle spielt in der Bewegung die Gerechtigkeitsfrage?

STAMM: «Es ist eine relativ wertkonservative Bewegung im positiven Sinne (nicht alles platt machen, was funktioniert) mit einem breiten Spektrum. Der Architekt Ostertag schrieb in der Stuttgarter Zeitung einen Artikel darüber, was das Leben in einer Stadt ausmacht und welche Rolle ein Bahnhof dabei spielt. Der Kopfbahnhof würde noch besser funktionieren, wenn es einen integralen Taktfahrplan wie in der Schweiz gäbe. Leider ist das Vorurteil ‹modern ist gut› weit verbreitet.»

FRAGE: Inwiefern liefert die Bewegung Anhaltspunkte dafür, dass man sich die Stadt selbst aneignet?

STAMM: «Es gibt ein nachhaltiges Bewusstsein dafür. Die BürgerInnen achten inzwischen mehr darauf, was hier gemacht wird. Zur Reflexion über Leben in der Stadt hat die Bewegung sehr viel beigetragen: ‹Die Stadt ist nicht für Autofahrer da, die Stadt ist für uns da.›»

FRAGE: Was kann gemacht werden, um die Bewegung aktiv zu halten?

STOCKER: «Es gibt einige mobilisierende ‹Aufreger›, auf die ich gern verzichten würde. Lieber wären mir Erfolgserlebnisse.»

FRAGE: Ist die Bewegung zu spät aktiv geworden?

STERNSTEIN: «Der Vorwurf ist unbegründet. Zunächst hat alles im kleinen Zirkel der Bahninteressierten stattgefunden. Als 2007 das Volksbegehren konkret wurde, war die Bevölkerung mit dem Widerstand präsent. Sie wurde ausgetrickst, und so ist der Zorn größer geworden. Oberbürgermeister Wolfgang Schuster kam vor dem Verwaltungsgericht mit seinem Vorgehen durch. Er hatte Finanzierungsverträge unterschrieben, während die Stimmensammlung für das Bürgerbegehren gegen «S 21» noch im Gang war. Über finanzielle Entscheidungen darf das Bürgerbegehren nicht befinden, sondern nur über Sachfragen. Gangolf Stocker und Hannes Rockenbach waren sogar schon vor 15 Jahren gegen «Stuttgart 21» aktiv.»

FRAGE: Ist Stuttgart inzwischen ein symbolischer Ort für eine soziale Bewegung?

STERNSTEIN: «Ja. Wenn Wyhl gescheitert wäre, dann wäre die gesamte Geschichte der Anti-AKW-Bewegung bis jetzt zum Atomausstieg anders gelaufen. Ähnlich lief es bei der Friedensbewegung: Ohne die Mutlanger Kampagne «Ziviler Ungehorsam bis zur Abrüstung» (der neuen Mittelstreckenraketen) wäre der INF-Vertrag⁴⁵ über die Abrüstung nicht abgeschlossen worden. Deshalb ist der Erfolg der Widerstandsbewegung so wichtig. Es geht um den Erfolg oder das Scheitern einer sozialen Bewegung. Das reicht weit über den lokalen Konflikt hinaus.»

FRAGE: Könnte der Movement Action Plan nach Bill Moyer⁴⁶ herangezogen werden, um darin die zweite Phase («Das Versagen der Institutionen nachweisen») festzustellen?

STERNSTEIN: «Ja. Es lässt sich vereinfachen mit der Formel, dass das Projekt einer Reihe von Investoren unheimlich viel Geld einbringt, doch zulasten der

Steuerzahler und Bahnkunden geht. Das gibt der Bewegung einen kräftigen Antrieb.»

FRAGE: Welchen Anspruch haben Sie an eine gewaltfreie Bewegung? Was kann sie zu einer gewaltfreien Gesellschaft beitragen?

STERNSTEIN: «Die Bewegung ist auf dem besten Weg, zu einer demokratischeren und gerechteren Gesellschaft beizutragen, in der nicht nur das große Geld zählt. Diejenigen, die das große Geld haben, wollen es nur noch vermehren. Es sollte aber dort eingesetzt werden, wo es gebraucht wird. Momentan klafft die Schere zwischen Arm und Reich immer mehr auseinander. Jetzt droht den Investoren mal ein Verlust bei einer staatlich geplanten Unternehmung. Ich hoffe auch, dass der Druck für die Senkung oder Abschaffung des Quorums so groß wird, dass die Politik reagieren muss. Sollte die Bewegung scheitern, ist allerdings ein Rückfall in Resignation, Passivität, Politikverdrossenheit und Verbitterung zu befürchten.»

FRAGE: Was lässt sich zum Aktionskonsens sagen?

STERNSTEIN: «Er ist eine gute Basis für den gewaltfreien Widerstand. In Trainings wird viel Gutes vermittelt. Ich bin mit meiner Bezugsgruppe sehr zufrieden. Dort wird kreativ zusammengearbeitet. Sehr wichtig sind soziale Kontakte, die durch gemeinsame Kneipenbesuche oder Treffen in Privatwohnungen oder bei Gartenfesten entstehen. Es gibt einen guten sozialen Zusammenhalt. Ansonsten funktioniert das Bezugsgruppen-System nicht so recht.»

FRAGE: Gibt es Traditionen von früheren Bewegungen wie zum Beispiel in Mutlangen?

STERNSTEIN: «Viele Anregungen wurden aus Mutlangen und Wyhl, aber auch aus Gorleben und dem Widerstand gegen die Autobahn im italienischen Souta-Tal aufgegriffen. Auch sind noch einige «alte Hasen» von damals dabei.»

⁴⁵ Vertrag zum Abzug der in u. a. Mutlangen stationierten Mittelstreckenraketen. ⁴⁶ Vgl. Moyer 1989: 20–23.

ANHANG 2: ERGÄNZENDE BEFRAGUNG NACH DER VOLKSABSTIMMUNG AM 27. NOVEMBER 2011

Nach der aus der Sicht der Bewegung gegen «Stuttgart 21» erfolglosen Volksabstimmung stellte ich den InterviewpartnerInnen in einer E-Mail vom 30.11.2011 folgende Fragen:

FRAGE 1: Welchen Bedarf nach (mehr) Demokratie und Bürgerbeteiligung sehen Sie kurz nach der Volksabstimmung, der u. U. noch nicht realisiert wurde?

FRAGE 2: Welche Anzeichen geben Ihnen die Hoffnung, dass «Stuttgart 21» noch (irgendwann) gestoppt werden kann? Welche Aktionsformen halten Sie dafür für sinnvoll und aussichtsreich? Tritt die Bewegung jetzt in eine neue Phase ein, zumindest was die Aktionsformen betrifft?

DANIEL KARTMANN antwortete mir in einer E-Mail vom 15.12.2011 wie folgt:

ZU FRAGE 1: «Ich halte den Volksentscheid, so wie er abgelaufen ist, für eine Farce – nicht nur unbedingt wegen des Quorums – das hätte man schon schaffen können, und es wurde ja auch in einigen Teilen des Landes erreicht. Die Rahmenbedingungen für eine solche Wahl stimmen unter anderem schon aus folgendem Grund nicht: Die Mittel für einen solchen Wahlkampf sind schon ungleichmäßig verteilt – während die Befürworter von «S21» mit großem Geld aus der Wirtschaft Millionenschwere Werbekampagnen lancieren können, mussten die Gegner von «S21» mit sehr viel geringeren Mitteln und ehrenamtlichem Engagement ins Felde ziehen. Das ist zumindest unlauterer Wettbewerb, um nicht zu sagen Manipulation.

Eigentlich müssten beide Parteien das gleiche Budget und vor allem den gleichen Zugang zu den Medien insbesondere dem Fernsehen zur Verfügung gestellt bekommen. Dieses Budget dürfte dann auch nicht überschritten werden – dann kann man dem Bürger beide Seiten gleichberechtigt präsentieren und er kann sich wirklich eine Meinung bilden, die ihn zu einer gültigen Abstimmung berechtigt. Zum anderen muss endlich eine Befragung der Stuttgarter Bevölkerung konkret zu der ganzen Thematik um Stuttgart 21, mit Berücksichtigung aller Gefahren, Risiken und realistischen Kosten, zugelassen und durchgeführt werden.»

ZU FRAGE 2: «Der Protest muss weitergehen, denn es wurde erstens nicht über das Projekt selber abgestimmt, zweitens ist es die Pflicht eines aufgeklärten Bürgers auf Missstände hinzuweisen, auch wenn eine scheinbare Mehrheit diese entweder nicht sehen will, kann oder sie billigend in Kauf nimmt. Man muss auf jeden Fall die Augen weit aufhalten. Es geht ja hier nicht darum, ob ein Bahnhof schöner ist als der andere, sondern darum, dass gravierende Fehler in der Planung, ja sogar Risiken und Gefahren in diesem Projekt stecken. Bei jedem Mangel (im Sinne der strukturellen Gewalt nach Johan Galtung), der ans Tageslicht kommt und der nicht ernst genommen wird, ist der Bürger meiner

Meinung nach berechtigt, gewaltfrei einzugreifen, mit Demonstrationen und Blockaden.

Wie historische Beispiele zeigen (wie z. B. Ruhrkampf) kann es auch Situationen geben, in denen ziviler Ungehorsam als legitim zu erachten ist.

GANGOLF STOCKER antwortete mir in einer E-Mail vom 30.11.2011 wie folgt:

ZU FRAGE 1: «Das Quorum muss abgeschafft werden.»

ZU FRAGE 2: «a) Die Kosten explodieren. Die Frage ist nur, wann das rauskommt. b) Über die Aktionsformen wird am Sonntag beraten werden.»⁴⁷

Der PHYSIKER aus der Fokusgruppe antwortete mir in einer E-Mail vom 9.1.2012 wie folgt:

ZU FRAGE 1: «Die Volksabstimmung war ein Musterbeispiel für falsch gehandhabte Demokratie. Die Frage, die dem Wähler zur Abstimmung vorgelegt wurde, war 1. falsch gestellt, 2. wurden keine Alternativen zur Wahl gestellt, 3. das demokratische Prinzip, nach welchem die Mehrheit entscheidet, durch das Quorum unterminiert, 4. wurde durch Propaganda und enorme Werbebetats und damit durch die Verbreitung falscher Tatsachen eine Bewusstseinsstrübung des Wählers herbeigeführt und 5. wurde der Wahlkampf mit unlauteren Mitteln geführt (Amtsmissbrauch, z. B. Schuster-Brief⁴⁸).

Diese 5 Punkte zeigen, dass derzeit die Beteiligung der Bürger durch die etablierten Regeln unterdrückt, bzw. verunmöglicht wird. Wir befinden uns nach der Volksabstimmung immer noch im Filz Wirtschaft/Politik/Polizeigewalt/Justiz. Erst nach einer Entfilzung des sozialen Organismus wird eine echte Bürgerbeteiligung möglich sein.»

ZU FRAGE 2: «Die von der Bahn AG nicht gelösten Umweltprobleme, Planungsfehler, Kostenverschleierungen und Genehmigungsprobleme werden das Projekt in Kürze zum Stillstand bringen. Die Fakten sind durch die Arbeit der «S21»-Gegner alle auf den Tisch gekommen. Niemand kann behaupten, er habe nichts gewusst. Die Verantwortlichen werden zwar nicht die Verantwortung übernehmen müssen (ist leider im demokratischen Prozess nicht vorgesehen), sie werden aber die Konsequenzen ziehen und den Hut nehmen müssen.

Der Erfolg der «S21»-Gegner liegt gerade im richtigen Mix der Aktionsformen. Keine sollte aufgegeben werden, weder Blockadeaktionen, Info-Offensiven, Aktionen der Ingenieure und Juristen sind gleicher-

⁴⁷ Es handelte sich um eine Beratung des weiteren Vorgehens am 4.12.2011. ⁴⁸ Wenige Tage vor der Volksabstimmung am 27.11.2011 bekamen Stuttgarter BürgerInnen einen Brief von Oberbürgermeister Dr. Wolfgang Schuster, in dem er Nachteile einer «Ja»-Stimme (für das Kündigungsgesetz) und Vorteile einer «Nein»-Stimme (gegen das Kündigungsgesetz) gegenüberstellte. In einer Pressemitteilung warf der Arbeitskreis Juristen zu «Stuttgart 21» Schuster vor, bewusste Wählertäuschung zu betreiben (z. B. falsch benannte Ausstiegskosten von 1,5 Mrd. Euro, vgl. <http://www.juristen-zu-stuttgart21.de/Presse.html> (Stand: 2.11.2011)).

maßen wichtig. Die Reaktivierung der Montagsdemos zeigt deutlich, dass die Gegnerschaft nach wie vor vorhanden ist und sich nach der Volksabstimmung neu aufstellt und verstärken wird. Es werden neue Aktionsformen hinzukommen, aber es lässt sich nicht vorhersehen, welche den Durchbruch bringen werden.»

WOLFGANG STERNSTEIN äußerte seine Meinung zur Volksabstimmung im Rückblick wie folgt:

«Die Volksabstimmung zu Stuttgart 21 war eine Farce, weil das Verfahren einen Sieg der Gegner des Projekts «S21» von vornherein ausschloss. Ich habe deshalb mit anderen zusammen für einen Boykott plädiert. Wer sich an einem Verfahren beteiligt, muss das Ergebnis akzeptieren (Legitimation durch Verfahren). Wer sich nicht beteiligt, ist nicht daran gebunden. Die Fragestellung bei der Volksabstimmung ist so schwierig zu verstehen, dass es viele Fehlerquellen gibt.

Professor Hans Meyer aus Berlin hat in einem Gutachten die Mischfinanzierung als verfassungswidrig bezeichnet. Die Landesregierung ist m. E. von Amts wegen dazu verpflichtet, diese Frage durch das Verfassungsgericht klären zu lassen. Die Bahn versucht stattdessen, durch eine Salami-Taktik immer wieder neue Fakten zu schaffen, solange, bis der Ausstieg praktisch nicht mehr möglich ist, weil ebenso teuer wie das Fer-

tigbauen. Es wird darauf spekuliert, dass der Widerstand zusammenbricht. Das Ergebnis der vonseiten der Betreiber massiv manipulierten Volksabstimmung, bei der die Befürworter-Parteien ihre erprobten Wahlkampforganisationen einsetzten, bestätigte meine Befürchtung, dass die Volksabstimmung, die eigentlich ein Referendum ist, eine Falle war, in die die Grünen und große Teile der Widerstandsbewegung sich haben locken lassen. Die «Volksabstimmung» schafft jedoch nur eine «Scheinlegitimation» für das Projekt.»

STERNSTEIN schätzt die Rolle der Landtags-Fraktion der Grünen nach der Volksabstimmung wie folgt ein:

«Nach der Volksabstimmung haben die Grünen in der Regierungskoalition die Seite gewechselt. Sie sind nun entschlossen, das Projekt gegen jeden Widerstand durchzusetzen, obgleich die Argumente gegen das Projekt nichts von ihrer Gültigkeit verloren haben. Sie verkaufen ihre Seele um des Machterhalts willen. Dennoch gibt es auch jetzt noch Chancen, das Projekt zu Fall zu bringen, zum Beispiel durch Klagen vor den Gerichten.

Durch das Ausscheiden der Grünen und großer Teile des Aktionsbündnisses aus der Widerstandsbewegung ist sie in der Krise. Ob sie sich von dieser Niederlage erholt, kann nur die Zukunft zeigen.»